



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Demokratie lernen

– Ziele und Methoden in der Politischen Bildung am Beispiel der Arbeit von „Sapere Aude – Verein zur Förderung Politischer Bildung“ und „Zentrum Polis – Politik lernen in der Schule“

verfasst von / submitted by

Mag. Stefan Neulinger (BA)

Angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2017 / Vienna 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Politikwissenschaft/Political studies

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Doz. Dr. Johann Dvorák

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Politische Bildung in Österreich – Eine Langzeitbaustelle	3
2.1 Politische Bildung nach 1945 – „Politik-Verbot“ in der Schule	4
2.2 Die Parteien vereinnahmten die Politische Bildung	6
2.3 Der „Grundsatzterlass zur Politischen Bildung“ (1978)	8
2.4 Wählen mit 16 (2007)	12
2.5 Zusammenfassung	13
3. Status Quo der Politischen Bildung im Schulsystem	14
3.1 Zusammenfassung	18
4. Ziele und Methodik von Politischer Bildung	19
4.1 StaatsbürgerInnenkunde, Institutionenlehre oder Politische Bildung?	19
4.1.1 Der Grundsatzterlass zur Politischen Bildung (1978)	22
4.1.2 Die Novellierung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung (2015)	25
4.1.2 Das Kompetenzmodell Politische Bildung (2007/2008)	26
4.1.3 Europarats-Charta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung (2010)	29
4.2 Zusammenfassung der Zielvorgaben zur Politischen Bildung	31
4.2.1 Vorgaben zur praktischen Umsetzung von Politischer Bildung	33
5. Die politische Bildungsarbeit von Zentrum Polis und Sapere Aude	36
5.1. Zentrum Polis – Politik lernen in der Schule.....	39
5.1.1. Entstehung, Rechtsstatus, Finanzierung	39
5.1.2. Arbeitsauftrag und Arbeitsweise	41
5.1.3 Betrachtung der Unterrichtsmaterialien.....	42
5.1.4 Who is who in the EU?	43
5.1.5 Pro und Contra.....	47
5.1.6 Zusammenfassung.....	51
5.2 Sapere Aude – Verein zur Förderung von Politischer Bildung.....	52
5.2.1. Gründung, Vereinszweck und Finanzierung.....	52
5.2.2 Arbeitsweise	55
5.2.3 Voten oda woatn!?!	55
5.2.4 Analyse der Übungsbeispiele	57
5.2.4.1 Was ist nicht Politik?	58
5.2.4.2 Demokratiecheck	59
5.2.4.2 Parteiendialog	61
5.2.4.3 Brainwriting	64

5.3 Evaluation Voten oda woatn!?	67
5.4 Vergleich der Methoden der Politischen Bildung von Sapere Aude und Zentrum Polis	71
6. Resümee	74
7. Literatur- und Quellenverzeichnis	80
8. Abstract	83
8.1 Abstract English	84

No one is born a good citizen; no nation is born a democracy. Rather, both are processes, that continue to evolve over a lifetime. Young people must be included from birth. A society that cuts off from its youth severs its lifeline. (Kofi Annan, 1998)

1. Einleitung

Nach den Terroranschlägen von Paris im Jänner 2015 wurde auch in Österreich über vorbeugende Maßnahmen nachgedacht, wie man die Radikalisierung von Jugendlichen in unserem Land verhindern kann. Bildung wurde sehr schnell als Schlüsselement hierfür erkannt. So wurden auch sogenannte De-Radikalisierungsworkshops an Schulen in Österreich angeboten – als einmalige Aktion. Sowohl Außenminister Sebastian Kurz als auch Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek betonten immer wieder, wie wichtig Politische Bildung für die Bekämpfung von Terror sei. Es ist ein sich wiederholendes Muster. Immer wenn es einen Ausbruch von politischem oder religiösem Radikalismus gibt, wenn populistische Parteien große Wahlerfolge einfahren, wenn über das Desinteresse und die Politikverdrossenheit der Jugend geklagt wird, kommt beinahe reflexhaft die Forderung nach mehr Politischer Bildung ins Spiel. Die Politische Bildung gilt als Allheilmittel, um jede Form von Radikalismus zu bekämpfen und die „Brandherde“ in unserer Gesellschaft zu löschen. Die Frage, wie sinnvoll oder nachhaltig solche politischen „Schnellschussaktionen“ sind, soll hier aber nicht weiter bearbeitet werden. Aber wir können feststellen, dass das Thema Politische Bildung in den letzten Jahren eine immer größere Präsenz erhalten hat. Wenn es nun schon immer wieder Forderungen nach einem „Mehr“ an Politischer Bildung gibt, stellt sich für uns aber auch die Frage, was denn unter Politischer Bildung eigentlich zu verstehen ist. Beobachtet man die politische Debatte um das Thema Politische Bildung, kommt man bald zum Schluss, dass es hier noch sehr viele Unklarheiten darüber gibt, was Politische Bildung eigentlich sein soll. Politische Bildung wird zwar immer wieder als Patentlösung für Radikalismus und antidemokratische Entwicklungen angeboten, aber über konkrete Inhalte und Maßnahmen herrscht noch sehr viel Uneinigkeit. In dieser Arbeit wollen wir uns daher auf einer sachlichen Ebene mit dem Thema Politische Bildung befassen, um für uns mehr Klarheit darüber zu gewinnen. Wir werden in das Thema einsteigen, indem wir uns anschauen, wie der Status Quo der Politischen Bildung im österreichischen Bildungssystem eigentlich aussieht. Dies wird das Thema des ersten Abschnittes dieser Arbeit sein. Für uns von Interesse sind hierbei die Fragen, wie sich die Politische Bildung in Österreich in der Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg entwickelt

hat und wie Politische Bildung derzeit im Österreichischen Schulsystem etabliert ist. Dieser Abschnitt bildet somit eine Art „Bestandsaufnahme“ der Politischen Bildung in Österreich. Hierzu sei aber gesagt, dass wir uns in dieser Arbeit ausschließlich mit Politischer Bildung innerhalb des Schulsystems befassen. Der Bereich der Erwachsenenbildung ist in den folgenden Ausführungen ausgeklammert.

Nachdem wir uns einen Überblick über die aktuelle Lage verschafft haben, wollen wir der Frage nachgehen, was Politische Bildung in einer Gesellschaft überhaupt leisten kann, beziehungsweise was die Ziele von Politischer Bildung sein sollen. Um diese Frage zu beantworten, werden wir uns verschiedene Quellen, die Vorgaben über Ziele und Inhalte von Politischer Bildung machen, anschauen und versuchen einen gemeinsamen Grundkonsens darüber herauszuarbeiten, was Politische Bildung sein soll und was sie für die Gesellschaft bewirken soll. Eine Quelle, die wir hierfür heranziehen ist das „Unterrichtsprinzip Politische Bildung“, das im Grundsatzterlass zur Politischen Bildung 1978 festgelegt wurde. Dieses Unterrichtsprinzip wurde 2015 novelliert und wir werden uns auch mit der novellierten Version befassen. Die zweite Quelle, die uns als Richtschnur für die Bedeutung und Ziele von Politischer Bildung dient, ist die „Europaratscharta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung“ aus dem Jahr 2010. Die dritte Quelle, mit der wir uns in dieser Arbeit auseinandersetzen ist, das „Kompetenzmodell Politische Bildung“ von Reinhard Krammer aus dem Jahr 2008.

Diese drei Quellen bieten eine Orientierung darüber, welchen Wert Politische Bildung für eine Gesellschaft haben kann und welche Inhalte durch Politische Bildung vermittelt werden sollen. Mit diesem Kapitel soll somit die Frage nach dem Sinn von Politischer Bildung beantwortet werden. Im Anschluss wird für uns natürlich die Frage nach dem „Wie“ interessant. Wie kann Politische Bildung methodisch umgesetzt werden? Dies bildet die zentrale Frage des letzten Kapitels dieser Arbeit. Um dieser Frage nachzugehen, betrachten wir die praktische Bildungsarbeit von zwei Akteuren in der Politischen Bildung, die beide schon mehrjährige Praxiserfahrung in der Politischen Bildung haben. Der erste Akteur, den wir untersuchen, ist Zentrum Polis. Dies ist eine Servicestelle für die Politische Bildung, die im Auftrag des BMBF tätig ist. Der andere Akteur ist Sapere Aude – Verein zur Förderung von Politischer Bildung. Dies ist eine NGO, die Politische Bildungs-Workshops für Jugendliche anbietet. Wir werden uns in dieser Arbeit ansehen, welche Methoden diese beiden Akteure bei ihrer politischen

Bildungsarbeit anwenden, um einen Eindruck darüber zu erhalten, wie die Ziele von Politischer Bildung in der Praxis erreicht werden können.

Wenn wir diesen Arbeitsprozess abgeschlossen haben, sollten wir einen guten Überblick darüber haben, wie sich die aktuelle Situation der Politischen Bildung in Österreich darstellt, welche Ziele Politische Bildung haben soll und welchen Wert sie für eine Gesellschaft haben kann und auch, wie diese Ziele in der praktischen Bildungsarbeit umgesetzt werden können. Beginnen wir nun damit uns anzusehen, wie sich die Politische Bildung im österreichischen Bildungssystem entwickelt hat.

2. Politische Bildung in Österreich – Eine Langzeitbaustelle

Dieses Kapitel setzt sich mit der Frage nach der Entwicklung der Politischen Bildung in Österreich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges auseinander. Es gibt einen Überblick über die wichtigsten Fortschritte in diesem Prozess und welche Akteure bzw. welche Überlegungen dabei prägend waren. Wir setzen uns hier mit diesen Fragen auseinander, um ein besseres Verständnis für die gegenwärtige Situation der Politischen Bildung in Österreich zu erhalten. Durch den historischen Überblick lassen sich auch verschiedene Ansichten zur Politischen Bildung beleuchten, die in Österreich vorherrschten (oder immer noch präsent sind).

In den ersten Jahren, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war Österreich eine Wüste, was den Bereich der Politischen Bildung angeht. Lediglich im Lehrplan der Berufsschulen war Politische Bildung als Unterrichtsfach verankert. Allerdings wurde Politische Bildung für Berufsschulen bereits während der Ersten Republik als Unterrichtsfach eingeführt. Dieses wurde nach Kriegsende somit lediglich fortgesetzt. Explizite Bemühungen, Politische Bildung im Schulunterricht auszubauen (bzw. überhaupt erst einzubauen) gab es vorerst nicht. „Das erscheint umso überraschender, wenn man bedenkt, dass in Deutschland unmittelbar nach Kriegsende umfangreich politische Bildungsmaßnahmen eingeleitet wurden. Dies betraf sowohl die Schulbildung als auch die Erwachsenenbildung. Freilich geschah diese „Re-Eduktion“ auf Druck und anfangs auch unter Leitung der Siegermächte. Somit war, zumindest in der BRD von Anfang an und nach dem Mauerfall auch in ganz Deutschland Politische Bildung fest im Schulsystem verankert.“ (Vgl.: Filzmaier/Ingruber, 2001, S.7.f)

Im Vergleich dazu ging die Entwicklung der Politischen Bildung in Österreich ausgesprochen schleppend voran. Die Gründe für diesen Entwicklungsverlauf zu beleuchten soll Inhalt dieses Kapitels sein.

Die Frage nach der geschichtlichen Entwicklung der Politischen Bildung ist insofern interessant, da dies zum Verständnis des derzeitigen Standes der Politischen Bildung in Österreich beiträgt. Des Weiteren ermöglicht uns dieser historische Überblick die verschiedenen Überlegungen, Zugänge und auch Bedenken, die es im Laufe der Zeit zur Politischen Bildung gab zu betrachten. Dadurch wird es leichter, ein klareres Bild davon zu erhalten, was überhaupt der Zweck von Politischer Bildung in der Gesellschaft sein soll und welche Aspekte bei der Implementierung von Politischer Bildung eine Rolle spielen.

2.1 Politische Bildung nach 1945 – „Politik-Verbot“ in der Schule

Anders als in Deutschland, in dem die Siegermächte unmittelbar nach Kriegsende umfangreiche „Re-Edukations-Programme“ umsetzten, wurde in Österreich die Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit vorerst auf Eis gelegt. Thomas Hellmuth sieht einen Grund hierfür in der „Erstopferthese“, die Österreich nicht als Mittäter, sondern als erstes Opfer des Nationalsozialismus darstellte. Politische Bildungsmaßnahmen, die die Aufarbeitung des Nationalsozialismus zum Thema gehabt hätten, waren folglich nicht nötig und auch nicht erwünscht.

Die geringe Bedeutung der politischen Bildung, die sich im Fehlen eines eigenen Faches in den meisten Schultypen spiegelt, hängt wohl nicht zuletzt mit dem Status Österreichs als „Opfer“ des Nationalsozialismus zusammen; Eine Politische Bildung, die sich notgedrungen einer Aufarbeitung der unmittelbaren Vergangenheit widmen und die „Opfer“-These hinterfragen hätte müssen, war schon aus staatspolitischen Gründen nicht erwünscht. Vielmehr ging es darum, durch „Staatsbürgerkunde“, die an das Fach Geschichte gekoppelt war, die Identifikation der StaatsbürgerInnen mit der jungen Zweiten Republik zu fördern. Ein „Erlass zur staatsbürgerlichen Erziehung“ von 1949 wies der Schule daher die Aufgabe zu, „das Einfügen des einzelnen, das Unterordnen unter die Erfordernisse der Gemeinschaft zu ermöglichen. (Hellmuth, 2012, S.18.f.)

Diese Verdrängung der tatsächlichen Rolle Österreichs im Nationalsozialismus war einer der Gründe, wieso man eine kritische Politische Bildung in den Schulen gar nicht zulassen konnte.

Hinzu kommt weiter, dass die frühen Jahre der Zweiten Republik vom Konsens-Gedanken zwischen den beiden Großparteien SPÖ und ÖVP geprägt waren. Die Erinnerung an die Konflikte der Ersten Republik, die letztendlich zu ihrem Scheitern führten, war den meisten politischen Akteuren der Nachkriegszeit noch gut im Gedächtnis. Interne Streitereien konnte man sich in den Jahren nach Kriegsende aber nicht leisten. Die junge Zweite Republik musste sich von den Verwüstungen des Krieges erholen und erst ihren Platz in der Welt finden und dies musste vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges gelingen. Diese Herausforderungen konnten nur gemeistert werden, wenn SPÖ und ÖVP (zumindest weitestgehend) gut zusammenarbeiteten. Eine selbstreflexive und kritische Auseinandersetzung mit den politischen Ereignissen der Ersten Republik und der Ära Dollfuß hätten diese Zusammenarbeit schwer belastet.

Aber die Voraussetzungen für eine Weiterentwicklung der Politischen Bildung waren in Österreich aus einem weiteren Grund ungünstig. In Österreich bestand eine grundsätzlich negative Einstellung gegenüber politischem Unterricht. Der Gedanke, Politik zum Thema im Schulunterricht zu machen, löste zumeist Skepsis und Ablehnung aus. Diese Geisteshaltung wurzelte in der Tatsache, dass Politische Bildung an den Schulen in der bisherigen Geschichte Österreichs meist der politischen Manipulation und Indoktrination diene. Um dies zu verhindern, zog man es vor den Schulunterricht frei von Politik zu halten.

Die Gründe dafür [Angst vor Manipulation] liegen in der „Dialektik des Unpolitischen“, die die Politische Bildung in der Zweiten Republik geprägt hat und zum Teil noch immer prägt: sowohl im „Austrofaschismus“ als auch im Nationalsozialismus war die Schule politisch instrumentalisiert worden, weshalb Politik nach 1945 weitgehend als Tabuthema galt. (Hellmuth, 2012, S.13)

Aus Angst, die Schule könnte, wie schon in der Vergangenheit, zum Schauplatz politischer Indoktrination werden, ging man den radikal anderen Weg, indem man Politik und Politische Bildung aus dem Unterricht verbannte. Einzige Ausnahme bildeten die Berufsschulen, aber wie bereits erwähnt, handelte es sich hier nur um die Weiterführung des Faches Politische Bildung, das bereits während der Ersten Republik eingeführt wurde. Der Unterricht gestaltete sich hier im Stil einer reinen Institutionenlehre und hatte mit einer kritischen und reflektierenden Auseinandersetzung mit Politik, Geschichte und politischen Prozessen wenig zu tun.

2.2 Die Parteien vereinnahmten die Politische Bildung

Wie wir im vorangegangenen Kapitel sehen konnten, war die „Verdrängung“ der jüngsten Vergangenheit in Österreich ein großer Bremsklotz für die Entwicklung der Politischen Bildung im Schulsystem. Aber es war nicht der einzige entscheidende Faktor, der hier zum Tragen kam. Die Großparteien blockierten lange die Einführung von Politischer Bildung in den Schulen, da sie diese Aufgabe traditionell selber übernahmen. Der Gedanke, dass parteipolitisch unabhängige Politische Bildung überhaupt möglich ist, war weder in der Bevölkerung noch in der Politik verbreitet. Das lag vor allem daran, dass in Österreich Politische Bildung schon seit jeher als selbstverständliche Aufgabe der Parteien wahrgenommen wurde. „Dies reicht bereits in die Entstehungszeit der Parteien in Österreich im 19. Jahrhundert zurück. So entstand der erste Arbeiterbildungsverein in Wien bereits am 24. Juni 1848 unter der Bezeichnung "Erster Allgemeine Arbeiterverein"“ (Vgl.: Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie, Zugriff: 14.06.2015). Daraus folgte, dass Politische Bildung in erster Linie als Parteienbildung verstanden wurde.

Im Geiste dieser Tradition nahmen die Parteien auch in der Zweiten Republik ihre Rolle als politische Bildner wieder auf. Dies geschah aber außerhalb des Schulsystems. Vorfeld- und Jugendorganisationen der Parteien übernahmen die Aufgabe die Jugend Österreichs politisch zu bilden. Somit hing es oftmals davon ab, aus welcher Region man stammte und welche parteiliche Vorfeldorganisation hier am aktivsten war, welche Politische Bildung man genoss.

Politische Bildung erfolgte in Österreich lange Zeit innerhalb der politischen Lager und wurde auch ganz selbstverständlich als deren Aufgabe verstanden. Maßnahmen zur Stärkung von außen- bzw.- überparteilichen Initiativen in diesem Bereich wurden oft verhindert; in der Furcht, der politische Gegner könnte von den Maßnahmen mehr profitieren. Schulpolitik ganz allgemein war in der Zweiten Republik ein symbolischer Schauplatz, geprägt von weltanschaulichen Debatten und gegenseitigen Blockaden. (Hämmerle, 2008, S.95)

Somit blockierte das gegenseitige Misstrauen zwischen SPÖ und ÖVP (VdU, bzw. FPÖ spielten in dieser Entwicklung keine Rolle) ein Vorankommen der Politischen Bildung in den Schulen. Auch bildete die parteigebundene Bildung in den Vorfeldorganisationen ein

wunderbares Instrument, um treue Parteigänger heranzuziehen. Ein Instrument, das keine Partei gerne zugunsten einer neutralen oder kritischen Politischen Bildung in den Schulen aufgeben wollte.

Anstatt nun also die Entwicklung einer parteipolitisch unabhängigen Politischen Bildung im Schulsystem weiter zu entwickeln, wurde die politische Bildungsarbeit der Parteien gefördert und ausgebaut. Dies führte 1973 zur Gründung der ersten Parteienakademien in Österreich. Peter Filzmaier beschreibt die Situation der Politischen Bildung folgendermaßen:

Nach 1945 übernahmen die Parteien ihre alten Sozialisationsfunktionen, so dass die Politik öffentliche Mittel insbesondere für politische Bildungsarbeit der Parteien und weniger für außerparteiliche Programme bereitstellte. 1973 wurden Parteiakademien errichtet, denen relativ reichhaltige Mittel für politische Bildungsarbeit zur Verfügung standen. Politische Bildung als SPÖ-, ÖVO-, FPÖ- oder Grüne-Bildung fand in höherem Ausmaß gesellschaftliche und auch budgetpolitische Akzeptanz. [...] Als Politische Bildung in Österreich ergibt das folgerichtig eine unkoordinierte Summe der politischen Bildungstätigkeit von einzelnen Parteien. Unverändert ist festzustellen, dass gemeinsame Initiativen für Politische Bildung seitens der Parteien selten sind, und gleichsam instinktiv versucht wird, alle an der politischen Bildungsarbeit beteiligten Personen (Lehrende und Lernende) bzw. Organisationen einer Partei zuzuordnen. (Filzmaier/Ingruber, 2001, S.8)

Diese Zersplitterung der Politischen Bildung in Österreich bringt offensichtliche Schwächen mit sich. Zum einen finden wir in Österreich einen unkoordinierten „Fleckerlteppich“ von verschiedenen punktuellen politischen Bildungsmaßnahmen vor. Zum anderen erhalten Personen, die aus irgendwelchen Gründen nicht in parteiischen Vorfeldorganisationen sind, keine Politische Bildung.

Am schwerwiegendsten ist aber, dass Politische Bildung, die von Parteien gemacht wird, kaum neutral sein kann. Politische Bildung durch Parteien kann folglich kein gleichwertiger Ersatz für flächendeckend durchgeführte und parteipolitisch unabhängige Politische Bildung in den Schulen sein.

Die Parteiakademien haben, jenseits staatspolitischer Aufgaben für Politische Bildung (sie sollen, so der aufklärungsoptimistische Ansatz, „nach außen wirken,

Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern „Einsicht in gesellschaftliche Zusammenhänge vermitteln und sie so zu politischer Aktivität animieren“) zweifelsfrei sowohl interne als auch externe parteipolitische Funktionen, obgleich sie rechtlich als Vereine oder Stiftungen von den Parteien getrennt sein müssen. (Filzmayer, 2010, S.40)

Auch andere Anbieter von Politischer Bildung wie Gewerkschaften oder Kirchen haben dieses Problem der politischen Einfärbung.

Öffentliche Träger Politischer Bildung, wie etwa in der Bundesrepublik Deutschland die „Bundeszentrale für Politische Bildung“, fehlen in Österreich. Ihre Aufgaben werden zum einen von freien Trägern übernommen, zu denen neben Volkshochschulen, Gewerkschaften und Kirchen auch die Parteiakademien zählen. Oftmals sind freie Träger aber weltanschaulich gebunden, womit sich die Frage stellt, ob hier politische Bildung auch tatsächlich modernen fachdidaktischen Anforderungen entspricht. (Hellmuth, 2010, S.216.f.)

Das gegenseitige Misstrauen der Parteien und der Widerwille die Politische Bildung aus den Händen zu geben blockierten auch einen ersten ersten Anlauf Politische Bildung im Schulsystem zu verankern, den das Bundesministerium für Unterricht im Jahr 1974 unternahm.

2.3 Der „Grundsatzterlass zur Politischen Bildung“ (1978)

Auch wenn zu Beginn der 1970er Jahre die Politische Bildung nach wie vor fest in den Händen der Parteien und anderen freien Trägern lag, gab es doch auch zu dieser Zeit ernsthafte Bemühungen, dieses festzementierte System aufzubrechen und ein politisch unabhängiges Fach „Politische Bildung“ im Schulsystem einzuführen.

Tatsächlich versuchte [...] das BM für Unterricht im Jahr 1974 Politische Bildung in den Abschlussklassen der AHS und BHS als Pflichtfach einzuführen und zwar an der AHS anstelle der bisherigen Arbeitsgemeinschaft Geschichte und Sozialkunde – Geographie und Wirtschaftskunde [...]. Der Regierungsvorschlag für eine entsprechende Novelle des Schulorganisationsgesetzes wurde dann Ende 1974 an den Nationalrat weitergeleitet und diese Initiative weckte prompt die alten Instrumentalisierungsängste, Verdächtigungen und traumatischen Erinnerungen, die mit dem Thema „Politik und/in Schule und

Unterricht“ offenbar nach wie vor vorhanden waren. Das vom Anspruch (nicht von der Wirkung) unpolitische und nun schon seit mehreren Jahrzehnten praktizierte Konzept der mit Patriotismus verbrämten staatsbürgerlichen Erziehung hatte offenbar dieses Misstrauen noch immer nicht eliminieren können. Politische Bildung wurde jedenfalls noch immer – und gerade in Zeiten einer Alleinregierung – als brisantes Politikum empfunden und es wurden daher im Unterrichtsausschuss des Parlaments massive Einwände dagegen vorgebracht: Die Vertreter der beiden Oppositionsparteien äußerten Bedenken, ein eigenes Fach könnte leicht zu politischer Manipulation missbraucht werden, während bei den Sozialisten – hier allerdings hinter vorgehaltener Hand – Stimmen laut wurden, man sollte doch nicht ein eigenes Fach schaffen, das dann von den mehrheitlich nicht sozialistisch eingestellten AHS-Lehrern okkupiert werden könnte.

Nachdem also rasch klar geworden war, dass der Vorschlag „Politische Bildung als Fach“ nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit finden würde, zog man diesen Plan zurück und ging daran, einen entsprechenden Grundsatzterlass zu erarbeiten, der schon vorhandene gesetzliche und sonstige inhaltliche Festlegungen zusammenfassen sollte. Damit war der Bewegungsspielraum von vornherein freilich eingeschränkt und die weitlaufenden politischen Polemiken und massenmediale Übertreibungen und Zuspitzungen nährten das Misstrauen, ob nicht doch mit politischer Bildung Ideologien oder gar „Klassenkampf“ in die Schulen einziehen könnten [...]. (Dachs, 2008, S.27)

Auch wenn der Grundsatzterlass zur Politischen Bildung, dessen wesentlicher Kern die Einführung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung darstellt, bereits eine sehr fortschrittliche Form von Politischer Bildung festlegt (auf den Inhalt des Erlasses und des Unterrichtsprinzips wird an späterer Stelle noch ausführlicher eingegangen), bildet er doch nur den kleinsten gemeinsamen Nenner, auf den man sich einigen konnte. Die Einführung lediglich eines Unterrichtsprinzips anstelle eines Unterrichtsfaches weist in der Umsetzung erhebliche Defizite auf.

Ein Unterrichtsprinzip ist lediglich eine allgemeine Richtlinie, die in verschiedenen Unterrichtsfächern angewendet werden solle. Es bildet einen roten Faden, der sich durch die Gestaltung des Unterrichts ziehen soll. Es ist nicht auf einzelne Unterrichtsfächer oder Schulstufen und Schultypen beschränkt. (Vgl.: Informationsseite des IZ, Zugriff: 14.6.2015)

Die Umsetzung dieses Prinzips in der Schulpraxis ist aber kaum nachprüfbar, da keine explizite Unterrichtszeit dafür vorgegeben ist. Des Weiteren scheint es auch in der LehrerInnenausbildung Mängel zu geben. Kathrin Hämmerle verweist in diesem Zusammenhang auf Studien, die belegen, dass nur wenige angehende LehrerInnen sich ausreichend für die Umsetzung des Unterrichtsprinzips ausgebildet fühlen.

Beinahe alle Lehrpläne nehmen in den allgemeinen didaktischen Prinzipien Bezug auf das Unterrichtsprinzip Politische Bildung. Seit 1978 ist der Grundsatzterlass „Politische Bildung in den Schulen“ die rechtliche Basis für dieses Unterrichtsprinzip... [...]. Über die Praxis der Umsetzung der Politischen Bildung an Österreichs Schulen im Sinne dieses Grundsatzterlasses gibt es bereits einige ältere Untersuchungen [...]. Sie alle liefern über Bekanntheit der Inhalte und Zielsetzungen des Erlasses sowie über die praktische Umsetzung und Behandlung von aktuellen politischen Themen im Unterricht entmutigende Ergebnisse. Heinz Haubenwallner befragte die Lehrenden nach ihrer Einschätzung der Ausbildungsqualität in diesem Bereich und erhebt für das Schuljahr 1987/88, dass überhaupt nur drei Prozent der UniversitätsabgängerInnen angeben, eine ausreichende Ausbildung in Politischer Bildung genossen zu haben. Von den angehenden HauptschullehrerInnen fühlte sich keine(r) ausgezeichnet ausgebildet und nur 15 Prozent ausreichend [...]. Wenn man bedenkt, dass die meisten AbgängerInnen des Jahres 1990 heute in den Schulklassen stehen und Politische Bildung unterrichten, so erhält diese Untersuchung trotz oder gerade aufgrund ihres Alters eine aktuelle Relevanz. Die geringen Bekanntheitswerte des Erlasses haben sich in einer weiteren Studie aus dem Jahr 1991 nicht wesentlich verbessert [...] und es ist zu befürchten, dass sich die Lage bis heute nicht wesentlich verändert hat. (Hämmerle , 2008, S. 403.f.)

Wenn wir, wie Kathrin Hämmele annehmen, dass es bei der Vermittlung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung in der LehrerInnenausbildung keine deutlichen Verbesserungen gegeben hat, führt das zu der ernüchternden Erkenntnis, dass der Grundsatzterlass zur Politischen Bildung sich kaum im praktischen Schulunterricht niedergeschlagen hat. Die Umsetzung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung wird zusätzlich dadurch erschwert, dass es nur ein Unterrichtsprinzip von derzeit insgesamt zwölf ist. Die Politische Bildung muss in der Schule mit den Unterrichtsprinzipien „Entwicklungspolitische Bildungsarbeit“, „Erziehung zur Gleichstellung von Frauen und

Männern“, „Europapolitische Bildung“, „Gesundheitserziehung“, „Interkulturelles Lernen“, „Leseerziehung“, „Medienbildung“, „Sexualerziehung“, „Umweltbildung“, „Verkehrserziehung“ und „Wirtschaftserziehung und Verbraucher/innenbildung“ um einen Platz im Unterricht konkurrieren. (Vgl.: Homepage des Bundesministeriums für Bildung und Frauen, Zugriff: 14.6.2015)

Neben den Schwächen bei der Umsetzung des Unterrichtsprinzips verursachte der Grundsatzterlass ein neues Problem.

Auch wenn dies sicherlich nicht im Sinne der Initiatoren war, wirkte dieser wichtige Vorstoß für die Politische Bildung, den der Grundsatzterlass darstellt, paradoxerweise selbst als Hindernis beim weiteren Ausbau der Politischen Bildung in den Schulen. Da es nun das Unterrichtsprinzip Politische Bildung gab, wurde die Debatte um Politische Bildung in den Schulen als erfolgreich erledigt und abgeschlossen betrachtet. Weiteren Bemühungen für mehr Politische Bildung wurde somit der Wind aus den Segeln genommen

So wichtig die Installierung von Politischer Bildung als Unterrichtsprinzip war, so gerne wird die Existenz des Prinzips als Alibi für spätere Untätigkeit genommen.

(Filzmaier/Ingruber, 2001, S.15)

Folglich gab es nach 1978 keine nennenswerten Fortschritte im Bereich der Politischen Bildung in den Schulen. „Es wurde zwar im Zuge der Lehrplanänderung 2001 für die 11. und 12. Schulstufe der AHS das Fach „Geschichte und Sozialkunde“ in „Geschichte und Politische Bildung“ umbenannt, um im Geschichtsunterricht politische Themen mehr zu berücksichtigen. Mit der Reform der Oberstufenlehrpläne 2004/05 wurde dies auch für die 9. und 10. Schulstufe AHS übernommen.“(Vgl.: Informationsseite des Fachdidaktikzentrums Geschichte, Zugriff: 16.6.2015) Betrachtet man aber die praktische Ausgestaltung des Unterrichts und auch die Ausbildungen der LehrerInnen, kommt man bald zum Schluss, dass es sich hierbei tatsächlich bloß um eine „Umbenennung“ handelte. Der große Wurf für die Politische Bildung ist hiermit sicherlich nicht gelungen. Auf dieses Thema wird an späterer Stelle noch ausführlicher eingegangen werden. Die nächste kleinere Zäsur bildete die Senkung des Wahlalters 2007. Zumindest für kurze Zeit rückte Politische Bildung für Jugendliche in den Fokus der Politik und der Öffentlichkeit.

2.4 Wählen mit 16 (2007)

Im Jahr 2007 vollbrachte Österreich eine politische Pionierleistung (was ja nicht allzu oft vorkommt), indem das Wahlalter von 18 auf 16 Jahre gesenkt wurde. Dies geschah auf Anstoß der ÖVP hin, allerdings nicht aus einem Fortschrittsgedanken heraus, sondern dies war das Produkt taktischer Überlegungen und Verhandlungen zwischen der SPÖ und der ÖVP.

Dass die Wahlaltersenkung ins Regierungsprogramm aufgenommen wurde, war nicht das Ergebnis einer vorausgegangenen Debatte in der ÖVP, sondern Teil eines politischen Tausches mit der SPÖ, die im Gegenzug in die Einführung der Briefwahl im Inland (bei Auslandsaufenthalten gab es sie bereits) einwilligte. Die Wahlreform ist damit als Maßnahmenpaket eine von Parteikalkül getragene Entscheidung und nicht das Resultat einer inhaltlichen Auseinandersetzung. (Karlhofer, 2007, S.37)

Doch auch, wenn die Beweggründe für diese Maßnahme fraglich waren, brachte sie erstmals seit langer Zeit das Thema Politik und Jugend, beziehungsweise Politische Bildung der Jung- und ErstwählerInnen wieder ins Gespräch.

Rund um die Wahlaltersenkung wurden umfangreiche Initiativen und Programme ins Leben gerufen, um die Jung- und ErstwählerInnen auf ihre neue Verantwortung vorzubereiten. Dies geschah natürlich auch vor dem Hintergrund der baldigen Nationalratswahl 2008.

Das Bundesministerium für Bildung und Frauen startete die Initiative „Entscheidend bist DU!“ (2007-2008) (Vgl.: Informationsseite des BMBFs, Zugriff: 11.12.2014), um Jugendliche an die Politik heranzuführen und sie für ihre neue Verantwortlichkeit als Wahlberechtigte vorzubereiten. Auf einer interaktiven Online-Plattform (entscheidend-bist-du.at¹) sollten die Nutzer/innen die Möglichkeit haben sich über Politik zu informieren und auszutauschen. Hinzu kamen weitere Projekte und Aktionen wie ein durch Österreich tourender „DemokraTISCH“ (Vgl.: Informationsseite des BMBF, Zugriff: 11.12.2014), mit denen man die NeuwählerInnen erreichen wollte. „Für die 8. Schulstufe aller Schulen wurde das entsprechende Fach in „Geschichte und Politische Bildung“ umbenannt. Der Lehrplan dieses neuen Faches baut auf

¹ Die Plattform ist nach wie vor aktiv, allerdings war bei einem Zugriff am 11.12.2014 lediglich Werbung für Urlaubsreisen darauf zu finden

dem „Kompetenzmodell Politische Bildung“ auf.“ (Vgl.: Informationsseite des Fachdidaktikzentrums Geschichte, Zugriff: 16.6.2015)

Dieses Kompetenzmodell wird uns an späterer Stelle im Text noch beschäftigen. Doch das Interesse an den jugendlichen Wählern und Wählerinnen und ihrer Politischen Bildung ebte schnell ab.

Die genannte Demokratie-Initiative ist längst abgeschlossen, politisch gleichsam als erledigt betrachtet und von der österreichischen Regierung als erfolgreich abgehakt. Letztlich gleicht die Politische Bildung in Österreich aber immer noch einer Baustelle, deren Fertigstellung in weite Ferne gerückt ist. Selbst das Fundament, das errichtet werden sollte, ist recht wackelig. (Hellmuth, 2012, S.12)

2.5 Zusammenfassung

Wie wir in diesem Kapitel sehen konnten, wurde der Politischen Bildung in Österreich lange Zeit hindurch ein sehr geringer Stellenwert zugesprochen. Obwohl es Fortschritte in diesem Bereich gegeben hat, führt die Politische Bildung nach wie vor ein eher stiefkindliches Dasein in der Bildungslandschaft.

In den ersten Nachkriegsjahren lag diese Ablehnung von Politischer Bildung darin begründet, dass von Seiten der politischen Akteure gar kein großes Interesse daran bestand, die eigene politische Vergangenheit kritisch zu beleuchten und aufzuarbeiten. Politische Bildung sollte lediglich in der Form von, mit Patriotismus durchzogener „Staatsbürgerkunde“ die SchülerInnen zur Loyalität und Hingabe zu der jungen Republik erziehen.

Des Weiteren stand man der Idee, Politik in den Schulen zu unterrichten, skeptisch gegenüber. Bisher hatte man Politische Bildung an Schulen in erster Linie als Indoktrination und Manipulation erlebt. Um dies zu verhindern, wurde der Unterricht (nicht die Schulen) zum „politik-freien“ Raum gemacht.

Später war es vor allem das gegenseitige Misstrauen von SPÖ und ÖVP, der jeweils andere könnte von politischen Bildungsmaßnahmen in den Schulen mehr profitieren, das ein Vorankommen in der Politischen Bildung bremste. Auch war Politische Bildung in Österreich traditionell Angelegenheit der Parteien und weder SPÖ noch ÖVP wollten diese ernsthaft aus der Hand geben. Anstatt also un- bzw. überparteiliche Initiativen zur Politischen Bildung zu

fördern, wurden parteigebundene Bildungsmaßnahmen (z.B. Parteiakademien) weiter ausgebaut. Bis heute wird Politische Bildung oft primär als Parteienbildung gesehen und man versucht beinahe reflexartig sämtlich Akteure in der Politischen Bildung einer Partei zuzuordnen. Der Gedanke, dass parteiunabhängige Politische Bildung überhaupt möglich ist, setzt sich erst allmählich durch.

Vorstöße, parteiunabhängige Politische Bildung flächendeckend im Schulsystem zu etablieren, waren nur mäßig erfolgreich.

Diese Entwicklung hatte zur Folge, dass wir heute in Österreich einen unkoordinierten „Fleckerlteppich“ politischer Bildungsmaßnahmen vorfinden, die einmal mehr, einmal weniger parteilich gefärbt sind. Im Schulsystem ist Politische Bildung nach wie vor nur sehr unzureichend etabliert.

3. Status Quo der Politischen Bildung im Schulsystem

Dass die Etablierung von Politischer Bildung im Schulsystem bisher nur inkonsequent erfolgt ist, lässt sich schon allein daran ablesen, dass es kein eigenständiges Fach für Politische Bildung gibt. Wir finden Politische Bildung lediglich in Form von Fächerkombinationen vor. Einzige Ausnahme bilden die Berufsschulen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick darüber, wie Politische Bildung im Schulsystem etabliert ist.

Schulstufe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Schultyp	Unterrichtsprinzip Politische Bildung gilt für alle Schultypen und Schulstufen												
VS/VS-Oberstufe, Sonderschule					2 GSK/P B	2 GSK/P B	2 GSK/PB (Schwerpun kt PB)						
HS/AHS- Unterstufe/NMS					2 GSK/P B	2 GSK/P B	2 GSK/PB (Schwerpun kt PB)						
AHS-Oberstufe								1 GSK/PB	2 GSK/PB	2 GSK/PB	2 GSK/PB		
PTS – Polytechnische Schule								2 PB und WiKu					
Berufsschule									PB (Insgesamt 80 Wochenstunden)				
Technische und (kunst)-gewerbliche Fachschulen								2 Gu. und PB					
Handelsschule								2 PB und Zeitgeschicht e	2 PB und Zeitgeschicht e	1 PB und Zeitgeschicht e			
Fachschule für Mode										2 PB und Recht			
Fachschule für Mode und Bekleidungstechnik										2 PB und Recht			
Fachschule für wirtschaftliche Berufe										3 PB und Recht			
Fachschule für Sozialberufe								1 PB und Recht	1 PB und Recht	1 PB und Recht			
Höhere technische Lehranstalt										2 Gu. und PB	2 Gu. und PB		
Höhere technische Lehranstalt (Lehrplan 2011)								2 Geographie, Gu. und PB	2 Geographie, Gu. und PB	2 Geographie, Gu. und PB	2 Geographi e, Gu. und PB		
HTL für wirtschaftliche Berufe											2 PB und Recht	2 PB und Recht	
Handelsakademie									1 PB und Geschichte	2 PB und Geschichte	2 PB und Geschichte		
Höhere land- und forstwirtschaftliche schulen											2 G u. Und PB	3 G u. Und PB	
Bildungsanstalt für Kindergartenpädagog ik								2 GSK/PB	1 GSK/PB	2 GSK/PB		2 GSK/PB	
Bildungsanstalt für Sozialpädagogik												2 Rechtskund e und PB	

Quelle: Homepage, Zentrum Polis; Zugriff: 4.2.2015

Anhand dieser Tabelle können wir sehen, dass Politische Bildung grundsätzlich in allen Schultypen in irgendeiner Form im Lehrplan vertreten ist. Zusätzlich gilt das Unterrichtsprinzip Politische Bildung für alle Schulstufen und Schultypen. Auf den ersten Blick scheint also Politische Bildung gut im Schulsystem etabliert zu sein. Allerdings finden wir sie, abgesehen von den Berufsschulen, lediglich in Form von Fächerkombinationen. Zumeist wird Politische Bildung mit Geschichte und Sozialkunde, Wirtschaftskunde oder Recht kombiniert. Die Frage, ob die Kombination von Politischer Bildung mit anderen Fächern überhaupt sinnvoll ist, soll hier aber nicht beantwortet werden. Allerdings stellt sich die Frage nach der fachlichen Qualifikation der LehrerInnen durchaus.

Wie wir im vorangegangenen Kapitel sehen konnten, wurden viele Unterrichtsfächer erst vor relativ kurzer Zeit um den Aspekt der Politischen Bildung erweitert (2001, bzw. 2004/05). Die LehrerInnen, die die entsprechenden Fächer unterrichteten, hatten in ihrer LehrerInnenausbildung den Aspekt Politische Bildung noch nicht inkludiert. Des Weiteren wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Vermittlung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung in der LehrerInnenausbildung nur sehr unzureichend erfolgt. Es liegt somit die Vermutung nahe, dass Politische Bildung nur dem Namen nach im Schulunterricht eingebettet ist. Bei der entsprechenden LehrerInnenausbildung gibt es allerdings noch massiven Nachholbedarf. Kathrin Hämmerle verweist darauf, dass ein Lehramtsstudium „Politische Bildung“ oder eine vergleichbare Ausbildung derzeit überhaupt nicht existiert.

In Österreich existiert weder ein Lehramtsstudium „Politische Bildung“ noch eine vergleichbare universitäre Ausbildung. Der Unterricht eines Faches ohne adäquate Fachausbildung ist eine einzigartige Situation. Ausgerechnet in einem besonders sensiblen Gebiet werden Lehrende derzeit in Österreich allein gelassen. Politische Bildung bleibt somit dem persönlichen Engagement Einzelner überlassen und gerät in Gefahr, ein Fach der „Beliebigkeit“ zu werden, wie es Hirschmann (2007,11) auch für Deutschland konstatierte. (Hämmerle, 2008, S.97)

Hier spricht Kathrin Hämmerle einen grundlegenden Mangel bei der Politischen Bildung im Schulsystem an. Bei den Lehrplanreformen 2001 und 2004/05, in deren Zuge Politische Bildung als Fächerkombination Einzug in den Unterricht hielt, wurden kaum Maßnahmen ergriffen, um die LehrerInnen auf ihr nun erweitertes Unterrichtsfach vorzubereiten. Eine

Studie, zu diesem Thema, die 2014 vom SORA-Institut veröffentlicht wurde, bestärkt dieses Bild. Für diese Studie, die im Auftrag der Pädagogischen Hochschule und der Arbeiterkammer durchgeführt wurde, befragte man 476 LehrerInnen aus verschiedenen Schulformen und Schulstufen zum Thema Politische Bildung. Das Ergebnis dieser Erhebung wurde in einem Online-Artikel der „Presse“ folgendermaßen zusammengefasst:

Über 80 Prozent der befragten Lehrer messen der Politischen Bildung in der Schule große Bedeutung zu. Dabei nehmen sie sich selbst in die Verantwortung, was die Vermittlung betrifft: [...]

Ein Drittel der Pädagogen gab allerdings an, dass ihnen die Ausbildung im Bereich Politischer Bildung fehlt. Dementsprechend äußerten die Befragten den Wunsch nach mehr Unterrichtszeit für Politische Bildung und mehr Fort- und Weiterbildung. Doch obwohl es in der Lehrerfortbildung Angebote gibt, hat nur ein kleiner Bruchteil der befragten Lehrer diese auch genutzt.

Und wie wird Politische Bildung tatsächlich unterrichtet? Ein wesentlicher Befund der Studie ist, dass sie nicht wie andere Unterrichtsgegenstände entsprechend den Lehrplänen abgehandelt wird. An die Stelle der Fachdidaktik rückt eine subjektive Umsetzung, die stark vom einzelnen Lehrer abhängt. (Die Presse-Online, Zugriff: 04.02.2015)

Weder was die Inhalte betrifft, noch welche Methoden bei der Vermittlung von Politischer Bildung verwendet werden sollen, erhielten die LehrerInnen ausreichend Vorgaben. Auch das Erstellen von adäquaten Lehrmaterialien für die neue Fächerkombination ging nur sehr schleppend voran. Somit waren die LehrerInnen der entsprechenden Fächer, bei der Gestaltung der Politischen Bildung, die nun plötzlich zu ihrem Aufgabenbereich gehörte, weitgehend auf sich allein gestellt. Dementsprechend vielfältig gestaltete sich die Umsetzung. Sehr oft hängt es bis heute vom persönlichen Engagement des Lehrenden ab, ob und wie Politische Bildung im Unterricht umgesetzt wird.

Durch die Verankerung Politischer Bildung sowohl als Unterrichtsprinzip als auch als eigener Unterrichtsgegenstand in Kombination mit anderen Fächern ist es schwer, in diesem Bereich einen Überblick über die aktuelle Ausbildung der Lehrenden an den

verschiedenen Schultypen zu erhalten. Es ist selbst den Schulbehörden nicht klar, wer in welchem Ausmaß den SchülerInnen Inhalte Politischer Bildung vermittelt. Ebenso unklar ist die fachliche Grundlage für diese Lehrtätigkeit an den Schulen, da eine Ausbildung als Zugangsvoraussetzung in diesem Bereich sowohl auf den Universitäten als auch an den Pädagogischen Akademien bzw. jetzt Pädagogischen Hochschulen (PH) bis heute fehlt. Besonders im Bereich der Berufsbildenden Höheren Schulen gibt es keine aggregierten Daten zur Aus- und Vorbildung der Lehrenden des Faches „Politische Bildung und Recht“. Es kann hier nur vermutet werden, dass es sich mehrheitlich um JuristInnen handelt, aber auch BetriebswirtInnen bzw. WirtschaftspädagogInnen einen signifikanten Anteil der Lehrenden stellen. Bei einer Befragung der Landesschulräte wurde als erforderliche Voraussetzung für das Unterrichten dieses Faches explizit lediglich „politisches Interesse“ genannt. Hier wird eine gesetzliche Lücke offensichtlich: Sofern keine universitäre Lehramtsausbildung vorgesehen ist, ist es laut Beamtendienstrechtsgesetz möglich, einen Unterrichtsgegenstand mit einer thematisch einschlägigen Hochschulausbildung in Verbindung mit einer vierjährigen Berufspraxis zu unterrichten. (Hämmerle/Sandner/Sickinger, 2009, S.358)

Selbst in den Berufsschulen, in denen Politische Bildung bereits seit langer Zeit im Lehrplan verankert ist, gibt es keine entsprechende Ausbildung für die Lehrenden. „In Berufsbildenden Schulen gibt es die Unterrichtsgegenstände Wirtschaft und Recht sowie Politische Bildung und Recht, für die es kein entsprechendes Lehramtsstudium gibt. In der Praxis werden diese Gegenstände häufig von JuristInnen und WirtschaftspädagogInnen unterrichtet. (Vgl.: Informationsseite des Zentrum Polis, Zugriff: 2.5.2015)

3.1 Zusammenfassung

Wie wir in diesem Kapitel feststellen konnten, ist Politische Bildung formal, zumeist als Fächerkombination, im Lehrplan aller Schulen vorgesehen. Deutliche Mängel bestehen allerdings bei der praktischen Umsetzung. Dies liegt in erster Linie daran, dass es keine eigenständige Ausbildung für Lehrkräfte gibt, die im Rahmen ihres Unterrichtsfaches Politische Bildung unterrichten sollen. Damit ist Politische Bildung das einzige Unterrichtsfach, das ohne entsprechende Ausbildung unterrichtet werden darf. Es ist zwar naheliegend, Politische Bildung in Kombination mit Geschichte, Geographie, Recht oder Wirtschaft zu unterrichten, da es inhaltliche Überschneidungen zwischen diesen

Themengebieten gibt. Ob die Lehramtsausbildung für eines dieser Fächer den/die LehrerIn auch gleich befähigt, mit den Besonderheiten, die das Fach Politische Bildung mit sich bringt, fertig zu werden, darf aber bezweifelt werden.

Darüber hinaus fehlen einheitliche inhaltliche Vorgaben, an denen sich die LehrerInnen im Unterricht orientieren können. Auch was eine geeignete Methodik angeht, werden die LehrerInnen sich selbst überlassen.

Diese Situation hat zur Folge, dass die Qualität der Politischen Bildung anfällig ist für starke Schwankungen, je nachdem ob der/die LehrerIn besonders engagiert ist und sich aus eigenem Antrieb heraus die nötigen Kompetenzen aneignet oder nicht. Um diesen Mängeln entgegenzuwirken, wäre die Einführung eines eigenen Lehramtsstudiums für Politische Bildung unbedingt erforderlich. Ansonsten läuft das Fach tatsächlich Gefahr, zu einem „Fach der Beliebigkeit“ zu werden, wie es Kathrin Hämmerle konstatierte. (Vgl.: Hämmerle, 2008)

4. Ziele und Methodik von Politischer Bildung

Im vorangegangenen Abschnitt konnten wir sehen, dass es noch großen Nachholbedarf bei der LehrerInnenausbildung gibt, obwohl die Politische Bildung formal im Schulsystem etabliert ist. Vor allem was die Inhalte und die anzuwendende Methodik angeht, mangelt es an konkreten Vorgaben und Richtlinien, an denen sich die Lehrenden im Unterricht orientieren könnten. Bevor aber die Frage nach Inhalten und Methodik gestellt werden kann, muss zunächst geklärt werden, was Politische Bildung überhaupt leisten soll, bzw. welches die Ziele von Politischer Bildung sein sollen. Dieser Frage wird im folgenden Kapitel nachgegangen.

4.1 StaatsbürgerInnenkunde, Institutionenlehre oder Politische Bildung?

Eine Form der Politischen Bildung wurde im vorangegangenen Kapitel bereits erläutert. Wir erinnern uns, dass in der ersten Phase nach dem Zweiten Weltkrieg Politische Bildung zumeist als reine Institutionenlehre oder als mit Patriotismus durchtränkte Staatsbürgerkunde auftrat. Um eine politische Beeinflussung der SchülerInnen zu vermeiden, beschränkte man sich auf das Vermitteln scheinbar neutraler Fakten. Auch der Politischen Bildung in den Berufsschulen, der einzigen Schulform, in der sie als eigenes Unterrichtsfach besteht, wird oft angekreidet, dass sie sich meistens auf diese „Faktenlehre“ beschränkt.

Der heutige politische Unterricht an Berufsschulen vernachlässigt die prozessuale wie auch die persönliche Dimension. Politikunterricht verbleibt nicht selten in der Vermittlung von strategisch vorgedachtem Fertigwissen, welches auf pragmatisch-staatsbürgerliche Funktionen abzielt. Der Unterricht in der Politischen Bildung verharret nicht selten auf der Ebene der Kunde bzw. „Verkündigung“ (Institutionskunde, Paragraphenkunde, Wirtschaftskunde). Das Ausformulieren bzw. Ausforschen polarer Spannungsverhältnisse, das orientierende und informierende Lernen, das Exemplarische werden somit ausgespart oder allenfalls in Ansätzen behandelt. Der Kern eines weiteren Defizits scheint in der fehlenden Aufmerksamkeit für die interaktive Struktur und Dynamik von Lernprozessen zu sein. Vorbereitung und Darbietung politischer Gegenstände orientieren sich vorwiegend an den Schulbüchern Politischer Bildung. Das maßgebliche Motiv hierfür dürfte darin bestehen, dass das Schulbuch einen sicheren, einfachen und unterrichtsnahen Zugriff erlaubt. Das Schulbuch bietet mit seinem, häufig der Sachsystematik folgendem Aufbau einen inhaltlichen roten Faden für die Unterrichtsplanung. Die Ursachen der angeführten Professionalisierungsdefizite liegen weniger bei den einzelnen Lehrerinnen als in der LehrerInnenausbildung. (Wucherer, 2012, s.80.f.)

Dass SchülerInnen die grundlegenden Bausteine und die Funktionsweise des Österreichischen Staates kennen lernen, ist natürlich ein wichtiger Bestandteil von Politischer Bildung. Es ist allerdings fraglich, ob die alleinige Vermittlung solcher Fakten ausreicht, um die Jugendlichen auf ihr Leben als politisch mündige Mitglieder der Gesellschaft vorzubereiten. Peter Filzmayer schreibt hierzu:

Wer die Baugesetze der österreichischen Bundesverfassung oder auch nur die Zahl der Nationalratsabgeordneten nach Parteien aufsagen kann, ist allein deshalb weder sonderlich politisch noch sehr gebildet, sondern bestenfalls ein Fachidiot. Werden Jugendliche zum bloßen Auswendiglernen solcher Fakten gezwungen, ist das eine perfekte Methode, um Politikverdrossenheit zu fördern. (Filzmayer, Politische Bildung: Was ist das?, Internetquelle, Zugriff: 13.11.2014)

Spinnt man diesen Gedanken weiter, kommt man zum Schluss, dass eine scheinbar neutrale Vermittlung von scheinbar neutralen Fakten zum österreichischen Staatswesen durchaus politische Auswirkungen haben kann. Es sind aber eher schädliche Auswirkungen. Anstatt das Heranwachsen zu mündigen BürgerInnen zu unterstützen, werden damit eher politikverdrossene und uninteressierte junge Menschen geformt. Freilich bilden die Verfassung, die Institutionen, wirtschaftliche Prozesse, die Parteien usw. die Basis, auf der sich politische Prozesse abspielen. Das Wissen darüber allein reicht aber noch nicht aus, um die vielen komplexen politischen Prozesse des Alltags zu verstehen, zu bewerten und sich eine eigenständige Meinung bilden zu können. Eine Politische Bildung, die Politik als etwas Statisches, in Institutionen festgefrorenes Gebilde darstellt, kann die Dynamik und Komplexität der politischen Realität, mit der die SchülerInnen konfrontiert sind, kaum wiedergeben. Auch der Bezug zur eigenen Lebensrealität und zur eigenen politischen Verantwortung, die jeder/e BürgerIn hat, wird so kaum zu vermitteln sein. „Eine Schularbeit über die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte zu bestehen, ist ungenügend, wenn nicht zugleich im schulischen Umfeld Toleranz gelebt wird.“ (Filzmayer, *Politische Bildung: Was ist das?*, Internetquelle, Zugriff: 13.11.2014)

Wenn eine reine Faktenlehre also nicht das Ziel einer zeitgemäßen Politischen Bildung sein kann, stellt sich uns die Frage, was durch Politische Bildung vermittelt werden soll. Diese Frage ist allerdings nicht neu. Um sie zu beantworten, sind in Österreich derzeit drei Quellen maßgeblich.

Die erste Vorgabe, was durch Politische Bildung vermittelt werden soll, gibt uns der Grundsatzterlass zur Politischen Bildung (1978), in dessen Rahmen auch das Unterrichtsprinzip Politische Bildung festgelegt wurde. Dieser Erlass von 1978 war bis vor kurzem für alle Schultypen und Schulstufen gültig. Er wurde 2015 novelliert. Wir werden uns sowohl mit der ursprünglichen als auch mit der novellierten Version befassen.

Als Zweites soll das „Kompetenzmodell Politische Bildung“ genauer betrachtet werden. Es wurde 2007/2008 im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur von einer Arbeitsgruppe unter der Leitung von Univ.Prof. Dr. Reinhard Krammer erstellt. (Homepage der Pädagogischen Hochschule Salzburg, Zugriff: 25.6.2015) Das

Kompetenzmodell sollte definieren, welche Kompetenzen SchülerInnen durch Politische Bildung erwerben sollten.

Drittens ist die Europarats-Charta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung für uns von Interesse. Die Charta wurde vom Ministerkomitee am 11. Mai 2010 verabschiedet und 2012 wurde die Charta vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur als Rundschreiben an sämtliche Schulbehörden und deren Partner mit der Aufforderung versandt, die Umsetzung der Inhalte der Charta zu unterstützen.

Bei der Betrachtung dieser drei Quellen stehen folgende Fragen im Zentrum:

- a) Was sind, gemäß den einzelnen Quellen, die Ziele von Politischer Bildung?
- b) Was soll durch Politische Bildung vermittelt werden, bzw. welches Wissen oder welche Fertigkeiten sollen die SchülerInnen durch Politische Bildung erwerben?
- c) Welche Vorgaben für die Gestaltung des Unterrichts werden gemacht?

4.1.1 Der Grundsatzterlass zur Politischen Bildung (1978)

Der Grundsatzterlass zur Politischen Bildung war ein Ergebnis des ersten umfangreichen Versuchs, Politische Bildung als eigenständiges Unterrichtsfach in den Schulen zu etablieren. Die Einführung eines eigenen Faches scheiterte allerdings am Widerstand der Großparteien. Der Kompromiss, auf den man sich schließlich einigen konnte, war die Einführung des Unterrichtsprinzips „Politische Bildung“, (Das „Unterrichtsprinzip Politische Bildung“ wird im weiteren Verlauf des Textes mit „UPPB“ abgekürzt), das mit dem Grundsatzterlass zur Politischen Bildung 1978 in Kraft trat. Allerdings wurde das UPPB, während diese Arbeit gerade im Entstehen war, nach mittlerweile 37 Jahren novelliert. Auch wenn die Version des UPPB von 1978 damit nicht mehr gültig ist, lohnt es sich dennoch, diese genauer zu betrachten. Es wird noch einige Zeit dauern, bis die aktuelle Version im Schulunterricht und in der LehrerInnenausbildung implementiert ist. Somit ist die alte Version nach wie vor für den Unterricht von Bedeutung. Darüber hinaus ist es auch durchaus interessant zu betrachten, welche Punkte bei der Novellierung des UPPB geändert worden sind.

Im folgenden Abschnitt wird der Grundsatzterlass zur Politischen Bildung aus dem Jahr 1978 betrachtet.

Im Grundsatzterlass wird bereits im ersten Absatz Politische Bildung als „eine Voraussetzung sowohl für die persönliche Entfaltung des Einzelnen wie für die Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Ganzen“ (Grundsatzterlass zur Politischen Bildung, 1978, S.3) bezeichnet. Hier wird bereits die Bedeutung, die Politische Bildung für die Gesellschaft hat, unterstrichen. Die Ziele von Politischer Bildung werden in einer allgemein gehaltenen Einführung wie folgt definiert:

Wesentliche Anliegen der Politischen Bildung sind die Erziehung zu einem demokratisch fundierten Österreichbewußtsein, zu einem gesamteuropäischen Denken und zu einer Weltoffenheit, die vom Verständnis für die existentiellen Probleme der Menschheit getragen ist. Politische Bildung ist einem Demokratieverständnis verpflichtet, das in der Anerkennung legitimer Herrschaft und Autorität keinen Widerspruch zur postulierten Identität von Regierenden und Regierten sieht. Im Mittelpunkt steht aber die Frage, wodurch Herrschaft und Autorität von der Gesellschaft als rechtmäßig anerkannt werden: in einem demokratischen Gemeinwesen wird unabänderliches Merkmal sein, daß Autorität und Herrschaft aus der Quelle der freien Bestellung, der freien Kontrolle und der freien Abrufbarkeit durch die Regierten bzw. durch die von diesen eingesetzten Organen geschöpft werden. Dabei wird ein demokratisches Regierungssystem umso erfolgreicher arbeiten können, je mehr der Gedanke der Demokratie auch in anderen Bereichen der Gesellschaft anerkannt wird. (Grundsatzterlass zur Politischen Bildung, 1978, S.2)

In diesem Absatz fallen gleich mehrere Elemente besonders auf. Zunächst wird die Bildung eines „Österreichbewusstseins“ zwar als ein wesentliches Anliegen der Politischen Bildung bezeichnet, aber es wird bereits die europäische Dimension mit eingebracht. Auch wenn es nicht explizit ausformuliert wird, so wird zumindest angedeutet, dass durch Politische Bildung mehr das „Denken“ der SchülerInnen geschult werden soll, als dass Fakten vermittelt werden sollen. Werte wie „Weltoffenheit“ oder ein „Verständnis für die existentiellen Probleme der Menschheit“ können nicht durch bloße Faktenlehre vermittelt werden. Sie können nur das Ergebnis einer kritischen geistigen Auseinandersetzung mit entsprechenden Themen sein.

Als weiteres Kernelement der Politischen Bildung wird die Erziehung hin zu einem demokratischen Bewusstsein definiert. Was dabei auffällt, ist der Verweis darauf, dass eine

demokratische Gesellschaft besser funktioniert, wenn auch andere Bereiche der Gesellschaft vom „Gedanken der Demokratie“ durchdrungen sind. Auch hier verweist der Text darauf, dass es bei Politischer Bildung primär um die Schulung einer bestimmten Art des Denkens geht. Demokratie wird hier nicht als eine bestimmte Konstellation von staatlichen Institutionen definiert, sondern mehr als eine bestimmte Art des Denkens, das den SchülerInnen vermittelt werden soll. Das bedeutet aber nicht, dass die Vermittlung von Faktenwissen nicht Teil der Politischen Bildung sein soll. Allerdings kann sich Politische Bildung nicht darin erschöpfen.

Unter Punkt II werden im Grundsatzterlass die Ziele von Politischer Bildung in den Lehrplänen weiter erläutert. Es werden dabei fünf konkrete Ziele von Politischer Bildung genannt.

- Laut Erlass soll Politische Bildung die SchülerInnen dazu befähigen, gesellschaftliche Strukturen (Interessen, Normen, Wertvorstellungen; Herrschaft, Macht, Machtverteilung; politische Institutionen) in ihrer Art und Bedingtheit zu erkennen.
- Des Weiteren soll sie auch dazu anregen, sich aktiv am politischen Leben zu beteiligen. Der Text spricht hier von einer „Politisierung“ der SchülerInnen und einem Aufzeigen von Möglichkeiten, eigene Interessen zu vertreten.
- Auch soll durch Politische Bildung das Denken in politischen Alternativen geschult und Toleranz gegen Andersdenkende gefördert werden.
- Ein Verständnis für die Bedeutung einer umfassenden Landesverteidigung soll ebenfalls durch Politische Bildung vermittelt werden.
- Abschließenden soll Politische Bildung die Bereitschaft fördern, für die Verteidigung von Grundwerten wie Freiheit und Menschenwürde einzutreten, Vorurteile abzubauen und sich auch für die Belange Benachteiligter einzusetzen. (Vgl.: Grundsatzterlass zur Politischen Bildung, 1978, S.3)

Nachdem diese Ziele von Politischer Bildung definiert wurden, werden unter Punkt III im Grundsatzterlass grundlegende Hinweise für die Gestaltung des Unterrichts gegeben. Auf diese Gestaltungshinweise wird aber an späterer Stelle in dieser Arbeit noch gesondert eingegangen.

4.1.2 Die Novellierung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung (2015)

Wie in der Einleitung erwähnt, wurde das UPPB mittlerweile novelliert. In diesem Abschnitt sollen die wichtigsten Änderungen kurz umrissen werden.

Als Begründung für die Novellierung werden Veränderungen in Schule, Gesellschaft und Politik und auch Änderungen in der medialen Berichterstattung, der Informationsbeschaffung und der politischen Kommunikation genannt. Auch die Wahlaltersenkung von 2007 wird als Grund für die Novellierung genannt. (Vgl.: Unterrichtsprinzip Politische Bildung Grundsatzerlass, 2015, S.2)

Neu ist, dass laut UPPB von 2015 die Politische Bildung in Österreich auf drei „Säulen“ steht.

„Politische Bildung in österreichischen Schulen beruht auf drei Säulen. Sie...

- 1) ist als selbstständiger Unterrichtsgegenstand oder als Kombinations- bzw. Flächenfach in den Lehrplänen verankert.
- 2) wird im Rahmen der Schulpartnerschaft und der gesetzlichen Vertretung der SchülerInnen wirksam.
- 3) ist als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip auf allen Schulstufen ein bedeutender Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft sowie zur Verwirklichung und Weiterentwicklung der Demokratie und Menschenrechte.“ (Vgl.: Unterrichtsprinzip Politische Bildung Grundsatzerlass, 2015, S.2)

Auch bei der Definition der Ziele von Politischer Bildung gab es einige Veränderungen. Abgesehen von abweichenden Formulierungen, wurden auch neue Elemente in den Kanon der Ziele von Politischer Bildung aufgenommen. Einige andere (wie die Schaffung eines Bewusstseins für die Bedeutung einer umfassenden Landesverteidigung) fielen hingegen weg. Hier soll ein Überblick über die wichtigsten Änderungen gegeben werden.

- Völlig neu ist, dass (unter dem fünften Punkt) neben der Frage nach legitimer Herrschaft auch Fragestellungen wie gerechte Ressourcenverteilung und ein verantwortungsvoller und schonender Umgang mit Natur und Ressourcen durch Politische Bildung aufgegriffen werden sollen. Gleiches gilt für die Frage nach der Gleichheit von politischen Rechten.

- Unter dem siebten Punkt wird die Überwindung von Vorurteilen, Stereotypen, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie von Sexismus und Homophobie als besonders erstrebenswert definiert.
- Unter dem neunten und letzten Punkt wird betont, dass eine gerechte Friedensordnung und faire Verteilung von Ressourcen für das Überleben der Menschheit notwendig seien und dass dies weltweit den Einsatz aller Kräfte erfordere und auch als persönliche Verpflichtung aufgefasst werden müsse und dass dies den Schülerinnen vermittelt werden soll. (Vgl.: Unterrichtsprinzip Politische Bildung Grundsatzertlass, 2015, S.2.f.)

Die deutlichste Änderung, die bei dieser Auflistung auffällt, ist dass das Thema Ressourcen, bzw. Ressourcenverteilung gleich zweimal aufgegriffen wird. Im ursprünglichen UPPB wird dieses Thema überhaupt nicht erwähnt. Dieses Beispiel verdeutlicht gut, dass das Thema „Begrenztheit von globalen Ressourcen“ in den 1970er Jahren noch keine Rolle spielte. Dass Politische Bildung Vorurteile abbauen und den sozialen Zusammenhalt fördern soll, ist zwar bereits in der Ursprünglichen Version des UPPB enthalten, aber in der aktuellen Version wird dieser Punkt noch weiter ausgeführt und auch die Überwindung von Homophobie wird explizit als Ziel genannt. Ein entsprechender Punkt fehlt in der alten Version völlig.

4.1.2 Das Kompetenzmodell Politische Bildung (2007/2008)

Im Grundsatzertlass Politische Bildung werden zwar bereits einige Lernziele von Politischer Bildung erläutert, allerdings sind diese Vorgaben noch relativ vage. Dies ist im Schulsystem aber ein Problem, da es nach wie vor von dem Gedanken der konkreten und überprüfbaren Leistungsvorgaben bestimmt ist. Durch das Kompetenzmodell Politische Bildung wurde versucht die Lernziele eines Faches Politische Bildung (wir erinnern uns, dass 2007/08 Politische Bildung als Fächerkombination mit Geschichte eingeführt wurde) möglichst konkret festzulegen.

„Als grundsätzliches Ziel von Politischer Bildung wird im Modell politische Mündigkeit definiert. Die Autoren beziehen sich hier auf das Konzept der politischen Mündigkeit nach Kant. Ziel der Politischen Bildung im Schulsystem soll es sein, dass SchülerInnen am Ende ihrer Schullaufbahn mündige BürgerInnen sind.“ (Vgl.: Krammer, 2008, S.10, Internetquelle, Zugriff: 28.6.2015)

Um dieses Ziel zu erreichen, sollen die SchülerInnen am Ende ihrer Schullaufbahn über bestimmte Kompetenzen verfügen. „Unter *Kompetenzen* werden hier – wie in der derzeitigen Bildungsdebatte üblich –, jene Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften verstanden, die es den SchülerInnen ermöglichen, selbstständig Probleme in unterschiedlichen Situationen zu lösen.“ (Krammer, 2008, S.2, Internetquelle, Zugriff: 28.6.2015).

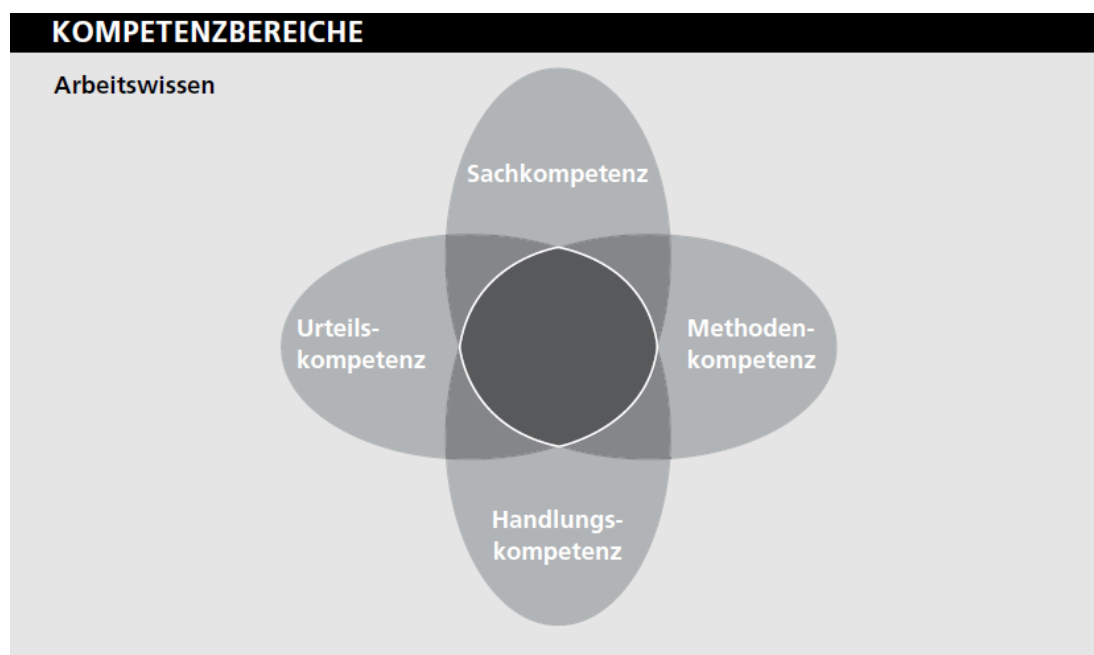
„Es handelt sich daher nicht vorrangig um den Erwerb eines enzyklopädischen Wissens, sondern um Lernangebote, die zum politischen Denken und Handeln befähigen.“ (Krammer, 2008, S.3, Internetquelle, Zugriff: 28.6.2015)

Um als mündiger/e BürgerIn gelten zu können, sollen laut Kompetenzmodell die SchülerInnen über vier Kompetenzen verfügen.

- **Politische Urteilskompetenz:** Als Politische Urteilskompetenz wird jene Fähigkeit bezeichnet, die es einem/er BürgerIn ermöglicht selbstständig zu politischen Urteilen zu gelangen und auch die politischen Urteile anderer kritisch zu hinterfragen.
- **Politische Handlungskompetenz:** Politische Handlungskompetenz bezeichnet die Fähigkeit und die Bereitschaft politische Konflikte auszutragen. Sie umfasst die Fähigkeit eigene Positionen zu artikulieren und zu vertreten, aber auch Positionen anderer zu verstehen. Des Weiteren wird damit die Fähigkeit bezeichnet an der Lösungsfindung von gesellschaftlichen Problemen mitwirken zu können. Das umfasst Kompromissbereitschaft, Toleranz, aber auch das Wissen um die Nutzung von Institutionen, Abgeordneten, Medien, NGOs etc., die einen bei der Vertretung seiner Position unterstützen können.
- **Politikbezogene Methodenkompetenz:** Hierunter ist zu verstehen, dass man in der Lage ist, fertige Manifestationen des Politischen, wie z.B. Fernsehbeiträge, politische Ansprachen, Presseberichte, Umfrageergebnisse etc. zu verstehen, aber auch zu hinterfragen. Politische Methodenkompetenz bezeichnet darüber hinaus die Fähigkeit, selbst solche Manifestationen zu bilden, um die eigene politische Willensäußerung zu unterstützen.

- **Politische Sachkompetenz:** SchülerInnen verfügen über politische Sachkompetenz, wenn sie in der Lage sind Kategorien und Konzepte des Politischen zu verstehen. Diese sind wichtig, um eine politische Situation angemessen analysieren zu können (Z.B. Bruttosozialprodukt, Föderalismus, Schicht, Gender etc.). Solche Basiskonzepte (Key-Concepts) ermöglichen es den SchülerInnen politisches Wissen zu strukturieren und einzuordnen. (Vgl.: (Krammer, 2008, S.3, Internetquelle, Zugriff: 28.6.2015)

Um diese vier Kompetenzen zu vermitteln, wird aber laut Kompetenzmodell „**Arbeitswissen**“ benötigt. Auch wenn es keine eigentliche Kompetenz ist, bildet es das fünfte Element für das Kompetenzmodell. Es wird davon ausgegangen, dass sich die vier Kompetenzen nur an Hand von Beispielen vermitteln lassen. Dies kann eine aktuelle politische Debatte oder ein bestimmtes historisches Ereignis oder Ähnliches sein. Damit die SchülerInnen an einem solchen Beispiel ihre Kompetenzen schulen können, benötigen sie ein grundlegendes Wissen über dieses Beispiel. Dieses Wissen wird als „Arbeitswissen“ bezeichnet. Im Grundsatzterlass wird aber explizit darauf verwiesen, dass es sich hierbei nicht um einen Wissenskanon handelt, der ständig vergrößert werden soll. Das Arbeitswissen ist ein Mittel zum Zweck. Dieser Zweck ist das Erlernen der genannten Kompetenzen. Graphisch lässt sich das Kompetenzmodell wie folgt darstellen.



Quelle: (Krammer, 2008, Kompetenzorientierte Politische Bildung. S.6)

Ziel der Politischen Bildung im Schulunterricht soll laut Kompetenzmodell sein, dass die SchülerInnen über alle diese Kompetenzen verfügen und zwar in einem ausreichenden Maß, um mit allen politischen Entwicklungen und Herausforderungen, mit denen sie im Laufe ihres Lebens konfrontiert werden, umgehen zu können. Die Autoren des Kompetenzmodells verweisen auch explizit darauf, dass Politische Bildung ein lebenslanger Lernprozess ist. Verfügen SchülerInnen nach dem Ende der Schulzeit aber über die entsprechenden Kompetenzen, sind sie laut Kompetenzmodell in der Lage, sich alles weitere Wissen anzueignen, das sie eventuell in Zukunft benötigen werden.

4.1.3 Europarats-Charta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung (2010)

Die Europarats-Charta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung ist die dritte Quelle zur Politischen Bildung, mit der wir uns hier befassen. Sie wurde im Mai 2010 vom Ministerkomitee erlassen und 2012 vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur als Rundschreiben an sämtliche Schulbehörden und deren Partner mit der Aufforderung versandt, die Umsetzung der Inhalte der Charta zu unterstützen. Inhaltlich bietet die Charta grundlegende Erläuterungen darüber, was unter Politischer Bildung zu verstehen ist und was durch sie erreicht werden soll.

Politische Bildung wird in der Charta wie folgt definiert.

„„Politische Bildung“ (Education for Democratic Citizenship) [bedeutet] Bildung, Ausbildung, Bewusstseinsbildung, Information, Praktiken und Aktivitäten, deren Ziel es ist, Lernende durch die Vermittlung von Wissen, Kompetenzen und Verständnis sowie der Entwicklung ihrer Einstellungen und ihres Verhaltens zu befähigen, ihre demokratischen Rechte und Pflichten in der Gesellschaft wahrzunehmen und zu verteidigen, den Wert von Vielfalt zu schätzen und im demokratischen Leben eine aktive Rolle zu übernehmen, in der Absicht, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu fördern und zu bewahren.“(Europaratscharta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung, 2012, S. 3)

Auffällig ist, dass hier eine sehr weit gefasste Definition von Politischer Bildung verwendet wird, die sich nicht nur auf den schulischen Bereich beschränkt. Nicht nur Unterricht in einem Schulfach, sondern alle „Praktiken, Aktivitäten,...“ die der Politischen Bildung dienen, werden

hier eingeschlossen. Dies impliziert, dass auch außerschulische Bildungsträger (NGOs, Parteien etc.) einen Beitrag zur Politischen Bildung leisten können/sollen. Des Weiteren begegnet uns auch hier wieder der Verweis darauf, dass Politische Bildung in erster Linie der Bildung eines demokratischen Bewusstseins dienen soll. Auch das aktivierende Element, das Politische Bildung beinhalten soll, wird hier explizit genannt.

Nach diesem zusammenfassenden Überblick darüber, was Politische Bildung sein soll, bzw. welche Ziele sie hat, werden die Ziele und Grundsätze, die Politische Bildung haben soll, ausführlicher erläutert.

Politische Bildung soll sich demnach an folgenden Ziele und Grundsätzen orientieren.²

- Jede Person auf dem Staatsgebiet (nicht nur StaatsbürgerInnen) soll die Möglichkeit zur Politischen Bildung erhalten.
- Politische Bildung ist ein lebenslanger Prozess, bei dem viele Akteure (PolitikerInnen, Eltern, NGOs, LehrerInnen, etc.) beteiligt sind.
- Alle Mittel, ob formal, nicht-formal oder informell, spielen in diesem Prozess eine Rolle.
- NGOs und Jugendorganisationen können einen wichtigen Beitrag zur Politischen Bildung liefern und müssen dementsprechend unterstützt werden.
- Die Art, wie Schulen geführt werden, soll die Werte der Demokratie und Menschenrechte widerspiegeln.
- Wesentliches Ziel von Politischer Bildung ist die Förderung des sozialen Zusammenhaltes und die Förderung von gegenseitigem Respekt, Toleranz und des interkulturellen Dialogs.
- Ziel von Politischer Bildung ist nicht nur die Vermittlung von Wissen und Kompetenzen, sondern die Befähigung im Dienste der Demokratie, der Menschenrechte etc. aktiv zu werden.
- Laufende Schulung und Fortbildung der politisch Bildenden ist sehr wichtig und muss mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet werden.

² Die hier gegebene Aufzählung der Ziele und Grundsätze von Politischer Bildung stellt eine verkürzte Zusammenfassung dar.

- Die verschiedenen Akteure der Politischen Bildung (Bildungseinrichtungen, Eltern, NGOs, Medien, etc.) sollen partnerschaftlich zusammenarbeiten.
- Akteure der Politischen Bildung sollen sich über Staatsgrenzen hinweg austauschen und zusammenarbeiten. (Vgl.: Europaratscharta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung, 2012, S.4)

Im Anschluss an diese Erläuterung über die Ziele und Grundsätze von Politischer Bildung, werden in der Charta auch noch Vorgaben über allgemeine Richtlinien zur Umsetzung von Politischer Bildung gemacht. Diese werden aber an späterer Stelle noch behandelt. Davor sollen hier die wichtigsten Erkenntnisse, was die Ziele von Politischer Bildung angeht, zusammengefasst werden.

4.2 Zusammenfassung der Zielvorgaben zur Politischen Bildung

An dieser Stelle kehren wir zu der am Beginn des Kapitels gestellten Fragen zurück. Dieses Kapitel sollte den Fragen nachgehen, was die Ziele von Politischer Bildung sein sollen und welches Wissen, bzw. welche Fertigkeiten die SchülerInnen durch Politische Bildung erwerben sollen. Auch wenn zwischen den einzelnen Quellen teilweise große Unterschiede, was ihre Entstehungszeit betrifft, bestehen und diese auch auf verschiedene Aspekte von Politischer Bildung unterschiedlich genau eingehen, tauchen einige Elemente in allen drei Quellen auf.

Förderung eines demokratischen Bewusstseins: Gemeinsam ist allen Quellen, dass sie eine Politische Bildung ablehnen, die sich lediglich auf das Vermitteln von Fakten und der Lehre über Institutionen beschränkt. Politische Bildung dient nicht dazu, dass die SchülerInnen sich einen Kanon statischen Wissens um Institutionen, Geschichte, etc. aufbauen. Sie soll die SchülerInnen in einer demokratischen Denkweise und geistigen Grundeinstellung schulen.

Anregung zu verantwortungsvollem politischen Handeln: Demokratie kann sich nicht darin erschöpfen, dass die BürgerInnen regelmäßig wählen gehen und sich ansonsten passiv verhalten. Darin stimmen alle Quellen überein. Jeder der betrachteten Texte betont explizit, dass Politische Bildung immer eine aktivierende Komponente enthalten muss und die SchülerInnen zur aktiven Teilnahme am politischen Geschehen in der Gesellschaft anregen soll. Dies schließt ein Bewusstsein für die eigene Verantwortung als mündiger/e BürgerIn für die

Gestaltung der Gesellschaft ein. Des Weiteren sollen SchülerInnen die nötigen Fähigkeiten (Kompetenzen) erhalten, um eigene politische Positionen zu formulieren und auch vertreten zu können. Dazu zählt auch, dass sie Kenntnisse über die Nutzung von Institutionen (Behörden, Medien, NGOs, etc.) erwerben, damit sie ihre Anliegen vertreten können. Um in einer verantwortungsvollen Weise an der Gestaltung der Gesellschaft mitwirken zu können, müssen SchülerInnen aber auch in die Lage versetzt werden, abweichende Standpunkte zu verstehen und Konfliktfähigkeit und Kompromissbereitschaft zu entwickeln.

Verständnis für politisch anders Denkende fördern: In allen Quellen wird festgehalten, dass eine grundlegende Bedingung für ein friedliches Miteinander in einer demokratischen Gesellschaft Verständnis für die Ansichten und Meinungen anders Denkender ist. Das UPPB (1978) fordert demnach, dass Politische Bildung die SchülerInnen im „Denken in politischen Alternativen“ schulen soll. Den SchülerInnen soll ein Verständnis dafür vermittelt werden, dass in einer demokratischen Gesellschaft widersprüchliche Ansichten durchaus nebeneinander existieren können.“ (Vgl.: Grundsatzertlass zur Politischen Bildung, 1978, S.2) Das Kompetenzmodell Politische Bildung fordert hierzu unter anderem „Kompromissbereitschaft, Toleranz, Akzeptanz, Konfliktfähigkeit in Bezug auf die Standpunkte politisch anders Denkender.“ (Vgl.: Krammer, 2008, S.3)

Förderung des sozialen Zusammenhalts und Abbau von Vorurteilen: Dies stellt ein zentrales Anliegen von Politischer Bildung dar und wird auch in allen Quellen ausdrücklich betont. Die Überwindung von Vorurteilen gegenüber anderen Personen (in Bezug auf Geschlecht, ethnische oder religiöse Zugehörigkeit, sexuelle Orientierung, etc.) wird als grundlegende Bedingung für ein friedliches Zusammenleben in der Gesellschaft definiert. Dass die SchülerInnen „den Wert von Vielfalt schätzen lernen“ (Vgl.: Europaratscharta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung, 2012, S.4), bildet somit ein zentrales Anliegen von Politischer Bildung. Das novellierte UPPB von 2015 verweist zusätzlich darauf, dass „eine gerechte Verteilung von Ressourcen ebenfalls wichtig ist, um den sozialen Zusammenhalt und den Frieden in der Gesellschaft zu sichern.“ (Vgl.: Unterrichtsprinzip Politische Bildung Grundsatzertlass, 2015, S.3) Das Thema gerechte Ressourcenverteilung findet sich nur in diesem (dem aktuellsten) Dokument.

Förderung der Bereitschaft für Demokratie und Menschenrechte aktiv einzutreten: Dass BürgerInnen auch bereit sein sollen, aktiv für Werte wie Demokratie, Freiheit und Menschenrechte einzutreten, wird ebenfalls in allen Quellen gefordert. Ebenfalls soll die Bereitschaft gefördert werden, sich für die Belange benachteiligter Personen einzusetzen.

Fassen wir an dieser Stelle noch einmal zusammen. In diesem Kapitel sollte unter anderem die Frage beantwortet werden, was die Ziele einer zeitgemäßen Politischen Bildung sein sollen. Die fünf Ansprüche, die hier erläutert wurden, werden direkt oder indirekt in allen Quellen an eine zeitgemäße Politische Bildung gestellt. Zwar werden in den einzelnen Quellen noch weitere Ziele genannt aber diese fünf finden sich in sehr ähnlichen Formen in allen. Daraus lässt sich eine sehr klar definierbare Zielvorgabe ableiten, was Politische Bildung bei den SchülerInnen bewirken soll. Somit kann man sagen, dass das wesentliche Ziel von Politischer Bildung ist, die SchülerInnen zu mündigen BürgerInnen zu erziehen, die im Geiste des Friedens, der Toleranz, der Demokratie und der Menschenrechte bereit und fähig sind, aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken. Politische Bildung wird somit auch zu einer wesentlichen Stütze der Demokratie an sich.

Eine Diktatur kann sich aufklärende politische Bildung gar nicht leisten. Sie ist auf die Hoffnung angewiesen, daß ihre Staatspropaganda ihr gefügige Bürger zuführt [...] Die Demokratie hingegen steht und fällt mit der Befähigung ihrer Bürger zum rationalen politischen Denken und Handeln. Sie braucht dazu den Bürger, der auf einen Grundvorrat politischer Kenntnisse zurückgreifen, sich orientieren und auf der Grundlage dieser Orientierung begründet entscheiden kann. [...] Der staatsfromme, der Obrigkeit genehme Bürger kann nicht das Ziel demokratischer politischer Bildung sein, sondern nur der kritische Bürger. Kritik allerdings auf der Grundlage der Fähigkeit und der Bereitschaft zur rationalen Kritik. (Baum, 1982, S.18)

4.2.1 Vorgaben zur praktischen Umsetzung von Politischer Bildung

Auch wenn die verschiedenen Quellen schon relativ detailliert auf die zu erreichenden Ziele von Politischer Bildung eingehen, beschränken sie sich, was die praktische Umsetzung von Politischer Bildung im Unterricht angeht, doch auf eher vage formulierte Grundzüge. Aber zumindest einige dieser grundlegenden Prinzipien, an denen sich die Lehrenden bei der

Umsetzung von Politischer Bildung orientieren sollen, finden wir in allen Quellen. Die wichtigsten dieser Grundsätze werden hier zusammengefasst.

Politisches Lernen beruht auf Erfahrung und Einsicht: In allen Quellen wird betont, dass es für das Erlernen von Demokratie in den Schulen von großer Bedeutung ist, dass auch im Schulalltag demokratische Werte gelebt werden. „Schule soll ein Ort sein, an dem demokratisches Handeln gelebt wird.“ (Unterrichtsprinzip Politische Bildung, 2015, S.4) Auch die Europarats-Charta zur Politischen Bildung betont, dass „Lehr- und Lernpraktiken und -aktivitäten [...] den Werten und Grundsätzen der Demokratie und der Menschenrechte folgen und diese fördern sollen. In der Charta wird dies als „Democratic Governance“ in den Bildungseinrichtungen bezeichnet. (Vgl.: Europaratscharta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung, 2012, S.4) Kurt Gerhard Fischer schrieb zum Thema Politische Bildung in Deutschland, dass Politik und Demokratie gelernt werden müssen, um gelebt werden zu können. (Vgl.: Fischer, 1986, S.52) In Bezug auf die Politische Bildung in den Schulen müsste diese Aussage umgedreht werden. Somit müssten Politik und Demokratie gelebt werden, um gelernt zu werden. In diesem Punkt sind sich alle hier behandelten Quellen einig.

Kontroversität, Meinungsvielfalt und Überwältigungsverbot: Betont wird vor allem im UPPB, dass Politische Bildung auf keinen Fall dazu dienen darf, dass LehrerInnen ihre persönlichen politischen Ansichten bewerben. Grundsätzlich müssen laut Erlass den SchülerInnen immer verschiedene Meinungen und Standpunkte vermittelt werden. Sie sollen ein Verständnis für abweichende Ansichten erhalten und zur Einsicht gelangen, dass unterschiedliche Meinungen nebeneinander existieren können. Dies bedeutet laut UPPB aber nicht, dass LehrerInnen nicht die Möglichkeit haben sollen, eigene politische Ansichten im Unterricht zu formulieren, solange sie darauf achten, dass die SchülerInnen zu einem eigenen Urteil finden.

Zusammenarbeit mit außerschulischen Akteuren: Sowohl in der Europarats-Charta zur Politischen Bildung als auch in der novellierten Version des UPPB wird die Bedeutung, die den außerschulischen Bildungsträgern zufällt, genannt. Im aktuellen UPPB wird diese Bedeutung wie folgt beschrieben:

Eine besondere Rolle kommt bei der Umsetzung Politischer Bildung der Begegnung mit Personen und Institutionen des Politischen (Politik, Interessensvertretungen, NGOs, Bürgerinitiativen, Medien, etc.) zu. Die Einbeziehung externer Akteure/Akteurinnen bzw. Anbieterinnen und Anbieter Politischer Bildung hat einen wichtigen Mehrwert, da die Schule kein abgeschlossener, sondern immer in ein konkretes gesellschaftliches Umfeld eingebetteter Bereich ist. (Vgl.: Unterrichtsprinzip Politische Bildung Grundsatzerlass, 2015, S.4)

In der Europarats-Charta zur Politischen Bildung wird zwar auch auf die besondere Rolle von außerschulischen Akteuren insbesondere auf die Bedeutung von NGOs und Jugendorganisationen verwiesen, aber hier wird zusätzlich noch die Wichtigkeit von grenzüberschreitender Zusammenarbeit und internationalem Austausch zwischen Bildungsinstitutionen und anderen Akteuren der Politischen Bildung betont.

Sie [die Mitgliedsstaaten der EU] sollten diese Organisationen und ihre Aktivitäten als einen wertvollen Teil des Bildungssystems anerkennen, sie nach Möglichkeit unterstützen und ihre Expertise in allen Bildungsbereichen nutzen. Die Mitgliedstaaten sollten Politische Bildung und Menschenrechtsbildung auch bei anderen Interessensgruppen, insbesondere bei Medien und in der allgemeinen Öffentlichkeit, fördern und bekannt machen, um den größtmöglichen Nutzen aus deren Beitrag in diesem Bereich ziehen zu können. (Europaratscharta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung, 2012, S.5)

Zusammenfassend muss man allerdings sagen, dass über solche allgemeinen Richtlinien hinaus in den behandelten Quellen nur wenige konkrete Vorgaben und Anleitungen für die praktische Gestaltung des Unterrichts für Politische Bildung gegeben werden. LehrerInnen sind aber für die Umsetzung von Politischer Bildung auf solche konkreten Vorgaben angewiesen. Aus diesem Grund soll sich der zweite Abschnitt dieser Arbeit mit der praktischen Bildungsarbeit von zwei Akteuren der Politischen Bildung befassen, die bereits viele Jahre praktische Erfahrung als politische Bildner sammeln konnten.

5. Die politische Bildungsarbeit von Zentrum Polis und Sapere Aude

Im letzten Abschnitt haben wir uns mit grundlegenden Überlegungen und Vorgaben zur Politischen Bildung auseinandergesetzt. Alle Quellen sind sich einig darüber, dass aktive BürgerInnen, die sich am politischen Leben beteiligen und dieses mitgestalten, eine essentielle Stütze der Demokratie und der Menschenrechte sind. Einigkeit besteht auch darüber, dass die Menschen über die nötigen Kompetenzen verfügen müssen, damit diese aktive Beteiligung in konstruktiver Weise möglich ist. Hier kommt die Politische Bildung ins Spiel. Sie wird als ein wichtiger Schlüssel für die Heranbildung solcher kompetenter, aktiver und im politischen Sinne mündiger BürgerInnen gesehen. Nun lassen die betrachteten Quellen keinen Zweifel darüber, dass Politische Bildung sehr wichtig ist. Wenn es aber um konkrete Vorgaben für die Umsetzung von Politischer Bildung geht, sind die Informationen eher spärlich und sehr allgemein gehalten. Über einige grundlegende Leitlinien wie „Kontroversität, Meinungsvielfalt und Überwältigungsverbot“, die „Zusammenarbeit mit außerschulischen Akteuren“ etc. gehen die Ausführungen über die praktische Umsetzung von Politischer Bildung nicht hinaus. Das stellt die verschiedenen schulischen und außerschulischen Akteure in der Politischen Bildung aber vor eine große Herausforderung. Die Erkenntnis, dass Politische Bildung für die Demokratie wichtig ist, ist ja schön und gut, aber was macht jemand als politischer Bildner konkret, wenn er/sie vor einer Klasse mit zwanzig SchülerInnen steht und ihnen jetzt etwas über Politik erzählen soll? Hier geben das UPPB, das Kompetenzmodell oder die Europaratscharta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung nur wenig Anleitung.

Nachdem wir uns also im letzten Abschnitt viel mit der Theorie der Politischen Bildung befasst haben, wollen wir nun in die Praxis eintauchen oder genauer gesagt, wir wollen die praktische Arbeit von politischen Bildnern betrachten. Hier stellt sich uns zuerst die Frage, welche Akteure der Politischen Bildung für uns als Untersuchungsgegenstand in Frage kommen. Wir haben bereits erfahren, dass in Österreich alle Parlamentsparteien direkt und/oder über ihre Vorfeldorganisationen Politische Bildung betreiben und auch Kirchen oder andere weltanschauliche Organisationen sind hierzulande in der Politischen Bildung tätig. Ohne jetzt eine Aussage über die Qualität dieser Politischen Bildungsarbeit treffen zu wollen, schließen wir diese Akteure für unsere Untersuchung aber aus. Das hat den einfachen Grund, dass man bei allen diesen Akteuren annehmen muss, dass ihre Bildungsarbeit von parteilichen oder ideologischen Interessen mitgeprägt ist. Im ersten Abschnitt dieser Arbeit wurde aber versucht

ausführlich zu erläutern, wieso Politische Bildungsarbeit eben nicht an die Interessen von Parteien oder anderen politischen Akteuren gebunden sein soll.

Die Wahl fiel daher auf zwei Akteure der Politischen Bildung, die nicht über eine solche parteipolitische oder ideologische Anknüpfung verfügen.

Dies sind zum einen „Zentrum Polis“ und zum anderen „Sapere Aude – Verein zur Förderung von Politischer Bildung“.

Zentrum Polis ist eine Serviceeinrichtung für Politische Bildung an Schulen. Es arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Frauen (BMBF). Ein wesentlicher Bestandteil seiner Arbeit besteht darin Methoden für die praktische Umsetzung von Politischer Bildung in Schulen zu entwickeln und Unterrichtsmaterialien und Anleitungen für LehrerInnen zu erstellen.

Sapere Aude ist eine NGO, die von privaten BürgerInnen in Eigeninitiative gegründet worden ist, um die Politische Bildung in Österreich zu fördern. Alle Beteiligten sind dabei parteipolitisch ungebunden. Ein zentrales Element der Bildungsarbeit von Sapere Aude ist die fünftägige Workshopreihe „Voten oda Woatn?!“.

Diese beiden Akteure eignen sich für eine Untersuchung aus mehreren Gründen. Zunächst kann man bei beiden davon ausgehen, dass ihre Bildungsarbeit keinen parteipolitischen Interessen oder den Interessen irgendeines anderen politischen Akteurs dient. Zumindest lässt sich auf Grund ihrer institutionellen Basis, ihres Selbstverständnisses oder ihrer Finanzierung keine solche Vermutung ableiten. Des Weiteren verfügen sowohl Zentrum Polis als auch Sapere Aude über langjährige praktische Erfahrung in der Politischen Bildungsarbeit. Wir können also davon ausgehen, dass sich beide Akteure durch ihre Tätigkeit bereits eine beachtliche fachliche Kompetenz erworben haben.

Ein Großteil der Arbeit von Zentrum Polis besteht des Weiteren darin, Unterrichtsmaterialien und Anleitungen für Lehrende an Schulen zu erstellen. Es hat mit seiner Arbeit daher eine sehr große Breitenwirkung, da die Vorgaben und Materialien, die vom Zentrum Polis erarbeitet werden, in Schulen österreichweit in der Politischen Bildung eingesetzt werden. Die Materialien sind speziell für den Einsatz im Schulunterricht konzipiert. Betrachten wir diese Unterrichtsmaterialien, erhalten wir eine Vorstellung darüber, wie Politische Bildung im Schulunterricht umgesetzt werden kann.

Im Unterschied zu Zentrum Polis arbeitet Sapere Aude mit non-formalen Methoden des Unterrichtens. Kern ihrer Politischen Bildungsarbeit ist eine mehrtägige Workshopreihe, die Jugendlichen in allen Lebens- und Bildungssituationen angeboten wird und sich nicht nur auf den Einsatz im Schulunterricht beschränkt. Daher erhalten wir durch die Untersuchung dieser beiden Akteure einen weiter gefächerten Blick auf das Feld der Politischen Bildung.

Zentrum Polis und Sapere Aude bietet sich aber aus noch einem anderen Grund für eine Untersuchung an. Zentrum Polis ist ein staatlicher Akteur. Es arbeitet im Auftrag des BMBF, wird von diesem mit einem Arbeitsauftrag versehen und finanziert (zumindest größtenteils). Sapere Aude hingegen ist eine klassische NGO. Dieser Verein wurde sozusagen „aus dem Nichts“ geschaffen. Von den Arbeitszielen, der Arbeitsweise bis zur Finanzierung musste alles erst entwickelt und aufgebaut werden. Die institutionelle Basis, von der aus die beiden Einrichtungen arbeiten, unterscheidet sich also deutlich voneinander. Dadurch, dass wir diese beiden Akteure betrachten, ergeben sich somit auch interessante Vergleichsmöglichkeiten.

Was sollen die zentralen Fragen sein, denen wir bei der Untersuchung von Zentrum Polis und Sapere Aude nachgehen?

Zunächst werden wir uns einen Überblick darüber verschaffen, wie die beiden Einrichtungen aufgebaut sind und wie sie arbeiten. Dazu gehören auch die Fragen, welches ihr jeweiliger Rechtsstatus ist, wie sie ihre Arbeit finanzieren und wie ihre interne Arbeitsweise aussieht. Der Fokus dieses Abschnittes soll zwar auf den Methoden der Politischen Bildung liegen, man kann aber die Praxis der Politischen Bildung nicht gänzlich losgelöst vom institutionellen und vor allem vom finanziellen Rahmen betrachten. Die Frage danach, wie die Arbeit der politischen Bildner organisiert und finanziert wird, ist grundlegend für die Praxis der Politischen Bildung. Im Zentrum sollen aber die Methoden der Politischen Bildung stehen, die von den beiden Akteuren entwickelt und angewandt werden.

Im Fall von Zentrum Polis bedeutet das, dass wir die Unterrichtsmaterialien, die das Zentrum erarbeitet hat, anhand ausgewählter Beispiele ausführlich betrachten und die Inhalte analysieren. Von Interesse ist hier, wie die Inhalte aufgebaut sind, welches Wissen den SchülerInnen vermittelt wird und wie der Unterricht praktisch umgesetzt werden soll. Wir werden auch der Frage nachgehen, ob sich in diesen Unterrichtsbeispielen die Vorgaben zur Politischen Bildung, die wir im vorangegangenen Abschnitt erörtert haben, niederschlagen oder nicht.

Das gleiche Vorgehen wird bei Sapere Aude zur Anwendung kommen. Hier wird der Fokus auf der Untersuchung auf der Workshopreihe „Voten oda Woatn?!“ liegen.

Am Ende dieser Untersuchung sollte es möglich sein eine relativ konkrete Einschätzung darüber abzugeben, wie Politische Bildung praktisch gestaltet werden kann. Hierzu sei aber auch gleich gesagt, dass es sich bei den betrachteten Beispielen nur um mögliche Formen von Politischer Bildung handelt. Die Auswahl dieser Beispiele soll nicht dahingehend verstanden werden, dass es sich hier um die einzige „ideale“ Form der Vermittlung von Politischer Bildung handelt. Die Betrachtung dieser Beispiele soll lediglich Möglichkeiten aufzeigen, wie man Politische Bildung methodisch umsetzen kann.

5.1. Zentrum Polis – Politik lernen in der Schule

Wie bereits erwähnt, werden wir uns bei Zentrum Polis auf die Unterrichtsmaterialien konzentrieren, die vom Zentrum erstellt werden. Bevor wir damit aber beginnen, soll ein kurzer Überblick über die Struktur, Organisation und den Aufbau der Einrichtung gegeben werden. Da es aber hierzu weder Literatur noch andere umfangreiche Informationsquellen gibt, wurde im Frühjahr 2015 mit der damaligen Leiterin von Zentrum Polis, Mag.^a Dr. Patricia Hladschik ein Interview zu diesem Thema geführt. Die Informationen über die Arbeit von Zentrum Polis, die in diesem Abschnitt dargelegt werden, stammen aus diesem Interview.

5.1.1. Entstehung, Rechtsstatus, Finanzierung

Zentrum Polis wurde im Jahr 2006 im Rahmen des UNO Weltprogrammes der Menschenrechtsbildung³ gegründet.

Die Gründung geschah im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Frauen. Vor der Gründung von Zentrum Polis existierten bereits zwei Einrichtungen, die sich im Auftrag des BMBF mit Politischer Bildung, bzw. Menschenrechtsbildung befassten. Dies war zum einen die „Servicestelle Politische Bildung“ und zum anderen die „Servicestelle Menschenrechtsbildung“. Diese beiden Einrichtungen fusionierten, um Synergien zu nutzen. Aus dieser Zusammenlegung heraus entstand Zentrum Polis. Vor der Gründung von Zentrum

³ Das Weltprogramm für Menschenrechtsbildung wurde von der UN-Generalversammlung am 10. Dezember 2004 ausgerufen. Ausführliche Informationen hierzu finden sich auf der Homepage der UNESCO. (UNESCO, <https://www.unesco.de/wissenschaft/menschenrechte/menschenrechtsbildung/weltprogramm-mr-bildung.html> / Zugriff: 10.03.2016)

Polis wurden viele seiner Aufgaben auch direkt vom BMBF übernommen. In Folge des Dienststellenabbaus im öffentlichen Bereich war dies aber nicht mehr finanzierbar und diese Aufgaben wurden an das neu gegründete Zentrum Polis ausgelagert.

Zentrum Polis ist aber keine eigenständige Rechtspersönlichkeit, sondern ist eine Marke des BMBF. Dies hängt mit der Entstehung von Zentrum Polis zusammen. Wie bereits erwähnt wurde Zentrum Polis in Folge eines Dienststellenabbaus gegründet. Die Beamtenposten im BMBF, die bisher für die Politische Bildung zuständig waren, wurden „weggekürzt“. Das BMBF behalf sich in dieser Situation mit folgenden Maßnahmen – Es erstellte den Auftrag, dass eine Servicestelle für Politische Bildung und Menschenrechtsbildung gegründet werden soll. Es wurde eine Ausschreibung hierfür gemacht und der Auftrag erging dann an das Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte. Die Entscheidung fiel auf das Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte, da dieses in diesem Bereich die umfangreichste Expertise mitbringen konnte. Somit ist nun der „Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte Forschungsverein“ die Trägereinrichtung von Zentrum Polis. Das bedeutet in der Praxis, dass die Mitarbeiter von Zentrum Polis nicht beim BMBF, sondern beim Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte angestellt sind und auch keinen Beamtenstatus besitzen. Sie erhalten ihr Gehalt auch vom Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte. Auch sonstige Kosten, wie Büromiete, Arbeitsmaterialien, Spesen... werden vom Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte übernommen. Allerdings bestreitet das Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte diese Kosten nicht „aus eigener Tasche“. Als Auftraggeber stellt das BMBF die entsprechenden Gelder dem Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte zur Verfügung. Die Kosten, die durch die Arbeit von Zentrum Polis entstehen, werden somit weiterhin von BMBF getragen. Der Unterschied besteht aber darin, dass die Gehälter der Mitarbeiter nun nicht mehr als „Personalkosten“ sondern als „Sachkosten“ geführt werden.

Das Budget, das das BMBF für die Jahre von 2015 bis 2017 bereitstellte, beträgt in etwa 500.000€.

Auch wenn das auf den ersten Blick viel erscheint, muss man dazu sagen, dass das Budget bei der Gründung im Jahr 2006 beinahe doppelt so hoch war. Es wurden aber regelmäßig Budgetkürzungen vorgenommen. Einzige Ausnahme bildete die Zeit der Demokratieoffensive, die im Zuge der Wahlaltersenkung 2007 durchgeführt wurde. Zu dieser Zeit wurde das Budget einmalig um ca. 200.000 € aufgestockt.

Auch die Gehälter der derzeit fünf Angestellten (mit je 30 Wochenstunden) von Zentrum Polis werden nur zur Hälfte vom BMBF finanziert. Die andere Hälfte stammt aus von den

Mitarbeiterinnen eigenständig akquirierten Drittmittelförderungen, meist auf europäischer Ebene.

5.1.2. Arbeitsauftrag und Arbeitsweise

Wie im vorangegangenen Abschnitt erläutert, arbeitet Zentrum Polis im Auftrag des BMBF. Es besteht folglich ein klar definierter Arbeitsauftrag. Dieser wird in einem jährlich aktualisierten Pflichtenheft festgelegt. Zu den wichtigsten Aufgaben von Zentrum Polis gehören:

- Beratung und Service zur Politischen Bildung
- Zusammenarbeit mit der Abteilung Politische Bildung des BMBF
- Bearbeitung von parlamentarischen Anfragen zum Thema Politische Bildung
- Erstellen von Anleitungen und Materialien für LehrerInnen in der Politischen Bildung
- Veranstaltung der Aktionstage Politische Bildung⁴
- Abhalten von Bildungsworkshops an Schulen
- LehrerInnenfortbildung

Den größten Anteil an der Arbeit von Zentrum Polis nimmt aber das Erstellen von Unterrichtsmaterialien ein. Die MitarbeiterInnen erarbeiten selbst Informationsmaterialien und Unterrichtsanleitungen zur Bearbeitung verschiedener politischer Themen in den Schulen.

Die Inhalte werden von den Zentrum-Polis-MitarbeiterInnen⁵ erstellt. (Zusätzlich zu diesen fünf Mitarbeiterinnen sind rund zehn ReferentInnen für Zentrum Polis tätig. Diese arbeiten auf Werksvertragsbasis und führen die von Zentrum Polis angebotenen Schul-Workshops und LehrerInnenfortbildungen durch.)

Die Lehrmaterialien werden auf der Internetplattform von Zentrum Polis veröffentlicht. Sie stehen dort interessierten LehrerInnen als Download gratis zur Verfügung. Sie können aber auch gegen eine geringe Bearbeitungsgebühr als Print-Version bestellt werden. Bis vor kurzem konnte man auch die Print-Version noch gratis anfordern, aber aufgrund der knappen Budget-Lage ist dies nun nicht mehr möglich. Das Angebot an Lehrmaterialien wird laufend erweitert und aktualisiert. Derzeit sind etwas über 300 Unterrichtsbeispiele in der Online-Datenbank verfügbar. Interessierte LehrerInnen können, sortiert nach Schulstufe und Thema, nach für sie

⁴„Die Aktionstage Politische Bildung sind eine jährliche, österreichweite Veranstaltungsreihe, die von Zentrum Polis koordiniert wird. Jedes Jahr werden über 150 Veranstaltungen, Projekte und Aktionen durchgeführt. Viele davon sind eigens für Lehrkräfte und SchülerInnen entwickelt.“ - Homepage Zentrum Polis, <http://www.politiklernen.at/site/projekte>, (Zugriff: 10.03.2016)

⁵ Die Mitarbeiterinnen des Zentrum Polis haben verschiedene fachliche Hintergründe, verfügen aber auch alle über pädagogische Zusatzausbildungen und Ausbildungen in Mediation und Supervision.

nützlichen Materialien suchen. Zentrum Polis bemüht sich auch sehr darum zu aktuellen gesellschaftlichen und politischen Diskursen möglichst rasch Materialien für die LehrerInnen zu erarbeiten, damit diese bei ihrem Unterricht bestmöglich auch aktuelle Themen bearbeiten können. So wurden Zum Beispiel anlässlich der aktuellen Flüchtlings-Situation mehrere Informationsbroschüren und Unterrichtsanleitungen rund um die Themen Asyl und Migration herausgegeben. Dies ist insofern sehr wichtig, da viele LehrerInnen oftmals gerne solche aktuellen Themen in der Klasse bearbeiten würden, ihnen dabei aber oft die Sicherheit und entsprechendes verlässliches Unterrichtsmaterial fehlt.

Des Weiteren finden LehrerInnen auf dieser Plattform auch allgemeine Informationen rund um das Thema Politische Bildung und Bildungspolitik. Auch über das Fortbildungs- und Workshopangebot von Zentrum Polis und dessen Partnerorganisationen kann man sich auf der Seite informieren.

5.1.3 Betrachtung der Unterrichtsmaterialien

Was die Gestaltung der Unterrichtsmaterialien angeht, die von Zentrum Polis erarbeitet werden, kann man grundsätzlich sagen, dass sich Zentrum Polis am Unterrichtsprinzip Politische Bildung und am Kompetenzmodell Politische Bildung orientiert. Bei der Themenauswahl fällt auf, dass Zentrum Polis einen weiten Begriff von Politik verwendet. Unter den angebotenen Lehrmaterialien finden sich auch Anleitungen zur Umwelt- und VerbraucherInnenbildung. Ein großer Schwerpunkt liegt auch auf Menschenrechtsthemen. Dies rührt von der Anbindung an das Ludwig Boltzmann Institut her. Die Themen, zu denen LehrerInnen am häufigsten Materialien anfordern sind:

- Europa und Europäische Integration
- Menschenrechte
- Demokratie und Partizipation

Auch wenn ein Thema aktuell große Bedeutung gewinnt, suchen die LehrerInnen vermehrt nach Informationen und Unterrichtsanleitungen dazu.

Das erste Beispiel, das wir nun genauer betrachten wollen, ist die Broschüre „Europäische Integration - Texte und Unterrichtsbeispiele“. Diese Broschüre eignet sich aus mehreren Gründen gut als Untersuchungsobjekt.

Sie wurde bereits sehr häufig angefordert. Das heißt, dass es bei diesem Themenbereich großen Informationsbedarf unter den LehrerInnen gibt und dass diese Broschüre schon eine weite Verbreitung erlebte.

Des Weiteren enthält diese Broschüre insgesamt dreizehn Unterrichtsbeispiele, die detailliert darlegen, wie man SchülerInnen an das Thema EU heranzuführen kann. Wir haben somit eine Sammlung von Beispielen vor uns, die einen guten Überblick über unterschiedliche mögliche Herangehensweisen an dasselbe Thema ermöglicht. Dabei werden bei den einzelnen Unterrichtsbeispielen verschiedene Aspekte der EU-Thematik unter Zuhilfenahme verschiedener Lehrmethoden behandelt.

Hinzu kommt, dass sich diese Broschüre mit einem vergleichsweise abstrakten und tendenziell schwer an SchülerInnen zu vermittelnden Thema auseinandersetzt. Die Europapolitischen Institutionen, die Arbeits- und Funktionsweisen der EU bilden meist eine sehr trockene Materie, was die LehrerInnen vor besondere Herausforderungen stellt, wenn sie wollen, dass bei ihren SchülerInnen Interesse oder vielleicht sogar Begeisterung für dieses Thema aufkommt. Die angebotenen Unterrichtsbeispiele sind daher besonders interessant.

Die Broschüre wurde im April 2014 von Zentrum Polis herausgebracht und in Druckformat und als PDF-Download angeboten. Sie umfasst insgesamt 67 Seiten und gliedert sich in zwei thematische Abschnitte. Im ersten Abschnitt (Seite fünf bis dreizehn) finden sich allgemeine Informationen zum Thema Europäische Union und Integration und auch generelle Anregungen für die Thematisierung im Unterricht. Der zweite Abschnitt besteht aus einer Sammlung von insgesamt 13 detailliert beschriebenen Übungsanleitungen für den Schulunterricht.

Im folgenden Abschnitt werden wir zwei ausgewählte Übungsbeispiele genauer betrachten.

5.1.4 Who is who in the EU?

Die erste Übung, mit der wir uns ausführlich auseinandersetzen, nennt sich „Who is who in the EU?“. Betrachten wir zunächst den allgemeinen Aufbau der Übungsanleitung.

Alle Übungsanleitungen in dieser Broschüre sind nach demselben Muster strukturiert. Als Erstes wird angegeben, wie viele Unterrichtseinheiten für die Durchführung der Übung eingeplant werden müssen. In diesem Fall sind es zwei. Danach folgt eine Kurzbeschreibung, die Auskunft über Inhalte und angewandte Methoden gibt. Danach wird die Zielsetzung der Übung als eigener Punkt beschrieben. In diesem Fall ist die Zielsetzung: „Auseinandersetzung mit den Institutionen der Europäischen Union, deren Zusammenarbeit und deren institutioneller

Reform durch den Vertrag von Lissabon.“ (Zentrum Polis, 2014) Zusätzlich werden die Kompetenzen, die durch diese Übung vermittelt werden sollen, gemäß dem Kompetenzmodell nach Krammer, als eigener Punkt angeführt. Durch diese Übung sollen die SchülerInnen politische Methodenkompetenz und Sachkompetenz erwerben. Die Übung wird für die Unterrichtsfächer „Geographie und Wirtschaftskunde“ und „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung für SchülerInnen ab der 9. Schulstufe empfohlen. Die angewandten Methoden, in diesem Fall Recherche, Gruppenarbeit, Plenum und Präsentation werden noch einmal gesondert angeführt. Dem folgt eine Auflistung der benötigten Materialien. Für diese Übung werden benötigt: Kärtchen mit Institutionen, Arbeitsauftrag, Linkliste, Flipchartpapier, Büchertisch mit Broschüren, Computerraum mit Internetzugang, Informationsblatt „Das Zusammenwirken der Institutionen der EU“⁶. Im Anschluss beginnt die Beschreibung des Übungsablaufes. Die einzelnen Übungsschritte sind mit Zeitangaben versehen.

Der erste Schritt ist ein Brainstorming (10 Min.) Die Klasse soll aufzählen, was ihr zum Thema „EU-Institutionen“ einfällt. Die Lehrkraft sammelt die Meldungen auf der Tafel/dem Flipchart. Als mögliche Fragen schlägt die Anleitung vor: „Wozu braucht man Institutionen? Welche politischen Institutionen gibt es in Österreich? Welche in der EU?“ (Zentrum Polis, 2014).

In den folgenden fünf Minuten sollen die SchülerInnen in Gruppen eingeteilt werden und jede Gruppe erhält ein Kärtchen mit einer Institution (Z.B. Europäischer Rat, Europäisches Parlament...). Des Weiteren erhält jede Gruppe eine Linkliste und ihren Arbeitsauftrag. Die Linkliste enthält Webadressen der verschiedenen europäischen Institutionen. Mit Hilfe dieser Linkliste und der bereitgestellten Informations-Broschüren sollen die SchülerInnen zu „ihrer“ Institution Informationen sammeln. Die Informationen, die sie sammeln sollen, sind laut Arbeitsauftrag: Sitz, Gründungsdatum, die Mitglieder, die Aufgaben, die Namen der österreichischen Repräsentanten und die Kontrollfunktion. Zusätzlich sollen die SchülerInnen herausfinden, welche Änderungen sich durch den Vertrag von Lissabon für die Institutionen ergeben haben. Die gesammelten Informationen sollen im Anschluss auf einem Plakat festgehalten werden. Für diesen Arbeitsschritt sind 40 Minuten eingeplant.

In den folgenden 30 Minuten sollen die SchülerInnen „ihre“ jeweiligen Institutionen mit Hilfe des Plakats dem Rest der Klasse vorstellen.

⁶Kärtchen mit Institutionen, Arbeitsauftrag, Linkliste, Informationsblatt „Das Zusammenwirken der Institutionen der EU“ sind als Kopiervorlage in der Broschüre enthalten.

Der nächste Schritt besteht darin, dass neue Gruppen gebildet werden. In jeder Gruppe soll ein/e SchülerIn aus einer der vorigen „Institutionengruppen“ vertreten sein. Sie haben dann 15 Minuten Zeit, um mit dem gesammelten Wissen der Gruppenmitglieder ein Organigramm der EU-Institutionen zu erstellen. Die zentralen Fragen, denen die SchülerInnen dabei nachgehen sollen, sind: „Wer schlägt Gesetze, Richtlinien oder Ähnliches vor? Wer trifft in der EU Beschlüsse in welchem Bereich? Welche Institution wird durch wen kontrolliert? Welche Änderungen haben sich in der Zusammenarbeit durch den Vertrag von Lissabon ergeben? (Zentrum Polis, 2014)

In der anschließenden Auflösung (15 Min.) teilt die Lehrkraft das Informationsblatt über die Zusammenarbeit der einzelnen Institutionen aus. Die SchülerInnen können dann kontrollieren, inwieweit sie mit ihrem Organigramm richtig liegen. Jetzt gibt es auch die Möglichkeit zu einer Reflexion. Als mögliche Reflexionsfragen werden vorgeschlagen:

Welche Institution vertritt die Interessen der EU-BürgerInnen? (Europ. Parlament)

Welche Institution vertritt die Interessen der EU-Mitgliedsstaaten? (Ministerrat)

Welche Institution vertritt die Interessen der Gemeinschaft? (Europ. Kommission)

Was sind die Ziele des Vertrags von Lissabon? (Zentrum Polis, 2014)

Mit der Reflexion endet die Übung.

Was fällt uns nun bei einer ersten Betrachtung dieser Übungsanleitung auf? Zunächst wird deutlich, dass die Übung in ihrem Aufbau auf den Einsatz im Schulunterricht zugeschnitten ist. Die Zeiteinteilung passt ins 50-Minuten-Raster der Schulstunden. Es werden nur Materialien benötigt, die in Schulen für gewöhnlich vorhanden sind. Des Weiteren ist die Übungsanleitung sehr detailliert ausgeführt. Auch LehrerInnen, die kaum Erfahrung mit Politischer Bildung und „nur“ die Broschüre als Arbeitsmaterial haben, sollten keine Probleme haben, an Hand dieser genauen Anleitung die Übung durchzuführen. Dadurch, dass die Übungsziele, die zu erwerbenden Kompetenzen und eine Zusammenfassung des Übungsablaufes gleich zu Beginn angegeben sind, wird es LehrerInnen, die Übungsanleitungen zu einem bestimmten Thema suchen, erleichtert, schnell die passende Übung für ihre Zwecke zu finden. Ein Nebeneffekt ist, dass dadurch auch das Kompetenzmodell Verbreitung findet.

Doch denken wir an dieser Stelle an die Vorgaben zur Politischen Bildung aus dem ersten Abschnitt dieser Arbeit zurück. Wie ist die untersuchte Übung aus der Sicht des

„Unterrichtsprinzips Politische Bildung“, der „Europaratscharta Politische Bildung“ oder des Kompetenzmodells zu bewerten?

Politische Bildung sollte demnach immer auch eine aktivierende Komponente haben und die SchülerInnen befähigen und anregen selbst politisch aktiv zu werden. Wird die untersuchte Übung diesen Anforderungen gerecht?

Ein wichtiger Punkt ist, dass die SchülerInnen die meiste Zeit eigenverantwortlich arbeiten und von der Lehrkraft vorerst keine Informationen beigeleitet werden. Die Rolle der Lehrkraft ist in diesem Setting eher moderierend und begleitend. Die Lehrkraft führt die SchülerInnen in die Übung ein, aber die eigentliche Arbeit wird von ihnen selbstständig geleistet. Die Informationen, die sie brauchen, werden ihnen nicht einfach vorgelegt, sondern müssen selbstständig erarbeitet werden. Dabei sind sie aufgefordert, die angebotenen Informationen zu bewerten und die für sie wichtigen Aspekte herauszuarbeiten. Sich selbstständig zu einem bestimmten Thema zu informieren und sich dafür durch ein vorhandenes Informationsangebot durcharbeiten zu können, stellt eine wesentliche Grundkompetenz für im politischen Sinn mündige BürgerInnen dar. Wenn jemand nicht in der Lage ist, sich selbstständig Informationen zu einem (politischen) Thema zu erarbeiten, wird er/sie kaum in der Lage sein, eine eigene (qualifizierte) Haltung zu einem Thema zu entwickeln. Dieser Aspekt erscheint umso wichtiger, wenn man bedenkt, wie enorm die Anzahl an möglichen Informationsquellen (mit unterschiedlicher Qualität) in den letzten Jahrzehnten angewachsen ist.

Ebenso wesentlich ist, dass die SchülerInnen hier in Gruppen arbeiten müssen. Das ist aus Sicht der Politischen Bildung insofern interessant, da man davon ausgehen kann, dass politische Prozesse in der Regel keine „Ein-Personen-Projekte“ sind (Das Team-Stronach war hier vielleicht eine Ausnahme, aber es war ja auch nicht erfolgreich). Will man eine gesellschaftliche oder politische Änderung bewirken, ist man für gewöhnlich darauf angewiesen, sich mit Gleichgesinnten zusammenzutun und gemeinsam auf ein gemeinsames Ziel hinzuarbeiten. Die Kompetenz, sich mit anderen auszutauschen und zusammen an einem gemeinsamen Projekt zu arbeiten, ist daher eine wesentliche Grundkompetenz, wenn man in der Lage sein will, aktiv an der Gestaltung von Gesellschaft und Politik mitzuwirken. Auch muss man fähig sein, seine Anliegen anderen gegenüber zu kommunizieren. Auch das müssen die SchülerInnen in dieser Übung trainieren. Sie werden ja aufgefordert die Informationen zu sammeln, diese übersichtlich aufzubereiten und bei der Plakatpräsentation ihren MitschülerInnen zu präsentieren. All das sind Schritte, die man auch machen muss, wenn man die eigenen Positionen oder Meinungen anderen vermitteln will.

Die Übung wird auch noch durch den Aspekt der Arbeitsteilung ergänzt, nämlich in dem Schritt, in dem die SchülerInnen aus verschiedenen Gruppen ihr Einzelwissen zusammentragen und zu einem umfassenden Organigramm der Europäischen Institutionen zusammenfügen. Die Übung zum gemeinsamen Zusammenarbeiten wird dadurch noch vertieft.

Die zweite Dimension dieser Übung liegt im Bereich der Sachkompetenz. Um am Ende eine „anständige“ Präsentation zu Stande zu bringen, müssen sich die SchülerInnen umfangreiches Wissen rund um die Europäischen Institutionen aneignen. Dieses Fachwissen wird den SchülerInnen aber nicht „frontal vorgesetzt“. Die SchülerInnen lernen nicht einfach Daten über die Institutionen auswendig, sondern sie erarbeiten sich dieses Wissen und arbeiten auch sofort damit. Die Sachinformation dient als Mittel zum Zweck – eben eine gute Präsentation. Natürlich könnte man die SchülerInnen dieses Daten über die Institutionen auch einfach von einem Merkblatt auswendig lernen lassen. Aber zum einen wäre fraglich, ob solche auswendig gelernten Fakten lange im Gedächtnis der SchülerInnen bleiben und zum anderen würde der gesamte Aspekt der Methodenkompetenz wegfallen.

Somit kann man sagen, dass diese Übung, mit ihrer Verknüpfung von Sachwissen und Methoden, ein gutes Beispiel für die Umsetzung der Vorgaben zur Politischen Bildung darstellt. Um einen weiteren Blick auf die Möglichkeiten zu gewinnen, wie man die Vorgaben zur Politischen Bildung umsetzen kann, werden wir noch ein weiteres Unterrichtsspiel von Zentrum Polis betrachten.

5.1.5 Pro und Contra

Das zweite Übungsbeispiel, das wir hier untersuchen, „Pro und Contra“. Formal ist die Übungsanleitung gleich aufgebaut wie beim vorangegangenen Beispiel.

Die Übung soll zwei Unterrichtsstunden dauern, aber diese sollen im Abstand von einer Woche stattfinden. Laut Kurzbeschreibung handelt es sich bei dieser Übung um „Eine organisierte, durch Referate eingeleitete Diskussion zwischen einer Pro-EU-Erweiterung- und einer Contra-EU-Erweiterung-Gruppe mit vorangehender Recherchearbeit“. (Zentrum Polis, 2014)

Die Zielsetzung dieser Übung lautet wie folgt:

Die SchülerInnen sollen sich in ein komplexes politisches Thema vertiefen, ihre vorangegangenen Haltungen und Vorstellungen kritisch hinterfragen, sich eine durch überlegte Argumente unterstützte Meinung bilden und diese in der Diskussion angemessen vertreten. (Zentrum Polis, 2014)

Laut Anleitung soll den SchülerInnen durch diese Übung Urteilskompetenz, Handlungskompetenz und Methodenkompetenz vermittelt werden. Die Übung ist für die Fächer Deutsch und Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung ab der neunten Schulstufe vorgesehen. An Materialien sind Flipchart, Internetzugang und eine Kopie der Diskussionsfragen (Kopiervorlage ist in der Broschüre enthalten) angegeben.

Der Ablauf gestaltet sich folgendermaßen:

Der erste Schritt ist eine inhaltliche Vorbereitung (30 – 40 Min.). Die SchülerInnen werden von der Lehrkraft über Geschichte und Institutionen der EU informiert. Es wird auch vorgeschlagen, dass man vorher die Übung „Die Geschichte der EU“ aus dieser Broschüre mit der Klasse machen kann. Danach folgt die Bekanntgabe des Arbeitsauftrages und die Bildung von Arbeitsgruppen (5 – 10 Min.) Es werden zwei Arbeitsgruppen gebildet und diese sollen sich bis zur nächsten Einheit in das Thema vertiefen, Argumente sammeln und sich auf die Debatte mit der Contra-Gruppe vorbereiten. Die Gruppen sollen Standpunkte zu folgenden Diskussionsfragen entwickeln:

- Waren die Erweiterungsrounden in den Jahren 2004, 2007 und 2013 mit insgesamt 13 neuen Staaten eine gute oder schlechte Entscheidung der EU?
- War das gut/schlecht für die alten EU-Staaten?
- War das gut/schlecht für die neuen EU-Staaten?
- War das gut/schlecht im Sinne der kollektiven Sicherheit, des Wohlstands und der Demokratie in Europa? (Zentrum Polis, 2014)

Neben diesen verpflichtenden Diskussionsfragen werden den Schülerinnen auch einige Anregungen für die Recherchearbeit gegeben. Dies sind zum Beispiel Fragen wie „Sind die Wirtschaftsdaten in Österreich wirklich so schlecht, wie es weitgehend behauptet wird? Vergleiche!“ oder „Wie gut/schlecht ginge es Österreich, wenn es kein Mitglied der EU wäre?“. (Zentrum Polis, 2014)

In der nächsten Woche findet dann die Diskussion (40 Min.) statt. Jede Gruppe entsendet eine Vertretergruppe, die ihre Position darlegen sollen. Das „Plenum“ soll die Diskussion möglichst genau verfolgen und sich Notizen über den Ablauf machen. Die Diskussion wird mit einem je fünf-minütigen Referat der beiden Gruppen eingeleitet. Danach folgt eine Besprechungsrunde, in der die beiden Gruppen sich überlegen sollen, wie sie auf die Argumente der „Gegen-Gruppe“ reagieren können. Die SprecherInnen nehmen im Anschluss zu den Eingangsreferaten

Stellung. Hier wird darauf verwiesen, dass eine gute Moderation durch die Lehrkraft wichtig ist, damit Redezeit und Ausgeglichenheit zwischen den beiden SprecherInnen gewahrt bleibt. Im Anschluss sind noch 10 Minuten für die Reflexion geplant. Dafür werden einige Fragen vorgeschlagen, die in der Reflexion beantwortet werden können. Diese Fragen sind zum Beispiel:

„Hattet ihr vor Beginn der Arbeit eine eigene Meinung zu dem Thema? Woher kam diese Meinung? Hat sich meine Meinung durch die Recherchearbeit geändert oder habe ich durch die Arbeit neue Ansichten gewonnen? Hat sich durch die Diskussion meine Meinung geändert, gefestigt, entwickelt?“ (Zentrum Polis, 2014)

Die Reflexion beendet die Übung. Im Anschluss sind in der Anleitung noch verschiedene Internetlinks und Literaturempfehlungen angeführt, die den SchülerInnen bei der Recherchearbeit helfen können.

Wenn wir Aufbau und Ablauf dieser Übung betrachten fällt zunächst auf, dass die Arbeitsweise Ähnlichkeiten mit der zuvor beschriebenen Übung aufweist. Bei beiden Übungen müssen die SchülerInnen sich Wissen über ein Thema in Eigenarbeit aneignen. Wieder müssen sie mit Quellen umgehen, relevante Informationen ausfiltern und diese aufbereiten. Bei dieser Übung aber geht es nicht mehr nur darum das Wissen aufzuarbeiten und zu vermitteln, sondern es soll genutzt werden, um eine eigene Position zu entwickeln und diese gegen eine Gegenposition zu verteidigen. Was bedeutet das aber für den „Lernerfolg“ der SchülerInnen? Zunächst finden wir hier natürlich wieder die Vermittlung von Sachwissen. Um die Diskussionsfragen zu beantworten, müssen sich die SchülerInnen intensiv mit Funktion, Arbeitsweise, Entwicklung und vielen anderen Aspekten rund um das Thema EU-Erweiterungen auseinandersetzen. Wenn wir an das Kompetenzmodell nach Krammer denken, so würden die Sachinformationen, die sich die SchülerInnen zu ihrem Thema erarbeiten, dem „Arbeitswissen“ entsprechen. Es ist hier aber (wie im Kompetenzmodell auch vorgesehen) ein Mittel zum Zweck. Kern ist vielmehr das Erlernen und Üben der demokratischen Arbeitspraxis, wobei das Sachwissen deshalb natürlich nicht unwichtig ist, aber es steht eben nicht losgelöst von der praktischen Anwendung im Unterricht.

Durch die Aufteilung in Pro-Contra-Gruppen kommt ein wichtiger Aspekt hinzu, nämlich die Auseinandersetzung mit verschiedenen Ansichten und Meinungen zu einem Thema. Man kann vorerst nicht davon ausgehen, dass alle SchülerInnen in der Pro-Gruppe von ihrer eigenen Haltung her pro-EU-Erweiterung sind und umgekehrt. Diese SchülerInnen müssen nun aber

gezielt nach Argumenten suchen, die gegen ihre vorab bestehende Haltung sprechen. Dadurch werden sie angeregt, sich selbstkritisch mit ihrer Position auseinanderzusetzen und diese zu hinterfragen. Und spätestens, wenn sich die Diskussionsgruppen mit den Argumenten der Gegen-Gruppe befassen, müssen sie sich mit den verschiedenen Standpunkten zu diesem Thema auseinandersetzen. Die Fragen, die als Anregung für die Recherchearbeit angeboten werden, unterstützen nochmals sich mit eigenen oder allgemeinen Ansichten und Meinungen auseinanderzusetzen und diese zu hinterfragen.

Wir erinnern uns, dass sowohl im Unterrichtsprinzip Politische Bildung als auch in der Europaratscharta Politische Bildung klar betont wird, dass Politische Bildung das Denken in politischen Alternativen fördern soll. Bei dieser Übung sind die SchülerInnen spätestens in der Diskussionsrunde veranlasst, sich mit den verschiedenen Aspekten und Standpunkten zu ihrem Thema ausgiebig zu beschäftigen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass die SchülerInnen durch diese Übung einen politischen Prozess, nämlich die inhaltliche Auseinandersetzung zu einem bestimmten Thema zwischen Vertretern unterschiedlicher Positionen unmittelbar erleben und durchmachen (wenn auch nur simuliert). Auch in diesem Punkt deckt sich diese Übung mit den Vorgaben zur Politischen Bildung, wonach das persönliche Erleben demokratischer Prozesse eine wesentliche Säule für das Erlernen und das Verstehen dieser Prozesse ist.

Bei der Reflexion kann dann auch noch auf unterschiedliche Präsentationsarten und rhetorische Stärken und Schwächen der Diskutanten eingegangen werden. Das schärft auch das Verständnis dafür, dass in der praktischen Politik nicht nur das reine Sachargument, sondern auch Präsentationstechniken und Auftreten eine Rolle spielen.

Diese Übung stellt somit ein gutes Beispiel für die Verknüpfung von Sachwissen und dem Erwerb von Kompetenzen dar. Die SchülerInnen lernen Fakten zu Europäischen Institutionen, wirtschaftliche Daten und setzen sich mit verschiedenen Meinungen rund um die EU-Erweiterungen auseinander. Aber sie arbeiten auch sofort mit diesem Wissen und erwerben durch diese Arbeit viele Kompetenzen, die wichtig sind, wenn sie außerhalb der Schulen einmal selbst politisch aktiv werden wollen.

5.1.6 Zusammenfassung

Nachdem wir uns nun mit der Arbeitsweise und zwei Unterrichtsbeispielen von Zentrum Polis auseinandergesetzt haben, wollen wir an dieser Stelle die gewonnenen Erkenntnisse zusammentragen.

Was fällt uns im Bereich des Arbeitsweise und Finanzierung von Zentrum Polis auf?

Zunächst ist die Arbeit des Zentrum Polis vom BMBF nur über den „Umweg“ über das Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte finanzierbar. Dass dieser buchhalterische Trick überhaupt notwendig ist, legt die Vermutung nahe, dass der Politischen Bildung von staatlicher Seite her keine große Bedeutung beigemessen wird. Dieser Eindruck wird noch dadurch verstärkt, dass das Budget von Zentrum Polis seit seinem Bestehen auf fast die Hälfte zusammengekürzt worden ist. Die Arbeit der Mitarbeiterinnen ist überhaupt nur mehr mit Hilfe selbst akquirierter Drittmittel finanzierbar.

Eine weitere Herausforderung besteht, darin, dass das Bildungsangebot von Zentrum Polis (Unterrichtsanleitungen, Fortbildungen, Workshops...) aktiv von Schulen und LehrerInnen gesucht werden muss. Das Zentrum Polis stellt diese Angebote zur Verfügung, aber man muss sie aktiv anfordern. Das bedeutet, dass eine Verbreitung der Methoden und Informationen nicht flächendeckend ist und vom Interesse und Engagement der LehrerInnen abhängt. Fehlt dieses Engagement, gelangen die Methoden auch nicht zu den SchülerInnen.

Was aber die entwickelten Methoden betrifft, so zeigt die Arbeit von Zentrum Polis, dass es sehr gut möglich ist, Politische Bildung so zu gestalten, dass es zu keiner Beeinflussung der SchülerInnen kommt, ohne sich auf eine reine Faktenlehre zu beschränken.

Die untersuchten Unterrichtsanleitungen sind gute Beispiele für die grundlegenden Prinzipien, nach denen Zentrum Polis die Übung aufbaut. Ein roter Faden, der sich durch nahezu alle Unterrichtsanleitungen zieht, ist dass die SchülerInnen den größten Teil der Lernarbeit eigenständig leisten. Der/die LehrerIn hat eine moderierende und begleitende Funktion. Die Übungen beinhalten eine Verknüpfung aus dem Erwerb von Sachwissen und Kompetenzen. Dies ist auch im Sinne der Vorgaben zur Politischen Bildung, die wir in dieser Arbeit erörtert haben. Durch die Übungen eignen sich die SchülerInnen nicht nur Wissen an, sondern trainieren auch dieses Wissen anzuwenden. Sie arbeiten damit, entwickeln eigene Standpunkte und vertreten diese gegenüber anderen. Sie erarbeiten sich so grundlegende Fertigkeiten, die notwendig sind, wenn man als aktiver/e mündiger/e BürgerIn an der Gestaltung der Politik und der Gesellschaft mitwirken will.

Einen vergleichbaren Anspruch erhebt auch „Sapere Aude“, der nächste Akteur in der Politischen Bildung, mit dem wir uns in dieser Arbeit befassen.

5.2 Sapere Aude – Verein zur Förderung von Politischer Bildung

Der nächste Akteur der Politischen Bildung, mit dem wir uns auseinandersetzen, ist der Verein Sapere. Im Gegensatz zu Zentrum Polis ist Sapere Aude eine NGO, die auf Eigeninitiative von privaten BürgerInnen gegründet wurde.

Diese NGO ist als Untersuchungsgegenstand für uns aus mehreren Gründen interessant. Zum einen verkörpert sie, im Vergleich zu Zentrum Polis, einen anderen Aspekt von Politischer Bildung. Sapere Aude ist ein zivilgesellschaftlicher Akteur, der über keinen öffentlichen Arbeitsauftrag verfügt. Als der Verein gegründet wurde, mussten Vereinsziele (Arbeitsauftrag), Arbeitsweisen und vor allen auch die Finanzierung erst einmal erarbeitet, beziehungsweise akquiriert werden. Diese Ausgangslage unterscheidet sich deutlich von der von Zentrum Polis. Eine Untersuchung von Sapere Aude eröffnet somit interessante Vergleichsmöglichkeiten.

Auch was die Arbeitsweise von Sapere Aude betrifft, gibt es Unterschiede zu der von Zentrum Polis. Während Zentrum Polis Unterrichtsmaterialien speziell für den Einsatz im regulären Schulunterricht entwickelt, besteht ein Hauptteil der Bildungsarbeit von Sapere Aude im Abhalten einer fünftägigen Workshopreihe, namens „Voten oda woatn!“. Die Workshops werden außerhalb des Regelunterrichts von ReferentInnen, die im Auftrag von Sapere Aude arbeiten, abgehalten. Zum Einsatz kommen verschiedene non-formale Unterrichtsmethoden, auf die wir an späterer Stelle ausführlich eingehen werden. Durch die Untersuchung dieser Arbeitsweise können wir uns einen weitreichenderen Blick auf das Feld der Politischen Bildung verschaffen und es eröffnen sich wiederum Vergleichsmöglichkeiten mit der politischen Bildungsarbeit von Zentrum Polis.

Bevor wir uns aber mit den angewandten Methoden befassen, wollen wir uns einen Überblick über die Struktur und die Arbeitsweise von Sapere Aude verschaffen.

5.2.1. Gründung, Vereinszweck und Finanzierung

Anlass zur Gründung von Sapere Aude gab die Nationalratswahl 2008. Es handelte sich hierbei um die erste Nationalratswahl nach der Wahlaltersenkung auf 16 Jahre. Dem Wahlverhalten der jugendlichen Jung- und ErstwählerInnen wurde daher auch medial große Aufmerksamkeit gewidmet. In den Medien wurde dabei primär über das mangelnde politische Interesse und Wissen der Jugendlichen und ihre Neigung zu „radikalen“ Positionen berichtet. Diese sehr

negative Berichterstattung über das Wahlverhalten der Jugendlichen, gepaart mit der mangelhaften Politischen Bildung im Schulsystem, veranlasste die Vereinsgründerin und langjährige Obfrau von Sapere Aude einen Verein zu gründen, der das Ziel hatte die Politische Bildung, vor allem bei Jugendlichen zu fördern.

Der Verein wurde somit 2008 mit Sitz in Waidhofen an der Ybbs gegründet (ZVR-Nummer: 518550159) und ist eine eigenständige Rechtspersönlichkeit.

Die Vereinsziele laut Vereinsstatuten lauten wie folgt:

Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt folgende Ziele zu erreichen:

- Steigern des Interesses an Politik
- Demonstration der Relevanz von politischen Entscheidungen für jede/n Einzelne/n
- Förderung der selbständigen Meinungsbildung aufgrund von objektiver Herangehensweise an politische / gesellschaftliche Themen
- Verständnis demokratischer Abläufe
- Motivation zur Teilnahme an gesellschaftlichen / politischen Prozessen

Der Verein arbeitet unabhängig von sämtlichen politischen Parteien.

Besonderes Augenmerk legt der Verein auf die politische Bildung von JungwählerInnen, die Tätigkeit beschränkt sich aber nicht auf diese Zielgruppe.
(Sapere Aude, 2016)

Auffällig ist hier, dass die Unabhängigkeit von sämtlichen politischen Parteien bereits bei den Vereinszielen deutlich hervorgehoben ist.

Um die genannten Ziele umzusetzen, stehen dem Verein verschiedene ideelle und materielle Mittel zur Verfügung⁷. Als ideelle Mittel werden unter anderem die „Durchführung von Seminaren und Workshops zur Politischen Bildung“ genannt. Auf diese Workshops werden wir uns im weiteren Verlauf der Arbeit konzentrieren.

Was die materiellen Mittel (die Finanzierung) betrifft, so sieht die Vereinssatzung folgende Geldquellen vor:

⁷Es werden hier im Text nur einige Beispiele für die maßgeblichsten ideellen und Materiellen Mittel, die dem Verein für die Umsetzung seiner Ziele zur Verfügung stehen genannt.

- a) Mitgliedsbeiträge
- b) Förderungen öffentlicher Institutionen
- c) Förderungen privater Institutionen
- d) Geld- und Sachspenden
- e) Kostenbeiträge der Seminar-TeilnehmerInnen (Sapere Aude, 2016)

Was die Höhe der Beträge betrifft, sind die Förderungen aus öffentlicher und privater Hand sowie die Kostenbeiträge der SeminarteilnehmerInnen die relevantesten. Die sonstigen Einnahmequellen spielen bei der Finanzierung der Vereinsarbeit keine große Rolle und werden daher in dieser Arbeit auch nicht weiter thematisiert.

Damit wir eine Vorstellung darüber gewinnen, in welcher finanziellen Größenordnung sich der Verein bewegt, betrachten wir nun einige Eckdaten zur Finanzierung des Vereins.

Jahr	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Gesamtbudget in €	12031,27	17844,92	47974,86	51491,83	85955,06	66782,52

Die Jahresbudgets speisen sich primär aus Fördergeldern, die in der Regel projektgebunden sind und aus Honoraren für abgehaltene Seminare, Fortbildungen oder Workshops. Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen nun alle verschiedenen Einnahmequellen detailliert aufzuschlüsseln. Generell sei über die Finanzierung der Arbeit von Sapere Aude aber gesagt, dass der Verein über keine verlässliche Grundfinanzierung verfügt und, dass das Budget für jedes Jahr neu „zusammengetragen“ werden muss. Zwar gibt es Fördergeber, die seit Jahren relativ verlässlich den Verein finanzieren, aber es besteht keine Garantie, dass dies auch in Zukunft weiter so sein wird. Auch wenn es bisher gut gelungen ist, ausreichend Fördermittel zu akquirieren und das Jahresbudget tendenziell jährlich wächst, bedeutet das für den Verein aber auch eine beachtliche finanzielle Unsicherheit. Sollten aus irgendwelchen Gründen (Z.B. Sparmaßnahmen) mehrere wichtige Fördergeber wegfallen, dann wäre die Finanzierbarkeit der Vereinsarbeit bald bedroht. Die Akquise von Fördermitteln bildet daher einen beachtlichen Teil der Vereinsarbeit, was den Zeitaufwand betrifft.

5.2.2 Arbeitsweise

Der Verein besteht aus sechs Vorstandsmitgliedern, die den Großteil der organisatorischen Vereinsarbeiten tragen und auch für die strategische Ausrichtung des Vereins zuständig sind. Die Vorstandstätigkeit ist ehrenamtlich. Die Vorstandsmitglieder verfügen über verschiedene fachliche und berufliche Hintergründe. Zusätzlich sind derzeit drei Mitarbeiter im Verein angestellt (einmal für 30 Wochenstunden und zwei geringfügig Beschäftigte). Den Mitarbeitern fallen unter anderem die Projektakquise, die Buchhaltung, die Administration und Ähnliches zu. Des Weiteren besitzt der Verein einen Pool an ReferentInnen, die für die Abhaltung von Workshops und Fortbildungen zuständig sind. Sie haben seit Gründung des Vereins auf Werksvertragsbasis gearbeitet. Allerdings werden die ReferentInnen aufgrund einer Neuerung im Arbeitsrecht voraussichtlich als freie Dienstnehmer angestellt werden. Als diese Arbeit im Entstehen war, war dieser Umstellungsprozess allerdings gerade erst am Anfang und noch nicht abgeschlossen. Insofern ist noch nicht endgültig entschieden, in welchen Dienstverhältnis die ReferentInnen in Zukunft zum Verein stehen werden. Auch die ReferentInnen kommen aus verschiedenen Fachrichtungen, aber sie hatten in der Regel bereits vor ihrer Arbeit für Sapere Aude Erfahrung im Abhalten von Workshops. Ihre Hauptaufgabe besteht im Abhalten der Workshopreihe „Voten oda woatn!?!“. Hierfür wurden sie von Sapere Aude selbst eingeschult. Die Workshopreihe „Voten oda woatn!?!“ bildet den zentralen Kern der politischen Bildungsarbeit von Sapere Aude. Weitere wichtige Projekte sind das Literaturprojekt „Dichter ran!“, Fortbildungen für Multiplikatoren und die Konzipierung von Methoden und Materialien für andere Organisationen.

So interessant die anderen Arbeitsfelder auch sind – Wir werden uns in dieser Arbeit mit der Workshopreihe „Voten oda woatn!?!“ beschäftigen.

5.2.3 *Voten oda woatn!?!?*

In diesem Abschnitt werden wir uns mit der Workshopreihe *Voten oda woatn!?!?* ausführlich auseinandersetzen. Diese Workshopreihe bildet das Zentrum der politischen Bildungsarbeit von Sapere Aude und verdeutlicht sehr gut Möglichkeiten für außerschulische politische Bildungsarbeit.

Die Erarbeitung dieser Workshopreihe bildete bald nach der Vereinsgründung 2008 eine zentrale erste Aufgabe des Vereins. Dabei konnten die Gründungsmitglieder zum einen eigene fachliche Expertisen mitbringen und zum anderen wurde man bei der Entwicklung der passenden Methoden auch von Mitarbeitern von „ZARA – Zivilcourage und anti-

Rassismusarbeit“ unterstützt, die bereits langjährige Erfahrung in der Entwicklung und Umsetzung von Workshops hatten. Somit konnte ab dem Schul- und Lehrjahr 2009 Voten oda woatn!? angeboten werden. Bereits von Anfang an wurden sämtliche Workshops mit Fragebögen evaluiert und die Ergebnisse dieser Fragebögen flossen auch in die Weiterentwicklung und Anpassung der Workshops ein. Auch die Erfahrungen der ReferentInnen beim Abhalten der Workshops wurden aufgenommen und berücksichtigt. So gab es in den Anfangsjahren auch mehrere Abänderungen und Anpassungen der Workshopreihe. Mittlerweile sind der Inhalt und Ablauf der Workshopreihe weitestgehend stabil, obwohl nach wie vor weiter evaluiert wird und auch immer wieder neue Methoden getestet werden, um sie eventuell in die Workshopreihe zu integrieren.

Die Zielgruppe bildet Jugendlichen zwischen 14 und 20 Jahren in allen Lebens- und Ausbildungssituationen. Die Workshops werden sowohl an Schulen als auch innerhalb von Arbeitsmarktintegrationsprojekten abgehalten.

Eine gesamte Workshopreihe kostet 2800 €, aber es gibt diverse Fördermöglichkeiten, durch die die Kosten auf bis zu 300 € gesenkt werden können. So übernimmt zum Beispiel die Wirtschaftskammer einen Großteil der Workshopkosten, wenn der Workshop in einem Betrieb mit Lehrlingen durchgeführt wird.

Generell ist die Workshopreihe modular aufgebaut und jeder Workshoptag widmet sich einem Thema. Es können auch einzelne Workshoptage gebucht werden. Die einzelnen Workshoptage sind thematisch wie folgt aufgebaut:

Tag 1: „Ich und Politik“ - Was hat Politik mit mir zu tun? / **Tag 2: „Ich und andere“** - Meinungsvielfalt und Entscheidungsfindung in der Gruppe / **Tag 3: „Wer will was?“** - Akteur/innen (Parteien, NGOs, Interessensvertretungen) in der Politik / **Tag 4: „Pop und Politik“** - Wie wird Politik in den Medien dargestellt? / **Tag 5: „Yes we can!“** - Möglichkeiten der Partizipation.

Die gesamte Workshopreihe umfasst fünf Tageseinheiten, und eine Einheit dauert 4,5 Stunden. Der Workshop wird immer von zwei ReferentInnen direkt in der jeweiligen Einrichtung abgehalten. Für die gesamte Workshopreihe existiert ein Handbuch und für jeden einzelnen Tag ist ein Übungsablauf festgelegt. Allerdings gibt es hier auch Möglichkeiten individuell auf einzelne SchülerInnengruppen einzugehen und den Ablauf geringfügig zu variieren. Es gibt zwar Pflichtübungen, die am jeweiligen Workshoptag durchgeführt werden müssen, aber auch einige optionale Übungen, aus denen man auswählen kann. Diese Entscheidung kann sich nach

besonderen Interessenslagen bei den SchülerInnen richten oder auch nach dem Vorwissen der SchülerInnen. Dass die ReferentInnen die Möglichkeit haben, hier zu variieren, ist insofern wichtig, da die Workshopreihe mit so vielen unterschiedlichen Gruppen durchgeführt wird. Die Gruppen unterscheiden sich teilweise stark, was Altersstruktur, Vorbildung, sozialer Hintergrund usw. angeht, dass die ReferentInnen sich oft während des Abhaltens des Workshops an die jeweiligen Gegebenheiten anpassen müssen.

Zusätzlich enthält das Handbuch auch noch einige allgemeine Aufwärm- und Lockerungsübungen, die je nach Bedarf eingesetzt werden können um die Aufmerksamkeit der Jugendlichen anzuregen. Auch einige „Kennenlernübungen“ sind enthalten, da es auch vorkommen kann, dass sich die TeilnehmerInnen des Workshops vorab gar nicht kennen.

Bei der nun folgenden Analyse der Workshopreihe werden wir uns aber auf die Pflichtübungen zu den einzelnen Tagen konzentrieren, da diese zuverlässig immer in den Workshops enthalten sind.

5.2.4 Analyse der Übungsbeispiele

Wir werden in diesem Abschnitt Übungsanleitungen aus der fünftägigen Workshopreihe Voten oda woatn!? analysieren und gehen dabei gleichermaßen vor, wie wir es bereits im vorangegangenen Kapitel mit den Übungsanleitungen von Zentrum Polis gemacht haben. Dabei werden wir aber nicht alle Übungen der Workshopreihe betrachten, sondern uns mit einigen repräsentativen Beispielen ausführlicher befassen. Zunächst sei aber noch zum allgemeinen Setting des Workshops gesagt, dass der Workshop grundsätzlich im Sesselkreis abgehalten wird. Nur bei einigen Übungen bilden die TeilnehmerInnen Arbeitsgruppen, die dann auch wieder an den Tischen oder am Boden arbeiten können. Generell wird aber versucht ein offenes Setting zu gestalten, in dem auch Platz für Bewegung im Raum ist, der bei einigen Übungen auch gebraucht wird.

Die erste Übung, die wir näher betrachten, ist ein Programmpunkt für den ersten Workshoptag. Dieser läuft unter dem Titel „Ich und Politik“. Ziel dieses Tages ist es, ein allgemeines Verständnis dafür zu vermitteln, was Politik ist, wie sie sich im Alltag auswirkt und welchen Bezug es zwischen dem Leben der Jugendlichen und der Politik gibt.

Eine Pflichtübung aus diesem Tag nennt sich „Was ist nicht Politik?“. Diese Übung werden wir nun genauer betrachten.

5.2.4.1 Was ist nicht Politik?

Sehen wir uns zunächst den formalen Aufbau der Übungsanleitung an. Als Erstes finden wir eine Zeitangabe, wie lange die Übung dauert. Für diese Übung sind 25 Minuten eingeplant. Danach wird das Übungsziel angegeben. In diesem Fall ist das Übungsziel das eigene Politikverständnis zu reflektieren. Als Nächstes wird der Schwierigkeitsgrad angegeben. Demnach ist diese Übung „Für alle Zielgruppen“ (Übungsanleitung Voten oda woatn?!) geeignet. Danach folgt die eigentliche Übungsanleitung.

Laut Beschreibung läuft die Übung folgendermaßen ab:

Die Teilnehmer sollen Begriffe nennen, die ihrer Meinung nach nichts mit Politik zu tun haben. Die genannten Begriffe werden vom/n Referenten/der Referentin auf der Tafel/dem Flipchart gesammelt. Im Anschluss werden die gesammelten Begriffe analysiert und der/die ReferentIn versucht Verbindungen zwischen diesen Begriffen und Politik aufzuzeigen, die den SchülerInnen noch nicht bewusst waren. Anhand eines Beispiels lässt sich der Ablauf gut verdeutlichen. Nehmen wir an, es wurden Begriffe wie „Ausgehen“, „Feiern“ oder „Party machen“ (Themen, die bei Jugendlichen erfahrungsgemäß sehr präsent sind) als etwas genannt, das nichts mit Politik zu tun hat. In diesem Fall könnte der/die ReferentIn die Frage stellen, wie bestimmt wird ab welchem Alter man nachts ausgehen oder Alkohol trinken kann. Man könnte die SchülerInnen weiters danach fragen, ob sie wissen, ob das in anderen Ländern gleich ist wie in Österreich. So ist zum Beispiel in anderen Ländern Alkoholkonsum mit 16 Jahren noch nicht erlaubt. Jedes Mal, wenn bei einem vermeintlich „politikfernen“ Begriff eine Verbindung zu politischen Prozessen gefunden worden ist, wird dieser Begriff weggestrichen. Am Ende der Übung sollten sämtliche gesammelten Begriffe weggestrichen sein. Danach kann noch eine kurze Reflexion darüber gemacht werden, wie die TeilnehmerInnen die Übung erlebt haben oder welche Erkenntnisse sie daraus gewonnen haben.

Soviel zum Ablauf der Übung. Was fällt uns auf, wenn wir diese Übungsanleiten betrachten? Generell, können wir festhalten, dass sich die Übung nicht explizit auf das Kompetenzmodell zur Politischen Bildung bezieht, wie dies bei den Übungsanleitungen von Zentrum Polis der Fall ist. Stattdessen wird das Ziel der Übung ausformuliert, in diesem Fall ist das Ziel der Übung, das eigene Politikverständnis zu reflektieren. Des Weiteren kommt in dieser Übung wenig Input von dem/der ReferentIn, sondern es wird mit den Begriffen gearbeitet, die von den TeilnehmerInnen kommen. Der Ablauf der Übung variiert demnach immer ein wenig, je

nachdem, welche Begriffe den TeilnehmerInnen einfallen. Der/die ReferentIn muss daher auch in der Lage sein spontan zu reagieren und kurzfristig „Verbindungen zum Politischen“ zu finden, wenn unerwartete Begriffe genannt werden. Es geht daher auch nicht darum ein bestimmtes Wissen um politische Themen zu entwickeln, sondern darum das Bewusstsein der TeilnehmerInnen für die Bedeutung von Politik in ihrem Leben zu schärfen.

Durch das Nachfragen und Reflektieren der Begriffe sollen die TeilnehmerInnen ein Verständnis dafür entwickeln, dass etwas, was sie in ihrer Lebensrealität unmittelbar betrifft (die Regelungen zum Ausgehen und Alkoholkonsum von Jugendlichen, wie sie im Jugendschutzgesetz festgelegt sind), das Ergebnis von politischen Prozessen ist. Des Weiteren sollen die TeilnehmerInnen dafür sensibilisiert werden, dass diese derzeit gültigen Regelungen auch durch politische Prozesse wieder geändert werden können.

Die wesentliche Lernerfahrung, die gemacht werden soll ist, dass es praktisch nichts in unserer Lebensrealität gibt, das nicht in irgendeiner Form mit politischen Prozessen zusammenhängt und, dass Politik sehr tief in das eigene Leben „eindringt“, ob man das nun will oder nicht. Über diese grundlegende Sensibilisierung geht die Übung nicht hinaus. Rufen wir uns an dieser Stelle aber noch einmal kurz in Erinnerung, dass diese Übung am Anfang des Workshops steht und eine Art Einführung in das Thema bildet. Sie stellt eine erste Annäherung an das Thema und eine Vorbereitung auf das dar, was in den folgenden Einheiten noch kommen wird.

Wir werden uns in weiterer Folge auch mit Übungen auseinandersetzen, die später im Workshop angesetzt sind.

5.2.4.2 Demokratiecheck

Die zweite Übung, die wir hier betrachten, ist für den zweiten Workshoptag geplant und heißt „Demokratiecheck“.

Für diese Übung sind 30 bis 45 Minuten vorgesehen und vom Schwierigkeitsgrad her ist sie für alle Zielgruppen geeignet. Der Detailablauf kann aber variiert werden und somit kann der Schwierigkeitsgrad an verschiedene Gruppen angepasst werden. Als Ziele für diese Übung werden genannt, dass die TeilnehmerInnen andere Standpunkte verstehen lernen und auch das eigene Demokratieverständnis hinterfragen sollen. Auch sollen durch diese Übung Problemfelder in der Demokratie bewusst gemacht werden (wie Z.B mögliche Widersprüche zwischen persönlicher Entscheidungsfreiheit und dem Gemeinwohl). Des Weiteren soll, laut Anleitung, diese Übung verdeutlichen, dass Demokratie eine Idealvorstellung darstellt.

An Material werden lediglich das Arbeitsblatt zur Übung (ist im Leitfaden enthalten) und Positionskarten und Stifte benötigt.

Der Ablauf der Übung gestaltet sich folgendermaßen.

Auf dem Arbeitsblatt sind verschiedene Situationen beschrieben, wie sie sich in einer Gesellschaft ereignen könnten. Diese werden den ReferentInnen vorgelesen. Das Arbeitsblatt enthält mehrere verschiedene Situationsbeschreibungen und das ermöglicht dem/der ReferentIn den Schwierigkeitsgrad und auch die Länge der Übung zu variieren. Es werden sowohl Situationen beschrieben, in denen politische Entscheidungen in einer fiktiven Gemeinde getroffen werden müssen, aber auch Situationen, in denen innerhalb einer Familie die Entscheidung über einen Umzug getroffen werden muss. Auch Beispiele, bei denen es um schulinterne Demokratie und die Mitbestimmung von SchülerInnen bei Schulveranstaltungen geht, sind enthalten. Somit lassen sich auch verschiedene thematische Schwerpunkte über die Auswahl der Beispielsituationen setzen. Nachdem die Beispielsituation vorgelesen worden ist, sollen die TeilnehmerInnen bewerten, wie demokratisch sich die handelnden Personen verhalten haben. Dazu erhalten sie Positionskarten und sollen auf ihnen Punkte von 0 bis 10 vergeben. 0 Punkte würde bedeuten, dass die Situation absolut undemokratisch war und 10 Punkte werden vergeben, wenn die Situation absolut demokratisch abgelaufen ist. Jede Wertung dazwischen ist natürlich auch möglich. Die ReferentInnen sammeln die Bewertungen auf der Tafel und so ergibt sich ein Gesamtergebnis über die „Demokratiebewertung“. Nach jeder Bewertungsrunde wird über das „Demokratievoting“ reflektiert. Als mögliche Reflexionsfragen werden vorgeschlagen:

„Wie demokratisch sind die Situationen?“

„Warum habt ihr die eine Situation demokratischer bewertet als die andere?“

„Bei welcher Situation wart ihr euch am sichersten/unsichersten, wie ihr sie bewerten sollt?“

„Gibt es überhaupt eine 100% demokratische Situation. Wenn ja, wie würde diese aussehen?“

Die Reflexion beendet die Übung.

Auch bei dieser Übung fällt uns auf, dass der/die ReferentIn nur sehr wenig Anleitung gibt und die meiste Arbeit eigenständig von den TeilnehmerInnen gemacht wird. Der/die ReferentIn liest lediglich die Beispielfälle vor und moderiert die Reflexion. Die TeilnehmerInnen lernen dadurch, dass sie die vorgetragenen Beispiele eigenständig bewerten, politische Prozesse einzuschätzen und zu bewerten. Die TeilnehmerInnen müssen die verschiedenen Standpunkte betrachten und sich in die Situation der handelnden Personen hineinversetzen, um ihr Agieren

bewerten zu können. Würde man diese Übung nach den Maßstäben des Kompetenzmodells nach Kramer bewerten, so vermittelt diese Übung Methodenkompetenz. Dabei ist es interessant, dass nicht nur Beispiele aus der Sphäre der „klassischen“ Politik gewählt wurden, sondern auch innerfamiliäre oder innerschulische Entscheidungsprozesse bewertet werden. Dies spricht für ein sehr weit gefächertes Demokratieverständnis, das in dieser Übung vermittelt wird. Die Beispielfälle thematisieren immer Entscheidungsprozesse, die sich in der unmittelbaren Lebenssituation der Betroffenen abspielen. In einer Beispielsituation geht es um die Einrichtung einer Drogenberatungsstelle in einer Gemeinde. In einer anderen um den Bau eines Kernkraftwerkes oder um die Besetzung eines Hauses wegen starker Mieterhöhungen. Diese Beispielauswahl bietet mehrere Vorteile. Zum einen sind dies sehr konkrete Situationen, die für die TeilnehmerInnen leicht verständlich und nachvollziehbar sind. Zum anderen sind dies alles Situationen, die sie theoretisch auch betreffen könnten. Die Entscheidungsprozesse sind auf keinem hohen Abstraktionsniveau, sondern sehr nah an der Alltagsrealität der handelnden Personen. Dadurch wird den TeilnehmerInnen auch deutlich, dass Politik nicht etwas ist, das sich weit weg von ihnen ereignet und worauf sie ohnehin keinen Einfluss haben sondern, dass Politik sich auch in ihrer direkten Nähe und in ihrem Leben abspielt. Sich bewusst zu werden, dass politische Prozesse das eigene Leben sehr unmittelbar beeinflussen, kann ein erster wichtiger Schritt sein um ein allgemeines politisches Interesse zu entwickeln.

Des Weiteren wird dadurch, dass Beispielsituationen, bei denen es um innerfamiliäre Entscheidungsprozesse geht, angeregt, dass sich die TeilnehmerInnen mit grundsätzlichen Fragen zur Demokratie auseinandersetzen. Die Frage, die sich die TeilnehmerInnen stellen müssen um die Situationen richtig bewerten zu können ist, ob alle von einer Entscheidung betroffenen die Möglichkeit haben auch am Entscheidungsprozess mitzuwirken. Dies stellt ein grundlegendes Prinzip in demokratischen Systemen dar. Allerdings bewegt sich diese Übung noch auf einem basalen und allgemeinen Niveau. Sie vermittelt ein Grundverständnis für demokratische Prinzipien der Entscheidungsfindung und sensibilisiert für die Bedeutung, die Politik im Leben der Menschen hat. Die nächste Übung, die wir betrachten wollen, geht schon konkreter auf politische Akteure ein.

5.2.4.2 Parteiendialog

Nachdem sich die TeilnehmerInnen in den bisherigen Übungen mit allgemeinen demokratischen Prinzipien auseinandersetzen, geht diese Übung nun schon konkret auf wichtige Akteure in der österreichischen Politik ein.

Die Übung „Parteiendialog“ hat zum Ziel den TeilnehmerInnen Wissen über die verschiedenen österreichischen Parlamentsparteien, ihre Themen und Standpunkte zu vermitteln. Die Übung ist für den dritten Workshoptag eingeplant, der als Themenschwerpunkt „Akteure in der Politik“ hat. Sie soll laut Anleitung 40 Minuten dauern und ist für alle Zielgruppen geeignet.

Der Ablauf gestaltet sich folgendermaßen.

Im Raum werden Flipcharts (eines für jede Parlamentspartei) ausgelegt. Auf jedes Flipchart wird der Name jeweils einer Partei geschrieben. Nun sollen die TeilnehmerInnen zu den einzelnen Parteien alles auf das Flipchart dazuschreiben, was ihnen zu der jeweiligen Partei einfällt. Das Ganze soll nach der Art eines „Stillen Dialoges“ ablaufen. Das bedeutet, dass während der Übung nicht gesprochen werden soll. Es ist des Weiteren möglich Aussagen, Bemerkungen... von anderen TeilnehmerInnen zu kommentieren oder zu ergänzen. Nicht gestattet ist es hingegen, etwas wegzustreichen, was ein/e andere/r TeilnehmerInn geschrieben hat. Es besteht auch die Möglichkeit für den/die ReferentIn den Ablauf der Übung mehr zu strukturieren, indem er/sie vorgibt, welche Informationen zu der Partei unbedingt auf jedem Plakat vorhanden sein sollen (Z.B: Gründungsjahr, Themenschwerpunkte, Ergebnis bei der letzten Wahl, Vorsitzender/e, Parteifarbe, Jugendorganisation, Meinungen). Diese Phase, bei der die TeilnehmerInnen, die Plakate beschriften, soll 20 Minuten dauern. Danach sollen die TeilnehmerInnen noch einmal Zeit haben sich alle Plakate in Ruhe anzuschauen und die Bemerkungen ihrer KollegInnen zu lesen. Danach folgt eine Reflexionsrunde, bei der das auf den Flipcharts gesammelte Wissen reflektiert, vertieft und ergänzt werden soll. Als mögliche Reflexionsfragen werden folgende vorgeschlagen.

- Generelles Eingehen auf die Aussagen/Bemerkungen auf den Flipcharts und Überprüfen der Fakten, die über die Parteien gesammelt wurden.
- Welche Aufgaben/Möglichkeiten haben Parteien?
- Wie kann man Parteien definieren?
- Wie gründet man selber eine Partei?
- Welche Parteien kennt ihr sonst noch außer den erwähnten?
- Mit der Reflexion wird diese Übung abgeschlossen.

Wenn wir den Inhalt und den Ablauf dieser Übung betrachten, fällt zuerst auf, dass es hier nun nicht mehr um die Vermittlung eines grundlegenden Demokratieverständnisses geht, sondern

bereits um konkretes Wissen über die politische Landschaft in Österreich. Am Ende der Übung sollen die TeilnehmerInnen einen basalen Überblick über die wichtigsten österreichischen Parteien, ihre Werte, Standpunkte und Inhalte, sowie zentrale Personen innerhalb der Parteien haben. Wenn wir uns auf das Kompetenzmodell nach Kramer beziehen, würden wir uns hier im Bereich der Sachkompetenz bewegen.

Aber es ist auch bei dieser Übung auffällig, dass der/die ReferentIn wieder keinerlei inhaltliche Informationen beisteuert. Es wird mit dem Wissen gearbeitet, das bereits in der TeilnehmerInnengruppe vorhanden ist. Alle TeilnehmerInnen tragen ihr jeweiliges Wissen bei und es fügt sich am Ende zu einem Gesamtüberblick. Diese Methode, bei der die TeilnehmerInnen völlig eigenständig ihr vorhandenes Wissen zusammentragen, birgt natürlich auch das Risiko, dass Wissen, das nicht bereits in der Gruppe vorhanden ist, am Ende fehlt. Um das zu lösen, gibt es zwei Möglichkeiten. Sollten am Ende relevante Fakten fehlen kann der/die ReferentIn in der Reflexionsrunde diese einfach selbst nachliefern. Eine andere Möglichkeit besteht darin, dass die TeilnehmerInnen wichtige Informationen, die noch fehlen gezielt im Internet (entweder an einem SchülerInnen PC oder auf dem Smartphone) nach-recherchieren. Somit wird gewährleistet, dass alle wichtigen Fakten zu den Parteien vorkommen, ohne in einen simplen Vortrag über z.B Gründungsjahr, Anzahl der Abgeordneten, wichtigsten Inhalte... zu verfallen.

Ein weiterer interessanter Aspekt dieser Übung besteht darin, dass durch die „Stiller-Dialog-Methode“ die TeilnehmerInnen sich auch mit politischen Meinungen und Ansichten ihrer KollegInnen auseinandersetzen können. Da jeder/e schreibt, was er/sie über eine Partei weiß oder auch was er/sie darüber denkt, werden die persönlichen politischen Positionen für andere erkennbar. Dies wird noch dadurch erweitert, dass die TeilnehmerInnen die Möglichkeit haben Aussagen von anderen zu kommentieren und ihnen gegebenenfalls auch zu widersprechen. Dadurch kann es sein, dass durch diese Übung in einer Gruppe ein Bewusstsein dafür entsteht, dass es verschiedene Meinungen und Ansichten zu den verschiedenen Parteien und ihren Positionen gibt. In den meisten Fällen kann man davon ausgehen, dass es innerhalb einer TeilnehmerInnengruppe Personen mit verschiedenen politischen Positionen und Standpunkten gibt. Durch diese Übung kann die politische Pluralität innerhalb der eigenen sozialen Gruppe (Z.B Schulklasse) deutlich werden. In der Reflexionsrunde kann dann auf die verschiedenen Standpunkte und Aussagen eingegangen werden und es entsteht eventuell auch eine Diskussion darüber. Dadurch werden die TeilnehmerInnen auch herausgefordert sich mit den Ansichten anderer auseinanderzusetzen und eventuell eigene Standpunkte zu hinterfragen. Somit hat diese

Übung nicht nur den Effekt, dass die TeilnehmerInnen Faktenwissen über die verschiedenen Parteien erwerben, sondern sie werden auch dafür sensibilisiert, dass es zu verschiedenen Themen unterschiedliche Standpunkte gibt und sie setzen sich mit den Ansichten anderer auseinander.

Der Workshop hat sich in seinem Ablauf somit von einer allgemeinen Ebene der Sensibilisierung und der Bewusstseinsbildung für Demokratie und Politik hin zur Vermittlung von konkretem Wissen um politische Akteure und Positionen bewegt. Die nächste Übung, die wir hier betrachten, setzt sich dann mit der Frage auseinander, wie man selbst politisch aktiv werden kann.

5.2.4.3 Brainwriting

Die Übung „Brainwriting“ ist für den letzten Workshoptag eingeplant. Dieser Tag befasst sich thematisch mit Möglichkeiten der politischen Partizipation. Für die Übung „Brainwriting“ sind 60 bis 90 Minuten eingeplant. Das Ziel der Übung ist, gemeinsam Probleme zu artikulieren und entsprechende Lösungen zu entwickeln. Was den Schwierigkeitsgrad betrifft, so ist diese Übung für alle Gruppen geeignet.

Zunächst sollen die TeilnehmerInnen in einer Großgruppe Bereiche sammeln, mit denen sich die Politik befasst. Der/die ReferentIn sammelt die genannten Bereiche auf der Tafel. Danach bilden die TeilnehmerInnen Gruppen. Die Gruppen teilen sich, je nach Interesse einem der genannten Bereiche der Politik (z.B. „Wirtschaft“) zu. Mit diesem Bereich werden die einzelnen Gruppen dann arbeiten. Jede der Gruppen erhält nun ein eigenes Flipchart. Darauf wird in der Mitte der Themenbereich dieser Gruppe aufgeschrieben. Im nächsten Schritt wird noch einmal innerhalb der Kleingruppen ein Brainstorming gemacht. Die Gruppenmitglieder sollen der Frage nachgehen „Welche Probleme gibt es in diesem Bereich?“. Die TeilnehmerInnen haben zehn Minuten Zeit, um möglichst viele Problemfelder innerhalb ihres Bereiches zu benennen. Nach diesen zehn Minuten legen sich die Gruppenmitglieder auf ein Problem fest, das sie besonders interessiert und kreisen dieses auf dem Flipchart ein. Nun folgt ein weiteres Brainstorming. Die Frage lautet: „Was müsste geschehen, um dieses Problem noch weiter zu verschlimmern?“. Nachdem die TeilnehmerInnen dieses „umgekehrte“ Brainstorming gemacht haben, sollen im nächsten Schritt jeder/e für sich auf einem eigenen Arbeitsblatt drei mögliche Lösungsstrategien für „ihr“ Problem entwickeln und aufschreiben. Dabei sollen sie mit kurzen Notizen die Lösungsstrategie genauer ausführen. Hierzu sei aber angemerkt, dass diese Übung

in eine Workshopreihe eingebettet ist und die TeilnehmerInnen auf diese Übung auch vorbereitet werden. Bevor diese Übung durchgeführt wird, wurde mit den TeilnehmerInnen in anderen Übungen bereits zu Themen wie direkte Demokratie, NGOs, Zivilgesellschaft, Medien, usw. gearbeitet. Die TeilnehmerInnen wurden daher bereits für verschiedene Möglichkeiten der politischen Partizipation sensibilisiert. Nun haben sie 10 bis 15 Minuten Zeit um drei verschiedene Lösungsstrategien, für „ihr“ Problem zu entwickeln. Danach präsentieren die einzelnen TeilnehmerInnen ihre Lösungsstrategien vor der Großgruppe. Nachdem alle ihre Lösungsstrategien vorgestellt haben, entscheidet die Großgruppe in einer Abstimmung, welches die beste Strategie für das jeweilige Problem darstellt. Den Abschluss dieser Übung bildet wieder eine Reflexion. Als mögliche Reflexionsfragen werden folgende vorgeschlagen:

- Warum ist das für euch die beste Lösung/Welche andere wurde noch gefunden?
- Fallen den anderen weitere Lösungsstrategien ein?
- Was passiert, wenn man die einzelnen Strategien in die Tat umsetzt? Welche Probleme könnten auftreten? /Wie könnte man diese Probleme aus dem Weg räumen?

Die Reflexion schließt die Übung ab.

Wie bereits erwähnt, wird diese Übung am letzten der fünf Workshoptage durchgeführt. Diese und andere Übungen aus diesem letzten Tag schließen die Workshopreihe ab. Damit ist der Bogen von einem ersten grundlegenden Verständnis für das Wesen und die Bedeutung von Politik über Akteure in der Politik hin zur eigenen politischen Partizipation gespannt. Die Übung „Brainwriting“ veranschaulicht gut, wie man Jugendlichen Möglichkeiten vermitteln kann, sich selbst politisch zu engagieren.

Im Grunde stellt diese Übung nichts Anderes dar als ein Durchspielen eines politischen Entscheidungsprozesses, wie er ähnlich auch in der Realität ablaufen würde.

Die TeilnehmerInnen reflektieren für sich, welches politische Thema für sie besonders interessant ist und bilden dementsprechend Gruppen. Sie analysieren im nächsten Schritt die Situation. „Was läuft gut / Wo gibt es Verbesserungsbedarf?“ Daraufhin entwickeln sie Lösungsstrategien, um eine Verbesserung der Situation herbeizuführen. Die verschiedenen Ideen werden in der Gruppe gesammelt, erörtert, reflektiert und am Ende entscheidet man sich in der Gruppe für die beste Lösungsstrategie.

Was hier in der „Simulation“ noch fehlt, wäre die praktische Umsetzung der erarbeiteten Lösungsstrategien. Dennoch ermöglicht diese Übung den Jugendlichen, selbst zu erleben, wie in einer Gesellschaft politische Prozesse in Gang kommen und wie politische und gesellschaftliche Veränderungen ablaufen können.

Es geht bei dieser Übung weniger darum viel Faktenwissen um das bearbeitete Problemfeld zu sammeln (zumindest ist dies in der Übungsanleitung nicht so vorgesehen), sondern vielmehr darum, Techniken und Methoden zu üben, die man braucht, wenn man gemeinsam an einem politischen Problem arbeiten will. Dabei geht es durchaus auch um Fertigkeiten, wie „Diskussionskultur“ oder wie man eigene Standpunkte entwickeln und gegenüber anderen vertreten kann und auch, wie man in einer Gruppe zu einer gemeinsamen Vorgehensweise kommt. Dies alles sind grundlegende Fertigkeiten, die man braucht, wenn man sich in der „realen“ Welt politisch engagieren will.

Wir erinnern uns an dieser Stelle, dass wir im ersten Abschnitt dieser Arbeit festgehalten haben, dass der beste Weg, um Demokratie zu lernen, ist diese zu erleben. Nichts Anderes stellt diese Übung dar. In dieser Übung finden sich Personen mit einem gemeinsamen Interesse zusammen, definieren Probleme, die sie als relevant erachten und entwickeln Lösungsstrategien, um diese Probleme zu bearbeiten.

Die Übung „Brainwriting“ stellt somit ein sehr gutes Beispiel dafür dar, wie man Jugendlichen Fertigkeiten und Methoden können für eigene politische Aktivitäten vermitteln kann.

Mit dieser Übung schließen wir nun auch die Beschreibung der Workshopreihe „Voten oda woatn!?“ ab. Es sei hier aber noch erwähnt, dass die beschriebenen Übungen lediglich eine Auswahl darstellen um einen grundlegenden Eindruck über die Workshopreihe zu vermitteln und nicht den gesamten Workshop wiedergeben.

Nachdem wir nun die Beschreibung der Workshopmethoden sowohl von Sapere Aude als auch von Zentrum Polis abgeschlossen haben, halten wir an dieser Stelle kurz inne. Wir erinnern uns, dass die Frage, die wir uns eingangs gestellt haben war, welche Inhalte durch politische Bildung vermittelt werden sollen und welche Methoden dabei angewendet werden können. Wir haben nun einige Beispiele für die politische Bildungsarbeit von zwei verschiedenen Akteuren der politischen Bildung ausführlich betrachtet. Wir werden die gewonnenen Erkenntnisse an spätere Stelle auch zusammenfügen. Davor aber wollen wir die Möglichkeit nutzen, die Meinung der TeilnehmerInnen zu den Workshops zu hören. Wir haben ja bisher die politische Bildung nur aus der Sicht der Bildner und nicht aus der Perspektive der „Konsumenten“ betrachtet. Glücklicherweise hat Sapere Aude die Workshops seit Beginn der Bildungsarbeit mittels Fragebogen evaluiert. Das versetzt uns in die Lage die Workshops auch aus Sicht der TeilnehmerInnen zu bewerten. Eine vergleichbare Evaluation gibt es für die Bildungsarbeit von

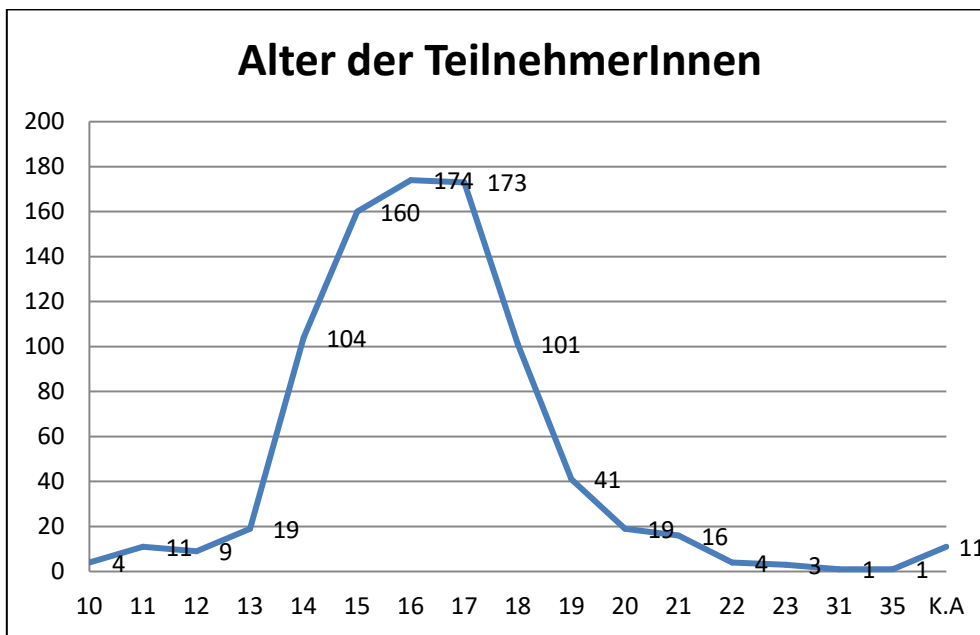
Zentrum Polis allerdings nicht. Daher werden wir uns mit der Evaluation der „Voten oda woatn!?“-Workshops begnügen. Diese Evaluation stellt eine interessante Ergänzung dar, um die politische Bildungsarbeit angemessen bewerten zu können. Wir werden allerdings nicht die gesamte Evaluation durchgehen, da dies den Umfang dieser Arbeit bei Weitem übersteigen würde. Wir werden aber einige ausgewählte Ergebnisse betrachten, die uns eine generelle Einschätzung über den „Erfolg“ der Workshopreihe erlauben.

5.3 Evaluation Voten oda woatn!?

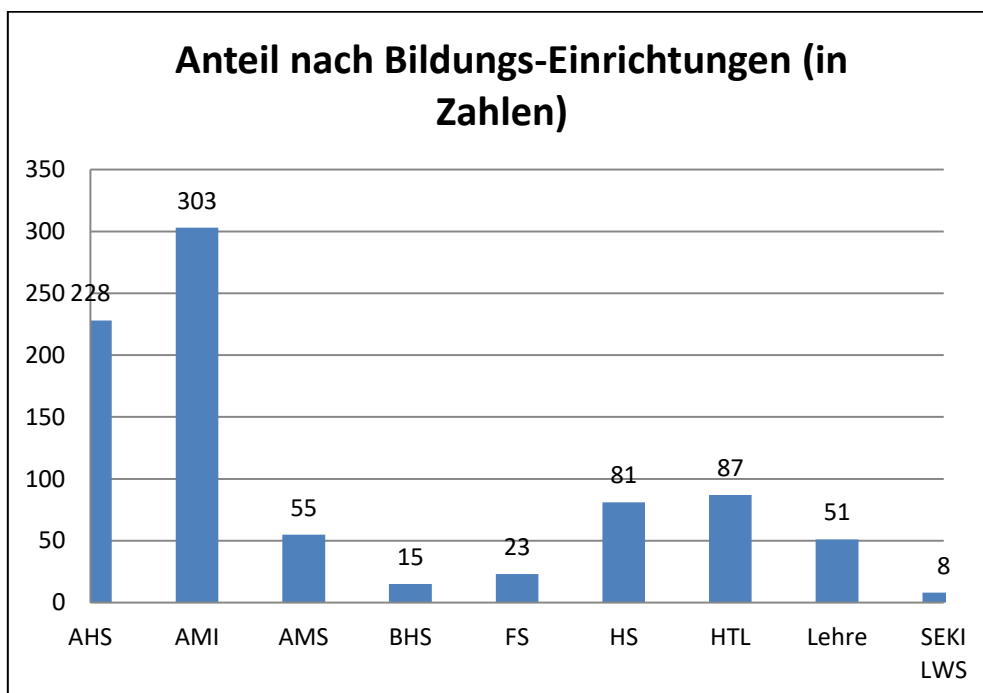
Die Workshopreihe „Voten oda woatn!?“ wird seit 2009 durchgeführt und bereits von Anfang an werden die Workshops mittels eines Fragebogens evaluiert. Diese Fragebögen werden am Ende des letzten Workshoptages an die TeilnehmerInnen ausgehändigt, anonym ausgefüllt und anschließend von den ReferentInnen wieder eingesammelt. Im folgenden Abschnitt werden wir ausgewählte Ergebnisse dieser Evaluation genauer betrachten. Zunächst sehen wir uns einige allgemeine Zahlen zu den Workshops an.

Die Workshops werden seit dem Schul- und Lehrjahr 2009/10 angeboten. Mit allen TeilnehmerInnen wurde der gleiche Workshop durchgeführt, wobei man aber sagen muss, dass die ReferentInnen durchaus die Möglichkeit haben den Ablauf und die Intensität des Workshops an das Vorwissen der verschiedenen Gruppen anzupassen. Diese Variabilität ist nötig, da die selbe Workshopreihe für sehr unterschiedliche TeilnehmerInnengruppen funktionieren muss. Die Abänderungen sind aber nur geringfügig und werden bei dieser Auswertung vernachlässigt. Für die vorliegende Evaluation wurden die Fragebögen verwendet die von 2009 bis 2015 an die TeilnehmerInnen ausgegeben wurden. Im Auswertungszeitraum wurden insgesamt 48 Workshops durchgeführt und 851 Fragebögen konnten ausgewertet werden.

Die Workshops wurden mit TeilnehmerInnen aus verschiedenen Altersstufen, die in verschiedenen Ausbildungssituationen waren durchgeführt. Einen Überblick über Alter und Ausbildung der TeilnehmerInnen bieten die folgenden beiden Grafiken.



Wir sehen anhand dieser Grafik, dass der größte Teil der TeilnehmerInnen zwischen 14 und 19 Jahren alt waren. Einen Überblick über die Verteilung nach Ausbildung bietet die folgende Grafik.

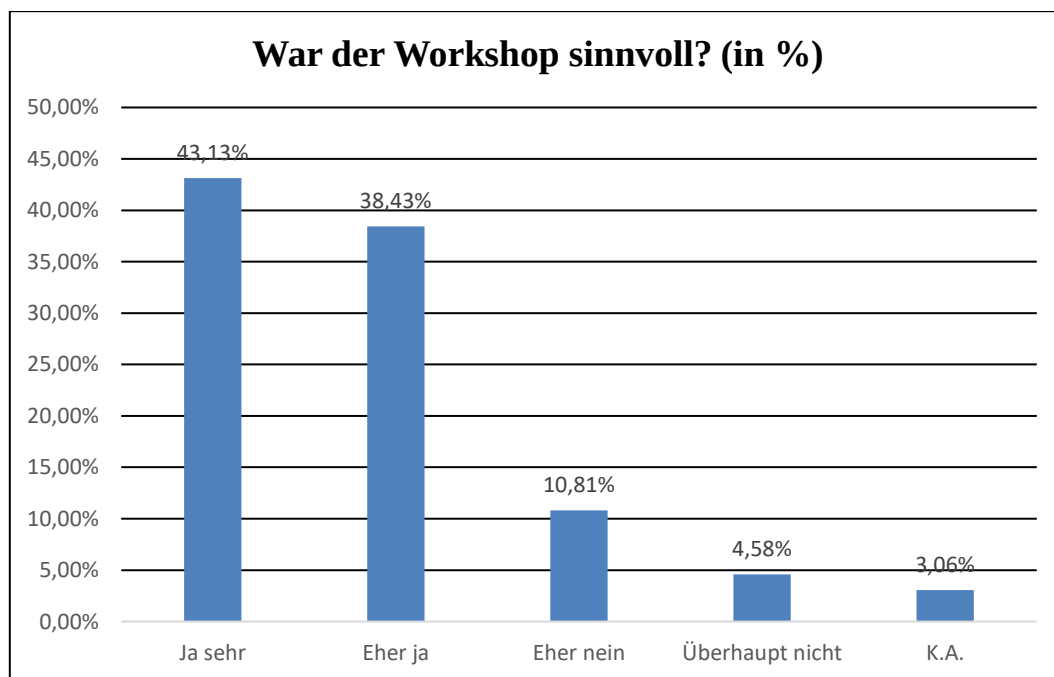


Wie wir sehen, bilden TeilnehmerInnen, die sich zur Zeit des Workshops in einem Arbeitsmarktintegrationsprojekt (AMI) befanden, die größte Gruppe unter den TeilnehmerInnen. Die zweitgrößte Gruppe bilden AHS-SchülerInnen. Die Verteilung auf andere Ausbildungsformen ist relativ gleich und geringer.

Neben solch allgemeinen statistischen Daten steht im Zentrum der Auswertung die Bewertung der ReferentInnen und des Workshops.

Vor allem, die Frage, wie sinnvoll, beziehungsweise, wie erfolgreich der Workshop aus der Sicht der TeilnehmerInnen ist, ist für uns hier interessant.

Eine Frage, die im Fragebogen gestellt wird, lautet: „War der Workshop sinnvoll?“. Die TeilnehmerInnen können diese mit „Ja sehr“, „Eher ja“, „Eher nein“ oder „überhaupt nicht“ beantworten. Hierbei besteht lediglich eine Antwortmöglichkeit. Das Ergebnis bei dieser Frage gestaltet sich folgendermaßen.



Wie wir sehen, ist dies ein sehr eindeutiges Ergebnis. Von den insgesamt 852 Befragten haben 81,56% diese Frage mit „ja sehr“ oder „eher ja“ beantwortet. Die Frage, ob der Workshop sinnvoll ist, ist natürlich sehr allgemein gehalten. Aber gerade dadurch, dass sie sehr allgemein ist, lässt sich durch diese Frage gut eine generelle Einschätzung der TeilnehmerInnen über den Workshop ermitteln. Betrachten wir dieses Ergebnis, können wir sagen, dass die TeilnehmerInnen den Workshop grundsätzlich sehr positiv erlebten und den Eindruck hatten, dass er für sie sinnvoll sei. Allerdings lassen sich hier noch keine Aussagen darüber treffen, welche „Auswirkungen“ der Workshop tatsächlich für die TeilnehmerInnen hatte, beziehungsweise, was sich für die TeilnehmerInnen durch den Workshop verändert hat.

Ein Fragenblock des Fragebogens dreht sich um genau diese Frage. Es handelt sich dabei um acht Aussagen über mögliche Auswirkungen des Workshops und die TeilnehmerInnen mussten

eine zutreffende Aussage ankreuzen. Die Auswertung dieses Fragenblocks führte zu folgendem Ergebnis:

Was hat die Teilnahme am Workshop gebracht? (in %)									
Ausbildungsform	AHS	Arbeitsmarkt-integrations-projekt (AMI)	AMS	BHS	FS	HS	HTL	Lehre	SEKI LWS
Ich interessiere mich mehr für Politik	39,04	33,33	43,64	26,67	8,70	35,63	35,63	23,53	50,00
Ich verstehe Politik jetzt besser	39,47	35,97	30,91	40,00	17,39	51,72	51,72	25,49	100
Ich nehme jetzt mehr an Politik teil als vorher	23,25	22,77	21,82	13,33	17,39	33,33	33,33	13,73	25,00
Ich weiß jetzt besser, wo ich mich über Politik informieren kann	29,39	29,04	12,73	13,33	17,39	44,83	44,83	9,80	75,00
Ich spreche jetzt mit anderen mehr über Politik	31,14	28,05	41,82	0,00	0,00	42,53	42,53	19,61	50,00
Ich spreche mit Leuten über Politik, mit denen ich vorher nicht darüber gesprochen habe	12,28	18,48	5,45	0,00	30,43	5,75	5,75	11,76	37,50
Ich weiß jetzt besser, was Politik ist und was sie mit meinem Alltag zu tun hat	26,75	24,75	0,00	20,00	21,74	25,29	25,29	9,80	100
Es hat sich nichts verändert und glaube auch nicht, das sich noch etwas ändern wird	3,07	4,29	1,82	0,00	4,35	12,64	12,64	1,96	0,00
Summe der Befragten (in Zahlen)	228	303	55	15	23	81	87	51	8

8

Wie ist nun dieses Ergebnis zu interpretieren? Diese hier ausgewerteten Daten aus den Fragetrögen geben natürlich nur einen oberflächlichen Überblick über den „Erfolg“ der Workshopreihe. Sie können aber als Stütze dafür dienen, um einzuschätzen, wie der Workshop von den TeilnehmerInnen angenommen wird. Bei der Frage „War der Workshop sinnvoll?“ kommen wir zu einem eindeutigen Ergebnis. Die TeilnehmerInnen geben hier dem Workshop eine ausgesprochen positive Bewertung. Beim Fragenblock, bei dem eruiert werden soll, was sich konkret durch die Teilnahme am Workshop für die TeilnehmerInnen geändert hat, wird

⁸ Bei den Fragen gibt es lediglich die Möglichkeit, zutreffende Aussage anzukreuzen oder nicht. Eine „Nicht-Nennung“ entspricht der Antwort „trifft nicht zu“.

die Angelegenheit aber bereits schwieriger. Zunächst fällt positiv auf, dass lediglich 4,74% der Befragten angeben, dass sich durch den Workshop für sie nichts verändert hat. Somit haben sie in mindestens einem Bereich eine Verbesserung gespürt. Wie aber Ergebnisse bei den anderen Fragen zu interpretieren sind gestaltet sich durchaus nicht so einfach. Nehmen wir zum Beispiel die Antworten auf die Frage „Ich interessiere mich jetzt mehr für Politik“. Hier gaben 44,23% der TeilnehmerInnen an, dass das zutrifft. Nun fällt es an dieser Stelle aber schwer, diesen Wert angemessen einzuschätzen. Ist dies ein überraschend hoher oder niedriger Wert? Entspricht das Ergebnis den Erwartungen? Wir können darüber keine klare Aussage machen. Dies liegt daran, dass wir keine Vergleichsmöglichkeit haben. Es gibt derzeit leider keine verlässlichen Daten über den „Erfolg“ von politischer Bildung in Österreich. Zumindest nicht in einer Form, die einen Vergleich mit dieser Auswertung möglich machen würde. Mit SchülerInnen, die an Berufsschulen oder in anderen Schulformen Politische Bildung erhalten, wurden noch keine derartigen Evaluationen durchgeführt. Auch über die Bildungsarbeit von Zentrum Polis fehlen uns entsprechende Daten. Wir müssen uns hier somit leider damit begnügen, die Auswertung so wie sie ist, stehen zu lassen.

5.4 Vergleich der Methoden der Politischen Bildung von Sapere Aude und Zentrum Polis

Wir haben im letzten Kapitel die politische Bildungsarbeit und die angewandten Methoden von zwei verschiedenen Akteuren der Politischen Bildung anhand einiger Beispiele betrachtet. Nun wollen wir der Frage nachgehen, welches die wichtigsten Merkmale der untersuchten Methoden sind.

Bei der politischen Bildungsarbeit von Zentrum Polis fällt als Erstes auf, dass die Anleitungen ausführlich sind. Sie sind entwickelt worden, damit sie auch von LehrerInnen umgesetzt werden können, die sich bis dahin eventuell wenig oder gar nicht mit Politischer Bildung befasst haben. In ihrem Aufbau sind sie darauf ausgelegt, sich in den Regelunterricht an Schulen einzupassen. Sie können somit sehr einfach von LehrerInnen für ihren Unterricht übernommen werden.

Die Workshopreihe „Voten oda woatn!?“ hat einen anderen Ansatz. Sie ist von vornherein darauf ausgerichtet den Regelunterricht zu unterbrechen und eine Lehrsituation außerhalb des normalen Schulbetriebes zu schaffen. Dies wird noch dadurch verstärkt, dass schulexterne ReferentInnen die Workshops durchführen. Auch die Zeiteinteilung des Workshops richtet sich nicht nach den Unterrichtszeiten. Die Workshopanleitungen sind weniger ausführlich als die von Zentrum Polis. Dies liegt einfach darin begründet, dass die Workshops von ReferentInnen abgehalten werden, die für die Durchführung speziell eingeschult worden sind und daher nicht

mehr jedes Detail vorgegeben bekommen müssen. Dies hat auch zur Folge, dass die Workshopmethoden nicht ohne weiteres von anderen übernommen werden können, sondern von den Sapere-Aude-ReferentInnen durchgeführt werden müssen. Somit bedeutet es auch mehr organisatorischen und finanziellen Aufwand, wenn man die „Voten oda woatn!?!-Workshopreihe“ an einer Schule durchführen möchte. Die Methoden von Zentrum Polis können vergleichsweise einfach und unkompliziert in den Regelunterricht eingefügt werden. Interessanter als die formalen Unterschiede sind für uns aber die angewandten Methoden und vermittelten Inhalte. Überlegen wir zunächst, was uns bei den betrachteten Methoden von Zentrum Polis hierzu auffällt.

Bei den untersuchten Übungen von Zentrum Polis finden wir immer eine Kombination aus der Vermittlung von Faktenwissen mit eigenständigem Arbeiten. Der/die LehrerIn hat anleitende und moderierende Funktion und die Hauptarbeit wird von den SchülerInnen selbständig gemacht. Die Übungen gehen aber bereits relativ weit ins Detail. Wenn wir an die Übung „Who is who in the EU?“ denken, erinnern wir uns daran, dass die SchülerInnen die doch ziemlich komplexe Struktur und Arbeitsweise der EU-Institutionen für sich erarbeiten mussten. Wenn wir den Vergleich mit den Workshopmethoden von Sapere Aude ziehen, können wir sagen, dass in den Unterrichtsbeispielen von Zentrum ein stärkerer Schwerpunkt auf die Vermittlung von Sachwissen um die politischen Themen gesetzt wird.

Dass die SchülerInnen, beziehungsweise die TeilnehmerInnen größtenteils selbstständig arbeiten, ist auch ein Grundprinzip, das wir bei Sapere Aude wiederfinden. Allerdings verfolgt Sapere Aude einen vergleichsweise basalen Ansatz der Politikvermittlung. Vor allem in den ersten Workshopeinheiten geht es primär darum, ein grundlegendes Verständnis dafür zu vermitteln, was Politik ist und wie sie die TeilnehmerInnen betrifft. Es geht darum die TeilnehmerInnen für das Thema Politik zu sensibilisieren und ein Bewusstsein für die Bedeutung von Politik und die eigenen politischen Interessen und Möglichkeiten zu schaffen. Verglichen mit den Methoden von Zentrum Polis setzt Sapere Aude an einem früheren Punkt der Politischen Bildung an. Der Workshop stellt einen Erstkontakt mit Politik dar. Erst ab dem dritten Workshoptag, rückt die Vermittlung von Sachwissen stärker ins Zentrum. Wir erinnern uns an die Übung „Parteiendialog“, die wir in dieser Arbeit betrachtet haben. Hier wird durchaus Faktenwissen über wichtige Akteure in der österreichischen Politik vermittelt. Allerdings wird bei dieser Übung primär mit dem Wissen gearbeitet, dass die TeilnehmerInnen mitbringen. Recherchearbeit ist grundsätzlich nicht in der Übung eingeplant, sondern das gesammelte Wissen der TeilnehmerInnen soll sich zu einem umfangreichen Gesamtbild fügen.

Hierzu sei aber gesagt, dass es im Ermessen der/des ReferentIn liegt, ob er/sie auch Informationsmaterial an die TeilnehmerInnen ausgibt oder auch eine Internetrecherche in die Übung einbaut.

Bei den Zentrum-Polis-Übungen, die wir untersucht haben, wird nicht nur mit bereits vorhandenem Wissen gearbeitet. Recherchearbeit ist ein fixer Bestandteil der Übung. Diese kann teilweise auch in Form einer Hausübung zwischen zwei Lehrseinheiten gemacht werden. Dies ermöglicht natürlich auch sehr viel tiefer in die bearbeiteten Themen einzutauchen. Wenn wir bei dem Übungsbeispiel „Who is who in the EU?“ bleiben, so kann man sich auch vorstellen, dass man nur ein sehr lückenhaftes Bild über die Struktur und die Arbeitsweise der Institutionen erhalten würde, wenn man nur mit dem bereits vorhandenen Wissen der SchülerInnen arbeiten würde.

Somit kann man zusammenfassend sagen, dass bei den Übungen von Zentrum Polis mehr Fokus auf die Vermittlung von Sachwissen gelegt wird als bei Sapere Aude.

Bei den Übungen von Sapere Aude sehen wir den Schwerpunkt ganz klar auf der Bildung eines politischen Bewusstseins. Die ReferentInnen konzentrieren sich in ihrer Arbeit weniger darauf, ausführliche Fakten zu bestimmten politischen Themenbereichen zu vermitteln, sondern mehr darauf, das Interesse der TeilnehmerInnen an Politik grundsätzlich zu aktivieren. Übungen wie „Mein erstes Mal“ oder „Was ist nicht Politik“ vermitteln keine konkreten Fakten zu einem politischen Thema. Der Zweck dieser Übungen besteht darin Jugendlichen zu verdeutlichen, wie ihr Leben von politischen Prozessen beeinflusst wird und, dass sie sich der Politik nicht entziehen können. Hier schwingt auch der Appell mit, dass man Politik aktiv mitgestalten kann und soll. Dieses aktivierende Element finden wir auch in späteren Übungen wieder. Auch wenn Sapere Aude sich nicht auf das Kompetenzmodell bezieht, so werden in mehreren Übungen, verschiedene politische Kompetenzen vermittelt. Wenn wir an die Übung „Brainwriting“ denken, stellen wir fest, dass hier grundlegende Kompetenzen, die unerlässlich für eine eigene politische Aktivität sind, geübt werden. Die TeilnehmerInnen müssen überlegen, welche politischen Themen für sie wichtig sind. Sie müssen Probleme innerhalb dieses Themas definieren. Sie müssen Lösungsansätze entwickeln, diese in einer offenen Diskussion vertreten und sich in Gemeinschaftsarbeit auf eine Lösungsstrategie einigen. Wenn wir die Workshopreihe in ihrer Gesamtheit betrachten, können wir sehen, dass sich ein inhaltlicher Bogen spannt. Dieser beginnt damit, dass die TeilnehmerInnen dafür sensibilisiert werden, welche Rolle Politik in ihrem persönlichen Leben hat. Dann werden Sachinformationen über wichtige politische Akteure vermittelt und zum Ende werden Methoden geübt, wie man selbst

politisch aktiv werden kann. Diese Erkenntnisse, dass man als Privatperson sehr von politischen Prozessen beeinflusst ist und dass man auch die Möglichkeit hat Politik mitzugestalten, stellen eine essentielle Grundlage dafür dar, um selbst politisch interessiert und auch aktiv zu werden. Die Übungen von Zentrum Polis stehen hingegen nicht im Kontext eines zusammenhängenden Workshopkonzeptes, sondern bilden abgeschlossene Lerneinheiten. Aber auch Zentrum Polis bietet Übungen an, die Kompetenzen für eigenes politisches Engagement vermitteln sollen. Als Beispiel haben wir die Übung „Pro und Contra“ untersucht. Auch bei dieser Übung wird ein politischer Entscheidungsprozess und die Auseinandersetzung mit verschiedenen Meinungen „durchgespielt“.

Die Vermittlung von Kompetenzen für eigenständiges politisches Handeln ist somit Inhalt sowohl der Bildungsarbeit von Sapere Aude als auch von Zentrum Polis.

6. Resümee

Wir haben uns in dieser Arbeit ausführlich mit der Entwicklung der Politischen Bildung in Österreich befasst und uns verschiedene Methoden angeschaut, mit denen man Politische Bildung in der Praxis umsetzen kann. Fassen wir an dieser Stelle nun die gewonnenen Erkenntnisse zusammen.

Wie ist es nun um die Politische Bildung im österreichischen Bildungssystem bestellt? Mit dieser Frage haben wir uns im ersten Abschnitt dieser Arbeit auseinandergesetzt. Die Entwicklung der Politischen Bildung in Österreich war nach dem Zweiten Weltkrieg von drei Faktoren geprägt, die die Implementierung von Politischer Bildung im Schulsystem hemmten. Ein Faktor war, dass Österreich als erstes Opfer des Nationalsozialismus gesehen wurde. Somit erschien, anderes als in Deutschland eine „Re-Education“ nicht notwendig. Auch bestand kein Interesse, sich mit der eigenen unmittelbaren Vergangenheit ernsthaft auseinanderzusetzen und die Rolle Österreichs im Nationalsozialismus tatsächlich kritisch zu beleuchten. Eine kritische Politische Bildung hätte dies aber tun müssen. Des Weiteren hatte man während des Austrofaschismus und des Nationalsozialismus hierzulande Politische Bildung als etwas Negatives erlebt. In diesem totalitären System hatte Politische Bildung lediglich den Zweck die Jugendlichen zu indoktrinieren und auf die jeweiligen Parteilinien einzuschwören. Diese Negativerfahrungen bewirkten, dass eine große Scheu davor entstand in den Schulen wieder Politik zu lehren. Der schlechte Beigeschmack, den Politische Bildung im Faschismus erhielt, haftete ihr auch in der Zweiten Republik noch an. Die Schule wurde somit zum „Politik-freien Raum“.

Ein weiterer großer Bremsklotz für die Entwicklung der Politischen Bildung war, dass Politische Bildung in Österreich auch als Aufgabe der Parteien gesehen wurde. Dies hatte durchaus historische Gründe. Man denke hier an die Arbeiterbildungsvereine in der Frühzeit der Sozialdemokratie. Viel wichtiger war aber für die beiden Großparteien der Zweiten Republik, dass Politische Bildung, die sie über Vorfeldorganisationen und ab den 1970ern über Parteiakademien betrieben, für sie ein wunderbares Instrument darstellten treue Parteianhänger heranzuziehen. Dieses Instrument wollten weder SPÖ noch ÖVP gerne aus der Hand geben.

Es gab zwar immer wieder Vorstöße, um Politische Bildung im Schulsystem einzubauen aber diese waren nur von geringem Erfolg. Eine kleinere Zäsur bildete die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Für kurze Zeit rückte das politische Bewusstsein der Jugendlichen in diesem Lande in den Fokus der Öffentlichkeit und es gab auch verschiedene Maßnahmen, um die Jungwähler auf ihre neue politische Verantwortung vorzubereiten. Es waren aber zeitlich begrenzte Projekte, die keine grundlegende Verbesserung bewirkten. Immerhin ist Politische Bildung mittlerweile Teil der Lehrpläne an Österreichs Schulen aber außer bei den Berufsschulen finden wir Politische Bildung nur als Fächerkombination, meistens mit Geschichte oder Geographie. Auch das Unterrichtsprinzip zur Politischen Bildung, das seit 1978 besteht und 2015 novelliert wurde, trägt wenig zur Verbesserung bei. Bei der LehrerInnenausbildung taucht dieses Unterrichtsprinzip nur unzureichend auf und es mangelt an geeigneten Methoden und Lehrmaterialien für den Unterricht in den Schulen. Auch stellt sich die Frage, wie LehrerInnen in den ohnehin schon knapp bemessenen Unterrichtsstunden nun ein weiteres Thema, nämlich die politische Bildung, sinnvoll bearbeiten können.

Allerdings muss man sagen, dass die Einrichtung von Zentrum Polis als zentrale Servicestelle für Politische Bildung einen klaren Schritt hin zu mehr Professionalisierung im Bereich der Politischen Bildung darstellt. Aber auch wenn durch die Arbeit von Zentrum Polis nun bereits ein umfangreiches Know-How für die Umsetzung von Politischer Bildung erarbeitet wurde, bleibt die Tatsache bestehen, dass dadurch noch keine flächendeckende Implementierung von Politischer Bildung erreicht worden ist. Es hängt nach wie vor alles vom Engagement der einzelnen LehrerInnen ab.

Auch die Finanzlage von Zentrum Polis, die sich seit dessen Gründung klar verschlechtert hat, kann als Indikator dafür gesehen werden, dass wenig Motivation für einen raschen Ausbau der Politischen Bildung im Schulsystem besteht.

Generell bildet die Politische Bildung im österreichischen Schulsystem einen „Flickenteppich“ und ein einheitliches Konzept fehlt nach wie vor. Es gibt Einzelmaßnahmen, Zusammenarbeit mit NGOs und zeitlich begrenzte Projekte, aber es fehlt ein längerfristiger und umfangreicher Gesamtplan für das gesamte Bildungssystem.

Nachdem wir uns nun den Status Quo der Politischen Bildung angesehen haben, haben wir uns als Nächstes gefragt, was die Ziele von Politischer Bildung sein sollen. Um diese Frage zu beantworten haben, wir uns drei verschiedene Quellen zur Politischen Bildung angesehen.

Diese Quellen waren das Unterrichtsprinzip zur Politischen Bildung von 1978 (inkl. der novellierten Version von 2016), die Europaratscharta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung aus dem Jahr 2012 und das Kompetenzmodell zur Politischen Bildung von Reinhard Krammer aus dem Jahr 2008.

All diese Quellen sind sich dahingehend einig, dass politische Bildung eine wichtige Säule ist, um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Sozialen Frieden und Frieden allgemein zu stützen und gegen jede Art von Diskriminierung vorzugehen.

Bei der Betrachtung der verschiedenen Quellen konnten wir folgende Ziele von Politischer Bildung herausarbeiten:

- Politische Bildung soll demnach ein demokratisches Bewusstsein fördern.
- Politische Bildung soll zu eigenständigem politischen Handeln anregen.
- Politische Bildung soll den sozialen Zusammenhalt fördern, aber auch helfen, Vorurteile abzubauen.
- Politische Bildung soll anregen, aktiv für Demokratie und Menschenrechte einzustehen.

Politische Bildung ist somit eine sehr praxisnahe Form der Bildung. Es kann bei Politischer Bildung nicht darum gehen, dass die Jugendlichen einen Kanon statischen Wissens auswendig lernen und keinen Bezug zu ihrer Lebensrealität erkennen. Politische Bildung soll aktivieren, befähigen und motivieren, sich für politische Prozesse in der eigenen Gesellschaft zu interessieren und diese auch aktiv mitgestalten zu wollen. Sie bildet somit eine wichtige Stütze für den Erhalt und die Entwicklung demokratischer Gesellschaften. Wolfgang Sander spricht in Bezug auf Politische Bildung treffend als „vorbeugenden Brandschutz“.

Ob Links- oder Rechtsextremismus, ob Fremdenfeindlichkeit oder vorgeblicher Werteverlust bei der Jugend, ob die Gleichstellung der Frauen gefördert oder der

Umweltkrise durch ökologisches Denken beigegeben werden soll – schnell wird der Ruf nach besserer politischer Bildung laut. Daran ist zwar richtig, dass jede politische Position auf politischen Lernerfahrungen basiert und dass Lernangebote politischer Bildung Einflussfaktoren bei der Entwicklung politischer Einstellungen sein können. Aber selbst bei quantitativ und qualitativ gleichen Angeboten politischer Bildung wird sich deren Wirkung auf die Entwicklung politischer Einstellungen bei den Adressaten unterscheiden, weil sie immer nur einer von vielen Einflussfaktoren in deren politischer Sozialisation sind. Zudem wird oft übersehen, dass sich mögliche Einflüsse politischer Bildung in der Schule auf die Entwicklung der politischen Kultur einer Gesellschaft erst langfristig zeigen können, wenn die Generation der Jugendlichen erwachsen sein wird. Deshalb kann, bildlich gesprochen, politische Bildung keine Feuerwehr zur Bekämpfung gesellschaftlich-politischer Brandherde sein, wohl aber gehört sie zum vorbeugenden Brandschutz der Demokratie. (Sandner, 2010, S. 25/26)

Natürlich gehört hier auch die Vermittlung von Sachwissen rund um das eigene politische System, in dem man lebt, dazu. Ohne Verständnis für die Arbeitsweise und Struktur des eigenen Systems kann man nicht mitgestalten. Aber die Politische Bildung kann sich nicht nur auf die Vermittlung solcher Fakten beschränken, will sie nicht zu einer reinen Institutionenlehre verkommen, die womöglich am allerbesten dazu geeignet ist, den Jugendlichen jegliches Interesse an Politik zu verleiden.

Die nächste zentrale Frage, mit der wir uns in diesem Text befassten, war, wie man nun diese Vorgaben zur politischen Bildung praktisch umsetzen kann. Dazu haben wir uns die Methoden von Zentrum Polis und Sapere Aude genau angesehen. Welche Erkenntnisse konnten wir nun dadurch gewinnen?

Zunächst können wir festhalten, dass die betrachteten Beispiele sehr gut verdeutlichen, dass es möglich ist, Politische Bildung so zu gestalten, dass es zu keiner politischen Beeinflussung der SchülerInnen kommt. Dies war und ist zum Teil ja eine große Befürchtung gegenüber der Politischen Bildung. In der Form, in der Zentrum Polis und Sapere Aude Politische Bildung umsetzen, ist dies aber weitestgehend auszuschließen. Die betrachteten Beispiele verdeutlichen auch gut, dass die Vermittlung von Sachwissen und die Vermittlung von Kompetenzen zum

eigenständigen und aktiven politischen Handeln, einander nicht ausschließen. In den Übungen sind diese verschiedenen Aspekte von Politischer Bildung mit einander verknüpft.

Ein roter Faden, der sich durch alle untersuchten Übungen zieht, ist, dass die SchülerInnen die meiste Arbeit eigenständig machen. Ein frontaler Vortrag, bei dem die SchülerInnen nur passiv Informationen konsumieren ist somit nicht die richtige Methode, um sie zu politisch mündigen BürgerInnen zu bilden. Die Übungen sind so gestaltet, dass sie den SchülerInnen die Beziehung zwischen dem Unterricht und ihrer Lebensrealität, die durch politische Prozesse geprägt ist, deutlich vor Augen führen. Der Unterricht hat somit einen unmittelbaren Praxisbezug. In den Übungen selbst werden nicht nur Inhalte vermittelt, sondern verschiedene Techniken geübt, die für eigenständiges politisches Handeln notwendig sind. Dazu zählen unter anderem Diskussionskultur, die Fähigkeit Informationen zu recherchieren, zu bewerten und daraufhin eigene Standpunkte zu entwickeln. Des Weiteren üben die SchülerInnen in den Übungen diese Standpunkte anderen zu vermitteln und in Diskussionen argumentativ zu verteidigen. Dadurch entsteht auch ein Empfinden dafür, dass es rund um ein Thema auch verschiedene Ansichten und Meinungen geben kann, aber diese auch durchaus nebeneinander existieren können.

Es soll an dieser Stelle nicht die gesamte Analyse der untersuchten Beispiele wiederholt werden, aber wir können ein Ergebnis dieser Analyse festhalten. Die Betrachtung der Beispiele hat ergeben, dass es methodisch problemlos möglich ist, Politische Bildung so zu gestalten, dass es zu keiner politischen Beeinflussung der SchülerInnen kommt. Des Weiteren konnten wir feststellen, dass es entsprechende Methoden bei Sapere Aude und Zentrum Polis bereits gibt, die eine Vermittlung von Sachwissen und von Kompetenzen sehr gut mit einander verbinden. Die Frage, ob Politische Bildung Sachwissen vermitteln soll oder Methoden, stellen sich in dieser Form hier gar nicht. Das eine macht ohne das andere wenig Sinn. Die untersuchten Übungen zeigen aber auch, dass eine Verbindung dieser beiden Felder sehr gut funktionieren kann.

Denken wir an dieser Stelle an die Frage, die am Beginn dieser Arbeit stand. Wir wollten wissen, was die Ziele von Politischer Bildung sein sollen und mit welchen Methoden diese Ziele erreicht werden können. Welchen Wert Politische Bildung in demokratischen Gesellschaften hat und welche Ziele sie hat, konnten wir in dieser Arbeit anhand verschiedener Quellen gut aufzeigen. Was die Methoden angeht, wie Politische Bildung vermittelt werden kann, und wie diese Ziele erreicht werden, können wir Folgendes festhalten.

Es besteht bereits ein umfangreiches Know-How darüber, welche Methoden für die Vermittlung von Politischer Bildung geeignet sind. Diese Methoden orientieren sich auch an den aktuellen Vorgaben zur Politischen Bildung und setzen diese angemessen um. Die Frage nach dem „Wie“ ist somit nicht das zentrale Problem bei der Umsetzung von Politischer Bildung im Schulsystem. Es ist vielmehr eine Frage des politischen Willens und der finanziellen Ressourcen.

7. Literatur- und Quellenverzeichnis

Baum, Gerhard Rudolf. *Politische Bildung in der Demokratie*. In: Bundeszentrale für Politische Bildung [Hrsg.], *Zur Situation der Politischen Bildung in der Schule*. Bd. 185, Bonn, 1982

Dachs, Herbert. *Politische Bildung in Österreich – Ein historischer Rückblick*. In: Cornelia Klepp/ Daniela Rippitsch [Hrsg.], *25 Jahre Universitätslehrgang Politische Bildung in Österreich*. Facultas-Verl., Wien, 2008

Filzmaier, Peter. *Politische Bildung und Demokratie in Österreich: Trends, Problembereiche und Perspektiven*. In: Diendorfer, Steininger [Hrsg.] *Demokratiebildung in Europa – Herausforderungen für Österreich*. Wochenschauverlag, Schwalbach, 2010

Filzmaier, Peter und Daniela Ingruber [Hrsg.]. *Politische Bildung in Österreich – Erfahrungen und Perspektiven eines Evaluationsprozesses*. Studien-Verlag, Innsbruck, Wien, München, 2001

Fischer, Kurt Gerhard. *Erziehung zur Demokratie*. In: Fischer [Hrsg.] *Zum aktuellen Stand der Theorie und Didaktik der Politischen Bildung*. 5. Aufl. Metzler-Verlag, Stuttgart. 1986

Hämmerle, Karin. *Politische Bildung in Österreich – Eine kritische Bestandsaufnahme*. In: Bettina Gruber, Kathrin Hämmerle [Hrsg.], *Demokratie lernen heute – Politische Bildung am Wendepunkt*. Böhlau-Verlag, Wien, Köln, 2008

Hämmerle, Kathrin/Günther Sandner/Hubert Sickinger. *Politische Bildung in der Perspektive von Lehramtsstudierenden*. In: ÖGPB [Hrsg.]. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Bd.38, Nr.3/2009

Hellmuth, Thomas. *Professionalisierung ohne Strukturwandel? – Eine Analyse zur Politischen Bildung in Österreich*. In: Diendorfer, Kellmuth, Hladschik [Hrsg.] *Politische Bildung als Beruf*. Wochenschauverlag, Schwalbach, 2012

Helmuth, Thomas. *Politische Bildung*. In: David M. Wineroither [Hrsg.], Politik im Vierteltakt – Personen, Strukturen und Inhalte in Oberösterreich. Braumüller-Verlag, Wien, 2010

Karlhofer, Ferdinand. *Wählen mit 16 – Erwartungen und Perspektiven*. In: Forum Politische Bildung - Informationen zur Politischen Bildung [Hrsg.], Der WählerInnenwille, Bd. 27, Innsbruck, Bozen, Wien, 2007

Krammer, Reinhard. *Kompetenzorientierte Politische Bildung*. Forum Politische Bildung [Hrsg.], Bd. 29, Innsbruck, Bozen, Wien, 2008

Sander, Wolfgang. *Politische Bildung in der Demokratie – Herausforderungen im europäischen Kontext*. In: Gertraud Diendorfer, Sigrid Steininger [Hrsg.] Demokratiebildung in Europa – Herausforderungen für Österreich. Wochenschauverlag, Schwalbach. 2010

Wucherer, Otto. *Fachunterricht Politische Bildung an Berufsschulen*. In: G. Diendorfer, T. Hellmuth, P. Hladschik [Hrsg.] Politische Bildung als Beruf – Professionalisierung in Österreich. Wochenschauverlag, Schwalbach, 2012

Zentrum Polis [Hrsg.]. *Europäische Integration – Texte und Übungsbeispiele*. 3. Aufl., Wien, 2014

.....

BMBF; entscheidend-bist-du.at; Zugriff: 4.5.2015

BMBF; Europaratscharta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung;
Rundschreiben des BMUKK, Rundschreiben Nr. 15/2012

Tageszeitung „Die Presse“; [www.diepresse.com/home/bildung/schule/4195316/Politische-Bildung-als-Roulette_Lehrer-ohne-Zeit-und -Ausbildung](http://www.diepresse.com/home/bildung/schule/4195316/Politische-Bildung-als-Roulette_Lehrer-ohne-Zeit-und-Ausbildung)

FDZ Geschichte; Filzmayer, Peter. *Politische Bildung: Was ist das?*; <http://science.orf.at>

Grundsatzterlass zur Politischen Bildung, Bundesministerium für Unterricht und Kunst, Zl. 33.464/6-19a/1978; https://www.bmb.gv.at/ministerium/rs/2015_12.html

Homepage des Bundesministeriums für Bildung und Frauen; <https://www.bmb.gv.at/>

Informationsseite des IZ; <http://www.schulpartnerschaften.at/start.asp?ID=231078>

Krammer, Reinhard. *Die durch politische Bildung zu erwerbenden Kompetenzen Ein Kompetenz-Strukturmodell – Langfassung*. Wien, 2008; <http://www.politik-lernen.at/site/basiswissen/politischebildung/kompetenzmodell/article/105720.html>

PH Salzburg; <http://www.phsalzburg.at/>

UNESCO; <http://www.unesco.at/>

Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie; <http://www.dasrotewien.at/>

Zentrum Polis; <http://www.politik-lernen.at/>

Übungshandbuch, Voten oda woatn?!, erstellt von Sapere Aude – Verein zur Förderung von Politischer Bildung, 2015

8. Abstract

Politische Bildung ist ein Thema, das in der öffentlichen Debatte immer mehr an Bedeutung gewinnt. Sie wird oft als Patentlösung dargestellt, mit der sich alle Formen von Radikalismus oder auch politisches Desinteresse bekämpfen lassen.

Geht es aber um die konkrete Umsetzung von Politischer Bildung fehlen in der Praxis klare Zielvorgaben und Konzepte.

Diese Arbeit setzt sich mit der Frage auseinander, was Politische Bildung für eine Gesellschaft leisten kann und wie sie praktisch umgesetzt werden kann.

Um der Frage nach der praktischen Umsetzung von Politischer Bildung nachzugehen, wird die politische Bildungsarbeit von zwei Akteuren in der Politischen Bildung in Österreich untersucht.

Der erste Akteur ist „Zentrum Polis“. Dies ist eine Serviceeinrichtung zur Politischen Bildung, die im Auftrag des BMBF's unter anderem Lehrunterlagen für den politischen Bildungsunterricht in der Schule erarbeitet. Die angewandten Methoden werden anhand einiger dieser Lehrunterlagen beispielhaft untersucht.

Der zweite Akteur, der untersucht wird, ist „Sapere Aude“. Es handelt sich hierbei um eine NGO, die politische Bildungsworkshops für Jugendliche anbietet. Die Methoden, die in diesen Workshops zur Anwendung kommen, werden ausführlich untersucht.

Durch die Betrachtung der praktischen Bildungsarbeit von zwei unterschiedlichen politischen Bildnern wird es möglich einen Eindruck darüber zu erhalten, wie sich Politische Bildung in der Praxis umsetzen lässt.

8.1 Abstract English

Civic education is an issue, that is becoming increasingly important in the public debate. It is often presented as a solution, to prevent all forms of political radicalism or indifference. But when it comes to the concrete implementation of civic education in practice, clear concepts are missing.

This paper deals with the question, of what can be accomplished by civic education for a society and how it can be put into practice.

To address the question of the practical implementation of civic education, the work of two actors in the civic education in Austria will be analyzed.

The first player is "Zentrum Polis". This is a service institution for civic education, which develops teaching materials for civic education classes at school on behalf of BMBF. The methods are examined by way of example with reference to some of these teaching materials. The second player, who is being investigated, is "Sapere Aude". It is an NGO that offers political education workshops for young people. The methods used in these workshops will be examined in detail.

By examining the practical education of two different political players, it is possible to get an idea, about how civic education can be implemented in practice.

Lebenslauf

Persönliche Daten

Name: Mag. Stefan Neulinger (BA)

Geburtsdatum: 31.08.1986

Bildungsverlauf

seit 3/2012: Masterstudium **Politikwissenschaft**, Universität Wien

Schwerpunkte:

- Politische Bildung
- Identitätspolitik
- Migrationspolitik

10/2007 – 1/2012: Bachelorstudium **Politikwissenschaft**, Universität Wien

Schwerpunkte:

- Populismusforschung,
- Europäische Integrationspolitik
- Bachelorarbeit *„Politik ohne Inhalt – Untersuchung zum Populismus der FPÖ“*

10/2006 – 4/2014: Diplomstudium **Theater,- Film- und Medienwissenschaft**, Universität Wien

Schwerpunkte:

- Kulturpolitik
- Kommunikationspolitik
- Gouvernamentalitätsforschung
- Diplomarbeit: *„Foucault und Science Fiction – Battlestar Galactica und Gouvernamentalität“*

10/1997 – 6/2005: **Stiftsgymnasium Admont**, Admont

AHS-Matura